IHK

Das IHK-Magazin für München und Oberbayern

wirtschaft

05-06/2025

magazin.ihk-muenchen.de

Abheben!

Wie Scale-ups Tech-Kompetenz mit Turbo-Wachstum verbinden

26 BIOGAS
Welches Potenzial besitzt der Energieträger?

50 BÜROKRATIE
Hocheffizient: Lernen von Schwedens Verwaltung

52 BETRIEB
Wie lässt sich der Krankenstand senken?

Berge von Bürokram erledigt sie mit links.

Es ist ein eisiger Weg, den Esther Baum ihre Klettergruppe hochführt. Diesmal ist es ein zugefrorener Wasserfall in Island, den sie mit ihren Kunden erklimmt. Als Jungunternehmerin hat sie eine steile Karriere vor sich. Ihre Buchhaltung macht sie dabei automatisch – von unterwegs. Für große Träume braucht es jemanden, der dir den Rücken freihält. www.lexware.de

Lexware

Schnelle Taten müssen folgen

Foto: BayWa AG/Forster & Martin

Prof. Klaus Josef Lutz, Präsident der IHK für München und Oberbayern

Die neue Regierung steht. Das Land wartet auf den wirtschaftlichen Neustart. Ein »Sofortprogramm« soll in den ersten 100 Tagen wichtige wirtschaftspolitische Weichen stellen: Unternehmen sollen ihre Ausrüstungsinvestitionen degressiv abschreiben können, die Bürokratiekosten um 25 Prozent sinken, die Stromsteuer soll reduziert werden und schrittweise auch die Körperschaftsteuer. Außerdem sollen Planungen und Genehmigungen beschleunigt werden. Das Ziel: Die deutsche Wirtschaft soll wieder wachsen – mit einem Wachstumspotenzial von mindestens einem Prozent.

Für die Unternehmen in Bayern sind das zwar erste Schritte in die richtige Richtung. Aber leider nicht der erhoffte wirtschaftspolitische Befreiungsschlag. Denn viele Vorhaben werden nur angekündigt – oder wie bei »Rente« und »Sozialstaat« in eine der zahlreichen Expertenkommissionen verschoben. Bei anderen Plänen ist sogar völlig offen, ob sie sich je realisieren lassen. So steht etwa die Senkung der Körperschaftsteuer unter einem »Finanzierungsvorbehalt«. Im Klartext: Die Unternehmen werden nur entlastet, wenn der Staat 2028 genug Geld hat – also womöglich gar nicht.

Die Erwartungen der Wirtschaft sind, zu Recht, hoch. Es wäre schlimm, wenn sie enttäuscht würden. Wir haben im Wahlkampf viele Ankündigungen gehört, jetzt kommt es auf die schnelle Umsetzung echter und wirksamer Impulse für alle Branchen an. Deshalb müssen den schönen Worten schnellstens Taten folgen. Die neue Regierung muss sich an dem messen lassen, was sie liefert.

Das heißt: Die Unternehmensteuern müssen rasch auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau sinken. Die Sozialabgaben dürfen nicht weiter steigen, da sie Betriebe und Beschäftigte übermäßig belasten. Staat und Verwaltung müssen zügig modernisiert und digitalisiert werden. Außerdem braucht Deutschland Anreize für mehr Investitionen, mehr Produktivität und ein höheres Arbeitskräftepotenzial.

Wenn das nicht gelingt, bleibt der Neustart stecken. Ohne tiefgreifende Korrekturen bei Steuern, Sozialabgaben und Arbeitsmarkt verpuffen die vielen Hundert Milliarden Euro für Infrastruktur und Sondervermögen. Noch schlimmer: Mehr Schulden führen ohne einschneidende strukturelle Reformen zu Verschwendung, Inflation, höheren Zinsen und unerträglichen Lasten für die nachfolgenden Generationen.

Fazit: Das Sofortprogramm der Bundesregierung enthält einige richtige Ansätze. Wohlklingende Worte allein genügen aber nicht, um einen echten wirtschaftlichen Aufbruch zu fördern. Die Wirtschaft braucht jetzt Planungssicherheit, Verlässlichkeit und vor allem Tempo. Sie erwartet, dass die Regierung die erforderlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen konsequent, mutig und schnell umsetzt.

Nur dann gelingt der Neustart – und aus Ankündigungen wird tatsächlich Fortschritt.

Ihr

TOP-THEMEN

TITELTHEMA
ABHEBEN!

Scale-ups verbinden Tech-Kompetenz mit rasantem Wachstum, aus ihnen entstehen die Großunternehmen von morgen. Warum sie so bedeutsam sind und welche Unterstützung sie benötigen.

Foto: Isar Aerospace/Brady Kenniston/NASASpaceflight.com

UNTERNEHMEN + MÄRKTE
DEVELEY

Wer eine Senfsorte schon als Kind gern isst, wechselt sie nicht. Etablierte Rezepturen sind für Develey-Chef Michael Durach (Bild) daher ein wichtiger Erfolgsfaktor – aber nicht der einzige.

Foto: Develey

BETRIEB + PRAXIS
IT-SICHERHEIT

Es werden immer mehr E-Rechnungen versandt, das ruft zunehmend Cyberkriminelle auf den Plan. Mit welchen Tricks die Betrüger agieren und wie Unternehmen sich schützen können.

Foto: Jadon B/peopleimages.com/Adobe Stock

INHALT

NAMEN + NACHRICHTEN

6 **DIGITALISIERUNG**
Auszeichnung für RoboDog

UNTERNEHMERPROFIL

12 **NICOLE SCHINDELAR**
Die Chefin der Schindelar Center Autoverwertung setzt auf tiefgreifende Umstrukturierung

TITELTHEMA

14 **SCALE-UPS**
Wie sich die Wachstumsunternehmen entwickeln und welche Chancen und Potenziale sie bieten

STANDORTPOLITIK

20 **NACHHALTIGKEIT**
Erleichterungen bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung – die Pläne der EU-Kommission

24 **VSME-STANDARD**
Die Vorteile des freiwilligen Berichtsstandards

26 **BIOGAS**
Welche Rolle kann der witterungsunabhängige Energieträger bei der Energiewende spielen?

28 **ARBEITSMARKT**
Der neue IHK Arbeitsmarktradar zeigt, wie viele und welche Arbeitskräfte bald fehlen werden

31 **IHK-WAHL 2026**
Der Datencheck für die Wählerlisten startet

32 **VOLLVERSAMMLUNG**
Das Plenum diskutiert über Berliner Koalitionspläne und mahnt Reformen an

34 **EINZELHANDEL**
Neue Studie: Wo liegen die aktuellen Herausforderungen der Branche?

36 **IHK UNTERNEHMERINNENTAG**
So sehen Frauen in der Tech-Branche ihre Rolle als Unternehmerinnen

38 **DIGITALISIERUNG**
Warum die Digitalisierung der Wirtschaft nicht recht vorankommt

41 **FEUERVERSICHERUNG**
Für manche Branchen gibt es kaum noch Feuerpolicen – auf der Suche nach Lösungen

44 **DIGITALISIERUNG**
KI-Regelung der EU: was Unternehmen zum AI Act wissen sollten

UNTERNEHMEN + MÄRKTE

46 **DEVELEY**
Das Traditionsunternehmen stellt sich konsequent auf die Vorlieben der Kunden ein

50 **SCHWEDEN**
Die Verwaltung in Schweden ist hocheffizient. Was kann Deutschland davon lernen?

BETRIEB + PRAXIS

52 **GESUNDHEITSMANAGEMENT**
Wie Unternehmen den Krankenstand langfristig senken können
55 **HVO**
Biodiesel HVO100 – wie groß ist sein Potenzial für den Wirtschaftsverkehr?
60 **LOGISTIKIMMOBILIEN**
Im Großraum München ist wieder Bewegung im Markt
62 **FLUGVERKEHR**
IHK-Verkehrsausschuss debattiert über die Zukunft des Flugverkehrs
64 **PROBLEMLÖSER**
Das Start-up FERNRIDE will die Hof- und Hafenlogistik mit einem autonomen Fahrsystem revolutionieren
66 **IT-SICHERHEIT**
So schützen sich Unternehmen vor manipulierten E-Rechnungen
68 **EVENTS**
Wirtschaftsempfang Landsberg/Buchpräsentation/ Meisterfeier
71 **IHK AKTUELL**
IHK Bildungspartnerschaften
73 **IHK AKTUELL**
Digitalisierungsscouts

RUBRIKEN

3 **EDITORIAL**
8 **FIRMENJUBILÄEN**
71 **VERÖFFENTLICHUNGEN + BEKANNTMACHUNGEN**
– Veränderung im IHK-Regionalausschuss Traunstein
– Veränderung im IHK-Regionalausschuss Weilheim-Schongau
72 **EHRUNGEN**
74 **KARIKATUR/IMPRESSUM**

Beilagenhinweis: AIGNER Immobilien (Teilbeilage), n plus sport GmbH (Teilbeilage), vmm wirtschaftsverlag (Teilbeilage)

linkedin.com/company/ihk-muenchen
fb.com/ihk.muenchen.oberbayern
@IHK_MUC

Das IHK-Magazin gibt es auch online: magazin.ihk-muenchen.de

FRISCHE MOTIVATION

Das heutige Verständnis von Arbeit schafft neue Herausforderungen und neue Chancen. In Garching und Unterschleißheim finden Sie ein innovatives Umfeld mit perfekter Anbindung und einer kompletten Infrastruktur für motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für ein dynamisches Wachstum.

Am besten Sie schauen sich das mal an.

BUSINESSCAMPUS.DE

DER STANDORT
Business Campus

EIN UNTERNEHMEN DER DV IMMOBILIEN GRUPPE

Digitalisierung

RoboDog für Arbeitsschutz

Ein Wachhund der digitalen Art: Der Chemiekonzern Wacker AG hat den RoboDog SPOT auf den Arbeitsschutz am Standort Burghausen angesetzt. Das pudelgroße Gerät stakst entlang programmierter Arbeitswege. Mit seiner Kamerasensorik fotografiert und identifiziert der Roboterhund undichte Anlagenteile und erfasst minimale Gasmengen, die für Menschen nicht wahrnehmbar sind. SPOT kann also auf Gefahren hinweisen, ehe sie entstehen. Dafür wurde er als Entwicklung der Fraunhofer-Institute IML und IOF kürzlich vom Verband der Chemischen Industrie (VCI) als »Bestes Digitalisierungsprojekt« ausgezeichnet. Ähnliche Helfer waren testweise am Flughafen München unterwegs, um passende Lagerplätze für Paletten zu finden.

Auf vier Pfoten – Arbeitsschützer RoboDog im Werk Burghausen von Wacker Chemie

Foto: Wacker

Patentanmeldungen

Ideen-Vizeweltmeister

Einfallsreich gegen die Krise: Genau 199.264 Patentanmeldungen verzeichnete das Europäische Patentamt (EPA) im vergangenen Jahr (2023: 199.452). Die meisten Meldungen stammen aus den USA (24 Prozent), vor Deutschland (13 Prozent), Japan (11 Prozent), China (10 Prozent) und Südkorea (7 Prozent).

Computertechnologien – vor allem künstliche Intelligenz (KI) – inspirierten die Erfinder besonders. Hier gab es die meisten Anmeldungen. Es folgen Patente für elektrische Maschinen, Geräte und Energie. Sie verzeichneten dank der Fortschritte in Batterietechnik und Energietechnologien den größten Zuwachs (s. Grafik).

Die meisten Patente steuern weiterhin asiatische Konzerne bei, an der Spitze steht der koreanische Konzern Samsung (5.107). Der innovativste deutsche Konzern ist Siemens (1.830, Platz 6). Auch kleine und mittlere Unternehmen zeigen sich neben Einzelpersonen sehr innovationsfreudig mit 22 Prozent der Anmeldungen, weitere 7 Prozent lieferten Hochschulen und Forschungsinstitute. Und an jeder vierten Anmeldung ist laut EPA eine Erfinderin beteiligt.

www.epo.org

DIE TOP-TECHNIKFELDER

Anzahl der Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt 2024

1	2	3	4	5
Computertechnik	Elektrische Maschinen, Geräte, Energie	Digitale Kommunikation	Medizintechnik	Transport
16.815	16.142	15.983	15.701	10.026
+3,3 %	+8,9 %	–6,3 %	–3 %	+3,5 %

Die meisten Patentanmeldungen gab es für Computertechnik, das größte Plus verzeichneten elektrische Maschinen, Geräte und Energie

Quelle: Europäisches Patentamt; Symbole: Adobe Stock

Wettbewerb »Jugend gründet«

Erfolg mit grünem Konzept

An Zimmerwänden frische Salate und Kräuter züchten – mit der Geschäftsidee »CompactGreens« gewannen fünf Gymnasiasten aus Haar (Landkreis München) und Erlangen das süddeutsche Finale im Schülerwettbewerb »Jugend gründet«. Die jungen Firmenchefs haben einen modularen Indoor-Garten entworfen, bewässert durch ein Kapillarsystem. Auch Stadtbewohner ohne Balkon und Garten können so gesundes Grün für ihr Essen anbauen.
Mit ihrem 1. Platz qualifizierten sich die ersten fünf direkt für das bundesweite Finale in Stuttgart im Juni mit neun anderen Schülerteams. Der Wettbewerb wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und von zahlreichen Unternehmen unterstützt.
www.jugend-gruendet.de

Foto: Jugend gründet

Spitze – die »CompactGreens« Jonas Frank, Nick Werneck, Simon Zitzmann, Niklas Gabriel und Max Lauterbach (v.l.)

Exportpreis Bayern 2025

Jetzt bewerben!

Erfolg im Ausland und nicht mehr als 100 Vollzeitmitarbeitende? Mittelständler mit einer erfolgreichen internationalen Strategie sind Kandidaten für den Exportpreis Bayern, den das Bayerische Wirtschaftsministerium, die bayerischen IHKs und die bayerischen Handwerkskammern in diesem Jahr zum 18. Mal verleihen. Die Preisträger aus je fünf Kategorien werden am 20. November 2025 im IHK-Stammhaus in München geehrt. Bewerbungsschluss ist am 31. Juli 2025. **www.exportpreis-bayern.de/bewerbung**

598

Braustätten gab es 2024 in Bayern. Damit lagen 40 Prozent der deutschen Brauereien im Freistaat.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik

KURZ & KNAPP

Beruflicher Nachwuchs

Praktikumswoche

Schülern früh Einblicke in die Firma geben, sie kennenlernen – und vielleicht gewinnen: Die Praktikumswoche München bietet unter dem Motto »5 Tage, 5 Berufe, 5 Unternehmen« Gelegenheit dazu. Von 10. Juni bis 14. August sind Schüler ab 15 Jahren oder ab Klasse 8 aus München und Umgebung jeden Tag in einem anderen Betrieb zu Gast. Firmen können sich dafür registrieren unter: **praktikumswoche.de/muenchen**

Außenwirtschaft

USA-Überblick

Seit dem Amtsantritt von Donald Trump geht es turbulent zu in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Die Entscheidungen und Dekrete des US-Präsidenten vor allem zu Zöllen sind schwer zu überblicken. Aktuelle Hinweise bietet die IHK-Website: **www.ihk-muenchen.de/de/Service/Internationalisierung/usa-nach-wahl**

Start-ups

Austausch-Abend

Ob Internet der Dinge, Biowissenschaften oder neuartige Lebensmittel: Münchner Start-ups sind in vielen innovativen Geschäftsfeldern aktiv. 70 junge Firmen präsentieren ihre Dienstleistungen und Produkte am 3. Juni 2025 im Münchner Werksviertel bei der »Startup Demo Night«. Dabei werden auch die Gewinner von Phase 2 des Münchner Businessplan Wettbewerbs gekürt.
www.werk1.com/event/startup-demo-night-4

Förderung

Mehr Geld

Die LfA Förderbank Bayern baut ihre Angebote aus. Sie erhöht unter anderem die Darlehenshöchstbeträge und vergrößert den Kreis antragsberechtigter Unternehmen für Förderkredite. Infos: **www.lfa.de**

Firmenjubiläen

Ihr Unternehmen begeht in diesem Jahr ein Jubiläum?
Das ist auf jeden Fall ein Grund zum Feiern.

200 JAHRE

Johann Dettendorfer Spedition

Nußdorf am Inn

Die erste Erwähnung gibt es 1166: ein Weintransport von Südtirol zum Kloster Baumburg im Chiemgau. Die Vorfahren der Dettendorfers waren Bauern, Innschiffer und übten den Beruf der Säumer aus – sogenannte Alpenüberquerer. Der Eintrag in die Gewerberolle markierte 1825 das offizielle Gründungsjahr des Unternehmens. Seither hat sich der Betrieb stetig weiterentwickelt. 1895 fand der letzte Schiffszug der Dettendorfers statt, 1929 schafften sie ihren ersten Lkw an. Heute ist das Familienunternehmen mit rund 625 Mitarbeitenden ein Komplettanbieter für Speditionsdienstleistungen und gehört in diesem Bereich zu den Marktführern.

Foto: Sarah Edinger

Otto Lederer, Landrat Landkreis Rosenheim, Andreas Bensegger, Vorsitzender IHK-Regionalausschuss Rosenheim, Georg, Johannes, Johanna und Johann Dettendorfer, die Nußdorfer Bürgermeisterin Susanne Grandauer und IHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl (v.l.)

Heinrich Waldhutter, Volksbank Raiffeisenbank Oberbayern Südost, Thomas Reichenberger, Siegfried Reichenberger und IHK-Regionalreferentin Nadja Kamieth (v.l.)

Foto: IHK

130 JAHRE

Möbel Reichenberger GmbH

Ainring

Adalbert Reichenberger machte sich 1895 mit einer Schreinerei selbstständig. Das Familienunternehmen entwickelte sich rasch. 1954 eröffnete es das erste Möbelhaus, das stetig erweitert und modernisiert wurde. Heute leiten in vierter Generation Siegfried und Thomas Reichenberger das Unternehmen mit seinen 55 Mitarbeitern.

IHK-EHRENURKUNDE

Die IHK für München und Oberbayern würdigt unternehmerische Leistung mit einer kostenfreien Ehrenurkunde zum Firmenjubiläum. Die Urkunde wird individuell für das Unternehmen geschrieben. Bei einem besonderen Jubiläum ab 50 Jahren überreicht die IHK die Urkunde nach Terminvereinbarung auch gern persönlich. Bestellung unter: **www.ihk-muenchen.de/firmenjubilaeum**

IHK-Ansprechpartnerin
Monika Parzer, Tel. 089 5116-1357
parzer@muenchen.ihk.de

Foto: Goran Gajanin/Das Kraftbild

Datenverlust verhindern, Compliance erfüllen:

Wie M-net Backup-Cloud Ihr Unternehmen doppelt absichert

Foto: Getty

Stellen Sie sich vor, all Ihre Unternehmensdaten wären von heute auf morgen verschlüsselt und damit unbrauchbar oder gar gelöscht worden. Diese Horrorvorstellung ist leider real: Nach Angaben des Branchenverbands Bitkom verursachen Datendiebstahl, Cyberkriminalität und IT-Sabotage der deutschen Wirtschaft jährlich Schäden in Höhe von 206 Milliarden Euro (Studie „Wirtschaftsschutz 2023"). Besonders mittelständische Unternehmen trifft es hart – sie verfügen oft nicht über die IT-Ressourcen großer Konzerne, stehen aber gleichermaßen im Visier von Cyberkriminellen.

In Zeiten, in denen Daten das Herzstück jedes Unternehmens sind, reichen herkömmliche Backup-Lösungen oft nicht mehr aus. Durch die fast vollständige Digitalisierung in allen Unternehmensbereichen ist jede Transaktion, jedes Dokument potenziell gefährdet.

Unternehmen stehen vor einer doppelten Herausforderung:

Wichtige Geschäftsdaten müssen effektiv vor Cyberangriffen geschützt und gleichzeitig strenge Datenschutzvorschriften eingehalten werden – ohne IT-Ressourcen zu überlasten oder hohe Kosten zu verursachen.
Hier kommt die M-net Business Backup-Cloud ins Spiel. Die Lösung funktioniert wie ein unsichtbarer Zwilling Ihrer lokalen Backups. Bei einem Hacker-Angriff können Sie Ihre Systeme mit der Datensicherung aus der Backup-Cloud schnell wiederherstellen – ohne wochenlange Betriebsunterbrechung.

Rechtssicherheit als strategischer Vorteil

Die Daten werden in ISO 27001 zertifizierten M-net Rechenzentren in Deutschland gespeichert – ein entscheidender Baustein für die Erfüllung von Complianceanforderungen wie DSGVO oder NIS 2. Regelmäßige, automatisierte Backups mit Verschlüsselung und georedundante Speicherung sorgen für sehr hohe Ausfallsicherheit. Besonders regulierte Branchen wie Finanzdienstleistungen, Gesundheitswesen und Recht profitieren von dieser zuverlässigen Lösung.

Ihre umfassende Datensicherheitslösung auf einen Blick:

- Sofort einsatzbereit: Keine zusätzlichen Investitionen in Hard- oder Software
- Hohe Datensicherheit: Externe Sicherung in hochverfügbarer Backup-Infrastruktur in Deutschland
- Nahtlose Integration: Direktes Arbeiten in der vertrauten Backup Software Suite unseres Partners VEEAM, dem weltweiten Marktführer im Bereich der Daten Resilienz
- Ende-zu-Ende verschlüsselter Datentransfer
- Unveränderlicher Speicher gegen Manipulation und Angriffe
- Transparente Kostenstruktur

Regionalität als Plus

Als bayerischer Telekommunikationsdienstleister verstehen wir die individuellen Compliance-Anforderungen lokaler Unternehmen. Unsere M-net Backup-Cloud ist mehr als eine technische Lösung – sie ist eine strategische Entscheidung für die rechtssichere Zukunft und den umfassenden Schutz Ihrer wertvollen Unternehmensdaten.

Mit M-net sichern Sie sich doppelt ab: gegen kostspielige Datenverluste und gegen Compliance-Risiken.

Infomieren Sie sich direkt oder vereinbaren Sie ein kostenfreies Beratungsgespräch:
m-net.de/backup-cloud

M-net Telekommunikations GmbH
Frankfurter Ring 158
80807 München
Tel.: 0800 7239848

M-net ist der erste klimaneutrale Telekommunikationsanbieter in Deutschland

**Bereits erreicht und noch viel vor: m-net.de/klimaneutral*

125 JAHRE

Martin Meier AG

Eichstätt

Der Dorfmaurer Martin Meier I. gründete das Bauunternehmen 1899. Sein erster öffentlicher Auftrag waren Sanierungsarbeiten am Gemeindehaus Schernfeld. Das Unternehmen entwickelte sich kontinuierlich und erweiterte seine Geschäftsbereiche. So kamen unter anderem der Baustoffhandel und ein Transportbetonwerk hinzu. Das traditionsreiche Bau-, Baustoff- und Immobilienunternehmen beschäftigt rund 200 Mitarbeitende. In der Führung der Firmengruppe ist bereits die fünfte Generation vertreten.

Foto: Frank/Martin Meier

Hermann, Anna-Maria und Markus Meier (vorn v.l.) mit Eichstätts Landrat Alexander Anetsberger, Eichstätts Oberbürgermeister Josef Grienberger, Elke Christian, Mitglied IHK-Hauptgeschäftsführung, Catherine Schrenk, Leiterin IHK-Geschäftsstelle Ingolstadt, Beate Michel, Wirtschaftsförderung, und Maximilian Meier (hintere Reihe v.l.)

Foto: IHK

Juniorchef Andreas Gar (l.) und Seniorchef Johann Gar (M.) mit IHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl

125 JAHRE

Holz Gar e.K.

Egling

Die Firma startete mit einer Mühle, einem Sägewerk und Landwirtschaft im Kloster Schäftlarn. Später folgte der Umzug auf die andere Isartalseite nach Aumühle. Heute gehören zu den Standbeinen des Familienunternehmens in vierter Generation neben dem Sägewerk ein Hobelwerk sowie der Handel und die Montage unter anderem von Zäunen, Terrassen und Gartenhäusern.

120 JAHRE

Ludwig Clemente

Neumarkt-Sankt Veit

1905 übernahm Ludwig Clemente eine Eisenwarenhandlung und Kupferschmiede in Neumarkt. Clemente stammte aus einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie mit italienischen Wurzeln, die in Altenmarkt ein Kolonialwarengeschäft betrieb. Das Sortiment wuchs bald, der Laden wurde erweitert. Für die Ware ließ der Unternehmer eine riesige Schrankwand nach Maß schreinern, die noch heute in der Eisenwarenhandlung steht (s. Bild). Später übernahm seine Tochter Eleonore Liebl mit ihrem Mann das Geschäft. Heute führt Stephan Liebl die Eisenwarenhandlung in vierter Generation.

Foto: Clemente

Inhaber Stephan Liebl (2.v.l.) und die Seniorchefs Christa und Hubert Liebl (r.) mit Herbert Prost, Leiter IHK-Geschäftsstelle Mühldorf

Foto: IHK

Geschäftsführerin Jana Keym mit Andreas Bensegger (l.), Vorsitzender IHK-Regionalausschuss Rosenheim, Jens Wucherpfennig, Leiter IHK-Geschäftsstelle Rosenheim

65 JAHRE

Astrid Twardy GmbH

Bad Aibling

Das mittelständische Unternehmen hat sich auf Nahrungsergänzungsmittel spezialisiert. Es verkauft seine Produkte in Deutschland sowie Österreich und vertreibt sie ausschließlich über Apotheken. Die Geschäftsführung liegt bei Jana Keym.

City Dock München Kirchheim:

Ihre neue Heimat für Innovation

Direkt vor den Toren der bayrischen Landeshauptstadt entsteht bis Mitte des Jahres mit dem City Dock München Kirchheim by Panattoni ein innovativer Gewerbestandort, der moderne Architektur, nachhaltige Bauweise, flexible Nutzungsmöglichkeiten und beste Lage vereint.
Das Konzept richtet sich an Unternehmen, die nicht nur funktionale Räume suchen, sondern ein Umfeld, das den Anforderungen von heute und morgen gerecht wird. Ob als Produktionsstandort, Showroom, Firmensitz oder urbane Logistikfläche – hier findet jedes Geschäftsmodell den passenden Raum.

Warum das Panattoni City Dock?
Besonders attraktiv ist im über 13.000 m² großen City Dock die einzigartige Kombination aus Hallen- und Büroflächen – auch reine Büronutzung ist in Teilen möglich.
Die acht Einheiten sind ab ca. 1.600 m² flexibel teil- und kombinierbar und bieten so maximale Anpassungsfähigkeit an individuelle Bedürfnisse. Ergänzt wird dies durch einen eigenen Well-Being-Bereich, der den Arbeitsalltag aufwertet und ein produktives Umfeld schafft.
Der Standort selbst überzeugt durch seine unmittelbare Nähe zur A94 und A99, einer S-Bahn-Haltestelle in zweiminütiger Entfernung sowie der Nähe zum Stadtgebiet München. So profitieren Sie von einer exzellenten Erreichbarkeit – sowohl für Ihre Mitarbeitenden als auch für Ihre Kundinnen und Kunden.

Nicht nur praktisch, sondern auch grün!
Nachhaltigkeit ist kein Nebengedanke, sondern fest im Konzept verankert:
Die angestrebte DGNB Gold-Zertifizierung, eine energieeffiziente Wärmepumpenheiztechnik, Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und die Vorbereitung für PV-Anlagen machen das City Dock fit für die Zukunft.
Auch architektonisch setzt das Projekt Maßstäbe: Mit einer Holzfassade, begrünten Dächern und Fassaden sowie einem integrierten City Tree entsteht ein Umfeld, das nicht nur funktional, sondern auch visuell überzeugt.

Ihre Vorteile auf einen Blick:
- Einzigartige Kombination aus Büro- und Hallenflächen ab 1.600 m² – nach den individuellen Mietbedürfnissen gestaltbar
- Schnell erreichbar und gut vernetzt in unmittelbarer Nähe zu A99, A94, der S-Bahn und dem Stadtgebiet München
- Nachhaltige Infrastruktur: umweltfreundliche Bauweise und Energieversorgung
- Zukunftssichere Ausstattung: modernste technologische Lösungen

PANATTONI

Führender Entwickler für Logistik-, Industrie- und Gewerbeimmobilien
www.panattoni.de

Matthias Kraus
Tel.: +49 151 463 870 63
mkraus@panattoni.com

Alle Infos zum Projekt:

Erfahrene Krisenmanagerin – Geschäftsführerin Nicole Schindelar

Foto: Marion Vogel

Auf Effizienz getrimmt

Der schwierigen Lage ihrer Branche begegnet Nicole Schindelar, Chefin der Schindelar Center Autoverwertung, mit einem harten Sparplan und tiefgreifender Umstrukturierung.

Von Harriet Austen

Ich hatte kein BWL-Studium, keine Einarbeitung, keine Hilfen, keine Erfahrung, als ich beschloss, die Firma nach dem plötzlichen Tod meines Vaters weiterzuführen«, sagt Nicole Schindelar. Als sie ins Familienunternehmen kam, war sie erst 27. Dass sie es schaffte, die Firma zu retten, ist ihrem außerordentlichen Familiensinn und Durchhaltevermögen zu verdanken. Heute führt sie die Schindelar Center Autoverwertung GmbH Süd souverän und hat sämtliche Weichen für die Zukunft gestellt.

Die Geschäftsführung ist ihr Traumjob, ihre Identität. Hatte sie anfangs keine Ahnung von der Branche, erklärt sie heute routiniert die Autoverwertung – von der Anlieferung eines Schrottautos über das Aussortieren und den Verkauf brauchbarer Teile bis hin zum Pressen der Karosserie und dem Abholen des Restmetalls durch die Stahlindustrie.

Ihre Identität, das ist ein Schrottplatz für Autos, der Handel mit Gebraucht- und Neuteilen in einem 30.000 Produkte umfassenden Onlineshop (60 bis 70 Prozent Umsatzanteil) sowie Dienstleistungen wie Reifenservice, Werkstatt und Autohandel. Mit dieser Firma wuchs sie auf, »das war völlig normal für mich«.

Als sie als Jugendliche den Führerschein hatte, durfte sie Schrottauto auf Schrottauto fahren, um zu lernen, welche Schäden schon bei einer Geschwindigkeit von zehn Stundenkilometern entstehen. »Seitdem habe ich einen Heidenrespekt vor dem Straßenverkehr und hochmotorisierten Autos«, sagt die modeaffine junge Frau, die sich auf Instagram die »Schrottplatzprinzessin« nennt.

Eigentlich hatte sie etwas ganz anderes vor im Leben. Sie wollte Tennisprofi werden und später Kommunikationsdesign studieren. Als ihr Vater, dem sie sehr nahestand, 2013 plötzlich verstarb, blieb aus der Familie nur sie als potenzielle Nachfolgerin übrig. Sie übernahm einen Betrieb, der in finanziellen Schwierigkeiten steckte, keine zukunftsfähige Strategie hatte und im Grunde stillstand. »Schlimm war die Führungslosigkeit am Anfang, ich war ja ganz allein«, erinnert sich die heute 38-Jährige. Immer wieder tauchte die Frage auf: Kann und darf sie das überhaupt? Schon um es allen zu zeigen, packte sie an, investierte geerbtes Geld, verzichtete anfangs auf ein Gehalt und arbeitete sich mithilfe von IHK-Kursen in die Unternehmensführung ein. Sie musste sich zudem in einer ausgesprochenen Männerwelt durchsetzen. Nicht alle Mitarbeiter vertrauten ihr anfangs; einige, die nicht ins Team passten, musste sie entlassen. Es brauchte eine Zeit, bis sich Nicole Schindelar komplett eingearbeitet hatte. Deshalb war sie zunächst in der Firma angestellt, bis sie 2018 fit für die Geschäftsführung war und alle Firmenanteile bei ihr lagen.

Schindelar meisterte die kritische Lage des Unternehmens, indem sie radikal Gebäude und Anlagen modernisieren ließ, um die Firma weg vom Schrottimage zu führen. »Ich habe erst in der Krise verstanden, was es heißt, Geschäftsführerin zu sein und Verantwortung zu übernehmen«, sagt sie. Das Geschäft lief in der Folge gut, in Deutschland zählt ihr Autoverwertungshof zu den fünf Top-Unternehmen der Branche.

Corona jedoch führte zu einem Einbruch. Die aktuellen Krisen gehen ebenfalls mit beträchtlichen Umsatzeinbußen einher: weniger Schrottautos für die Verwertung, fehlende Teile für den Handel, weniger Nachfrage durch die Stahlindustrie. Kapazitäten besitzt Schindelar für 10.000 Fahrzeuge, verschrottet werden derzeit lediglich 2.000 pro Jahr. Ein Schrottplatz nach dem anderen gibt auf, in München habe Schindelar praktisch keine Konkurrenz mehr. Was ihr zu schaffen macht: »Eigentlich sind wir mit dem umweltgerechten, nachhaltigen und zertifizierten Autorecycling am Puls der Zeit.« Trotzdem bleiben staatliche Unterstützung und Investoren aus.

Die Unternehmerin reagiert konsequent: Das 30 Jahre alte EDV-System wurde erneuert, alle Arbeitsprozesse durchleuchtet und gemeinsam mit den Mitarbeitern so komprimiert und optimiert, dass der Personaleinsatz effektiver abläuft. »In einem harten Sparplan« wurde jede Kostenstelle analysiert, reduziert, optimiert oder abgeschafft – auch ein Personalabbau war unvermeidlich. Zudem vermietete sie rund 2.000 Quadratmeter des gepachteten Geländes, um zusätzliche Einnahmen zu generieren. »Leider gehören auch sämtliche Extras wie Firmenwagen der Vergangenheit an«, sagt Schindelar.

Für die Zukunft ist sie optimistisch. »Wir haben alle Hausaufgaben auf der betriebswirtschaftlichen Seite gemacht, jetzt gilt es, den Wettlauf gegen die Zeit zu gewinnen.« Eine Entlastung zeichnet sich bereits ab: Schindelar ist auf der Suche nach einem Partner – am besten aus der Recyclingbranche. ●

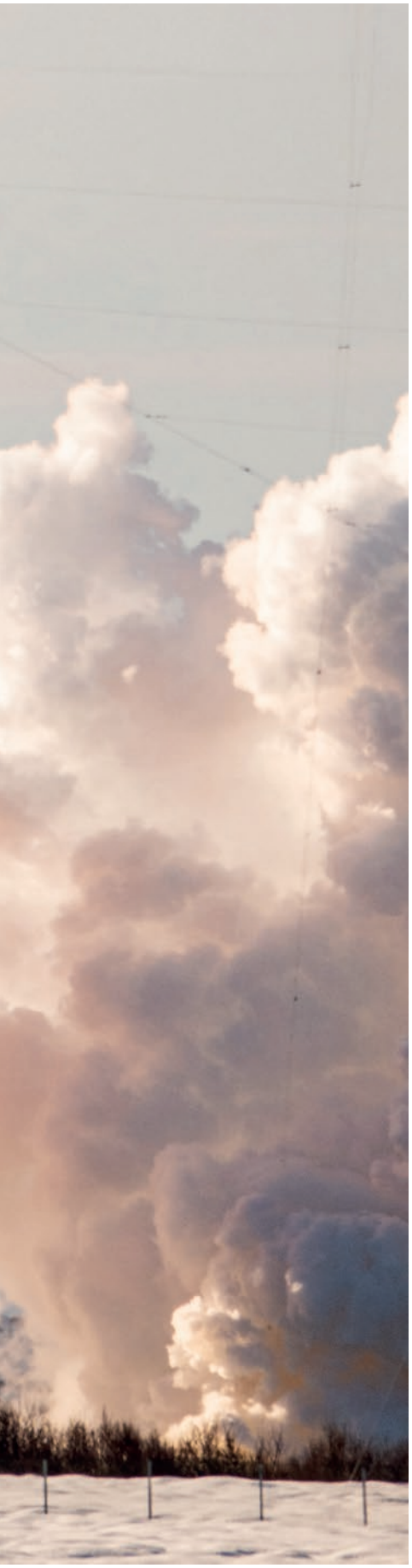
www.schindelar.de

ZUR PERSON

Nicole Schindelar, Jahrgang 1987, studierte Kommunikationsdesign in England und Spanien und gründete 2014 in München eine kleine Werbeagentur. Gleichzeitig übernahm sie nach dem plötzlichen Tod ihres Vaters die Schindelar Center Autoverwertung GmbH Süd. Seit 2018 ist sie in dritter Generation Geschäftsführerin des 1960 gegründeten Familienbetriebs mit 40 Mitarbeitenden.
Nicole Schindelar hat zwei Kinder.

Ab nach oben! Auf dem Weg zum Großunternehmen von morgen (im Bild: Raketentest von Isar Aerospace)

Foto: Isar Aerospace/Brady Kenniston, NASASpaceflight.com



»Zukunft mit Düsenantrieb«

Scale-ups verbinden Tech-Kompetenz mit einem rasanten Wachstum – warum diese Unternehmen für den Standort enorm wichtig sind und welche Unterstützung sie benötigen.

Von Sabine Hölper

Etwa 30 Sekunden, mehr war es nicht. So lange stieg die Rakete auf, bevor sie kontrolliert ins Meer stürzte. Und doch war die Aufmerksamkeit enorm. Als im März das Münchner Unternehmen Isar Aerospace SE seine Trägerrakete »Spectrum« zum Testflug in Norwegen abheben ließ, berichteten Medien weltweit.

»Jetzt geht es darum, alle Daten auszuwerten, daraus zu lernen und so schnell wie möglich wieder auf dem Startplatz zu stehen«, sagte Daniel Metzler, Chef und Mitgründer von Isar Aerospace nach dem Test. Das Ziel ist ehrgeizig: Die Firma will Satelliten für Kunden aus aller Welt ins All transportieren, die Nachfrage nach solchen Diensten wächst. Isar Aerospace trage so auch dazu bei, Europa den Zugang zum Weltraum zu eröffnen, sagt Metzler.

Das 2018 gegründete Raumfahrtunternehmen ist auf dem Weg in eine Gruppe aufstrebender Firmen in und um München, den sogenannten Scale-ups: Im Gegensatz zu Start-ups sind diese Unternehmen schon einige Jahre auf dem Markt, zeichnen sich durch starkes Wachstum aus und haben skalierbare Prozesse eingeführt (s. Kasten rechts). Man könnte auch sagen: Sie sind die Großunternehmen – und damit auch wichtige Arbeitgeber – von morgen.

Scale-ups haben eine große Bedeutung für den hiesigen Standort. Nicht nur weil etablierte Industrien wie etwa die Automobilbranche oder der Maschinenbau unter Druck geraten sind. »In unseren regionalen Scale-ups, die hochtechnologische Kompetenz mit rasantem Wachstum von Umsatz und Beschäftigten verbinden, findet Zukunft mit Düsenantrieb statt«, sagt Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern. »Hier entstehen gewaltige Chancen und Potenziale für mehr Wettbewerbsfähigkeit.«

Zu diesen Scale-ups gehört zum Beispiel die Flix SE mit FlixBus und FlixTrain oder das Softwareunternehmen NavVis GmbH, das auf digitale Zwillinge bebauter Um-

STICHWORT: SCALE-UP

Scale-ups sind aufstrebende Unternehmen, die den anfänglichen Firmenaufbau erfolgreich hinter sich gebracht haben und nun in einer Phase des beschleunigten Wachstums sind.

Im Einzelnen zeichnet sie aus:

- Das Team wächst schnell, sie beschäftigen mehr als zehn Mitarbeitende.
- Sie sind seit mindestens fünf Jahren auf dem Markt.
- Sie investieren in weiteres Wachstum und Infrastruktur, sie sind oft durch Venture-Capital-Geber mehrfach finanziert.
- Sie skalieren bewährte Produkte oder Services, die ihre Marktfähigkeit bewiesen haben.
- Sie erreichen ein starkes, konsistentes Umsatzwachstum von 20 Prozent und mehr pro Jahr.

gebung spezialisiert ist. Die FINN GmbH hat ein neues Auto-Abo-System erfunden (Firmenporträt unten). Das Verteidigungsunternehmen Helsing GmbH wiederum hat einen besonders steilen Aufstieg hinter sich. Nur vier Jahre nach seiner Gründung gehört es bereits zu den am höchsten bewerteten Scale-ups in Oberbayern – mit einer Bewertung von fünf Milliarden Euro. »Wir sind Deutschlands wertvollstes KI-Unternehmen«, sagt Geschäftsführer Wolfgang Gammel (Firmenporträt S. 18).

Damit sich Scale-ups so rasant entwickeln können, brauchen sie ein Umfeld, das ihnen optimale Bedingungen bietet. Nur dann können sie ihr großes Potenzial entfalten, internationalisieren und dabei am Standort Bayern bleiben. »Als IHK für München und Oberbayern unterstützen wir mit Herzblut unsere regionalen Scale-ups«, sagt Hauptgeschäftsführer Gößl.

Dazu gehört ein konkretes, von der IHK und der Munich Innovation Ecosystem GmbH initiiertes Projekt, das gegen Ende des Jahres starten soll: der Bavarian Council of Scale-ups. Die Initiative will erfolgreiche Gründer vernetzen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen, ihre Wertschöpfung und Kompetenzen sichtbarer machen, ein Sprachrohr in Richtung Politik sein.

»Mit dem Bavarian Council of Scale-ups geben wir den Scale-ups eine Plattform, um konkrete Probleme kuratiert an die Politik auf EU-, Bundes- und Landesebene zu adressieren«, sagt Bernhard Eichiner, IHK-Referatsleiter Industrie und Innovation. »Wir fordern ganz konkrete Lösungen. Wir wollen keine losen Versprechungen, sondern dezidierte Antworten.« Ein erster Schritt dahin: Der Council wird die Scale-ups organisiert und regelmäßig zusammenbringen, damit sie sich über alle wichtigen Themen austauschen können. Vor allem über die Rahmenbedingungen, die sie benötigen, um langfristig am Standort zu bleiben und Geld zu verdienen. »Sie brauchen Fachkräfte, Flächen, Produktionsstätten«, sagt Eichiner. Ferner will der Bavarian Council of Scale-ups die Unternehmen bei Fachthemen wie Gewerberecht, Außenwirtschaftsrecht oder Verkehr unterstützen. »Unser Ziel ist die Förderung und Schaffung der Großunternehmen von morgen«, sagt Eichiner. Es geht um die Erneuerung des Standorts und die Weiterentwicklung neuer standortunabhängiger Technologien.

»Wir denken groß«, bekräftigt Matthias Notz (48), Geschäftsführer des Munich Innovation Ecosystem sowie der Start2 Group GmbH, die junge Unternehmen bei der Skalierung und Internationalisierung begleitet. »Das ist elementar, da der deutsche Markt zu klein ist, um relevant zu wachsen.« Notz, wegen seines langjährigen Engagements in der Szene als »Mr. Scale-up« bekannt, sieht es als Erfolg, dass die EU eine Start-up- und Scale-up-Strategie umsetzen und so die Bedingungen für innovative junge Unternehmen verbessern will. Die Strategie soll konkrete Maßnahmen enthalten, um den Firmen ein schnel-

---

FINN GmbH

Die längste Probefahrt der Welt

Wer ein neues Auto benötigt, steht in der Regel vor der Frage: Kaufen oder leasen? Ein junges Münchner Unternehmen bringt eine dritte Variante ins Spiel: das Auto-Abo. Mit dieser Idee startet die 2019 gegründete Münchner FINN GmbH durch: Das oberbayerische Scale-up gilt als Marktführer in der Branche, wurde kürzlich mit rund 550 Millionen Euro bewertet. Erst im Februar dieses Jahres konnte es sich weiteres Kapital in Höhe von bis zu einer Milliarde Euro für die Flottenfinanzierung sichern.

Schon vor 25 Jahren kursierte im Handel der Spruch: »Die Menschen wollen keine Bohrmaschine kaufen, sie wollen Löcher in den Wänden.« FINN-Geschäftsführer Maximilian Wühr (30) sagt, dass es im Bereich der Mobilität nicht anders sei: »Die Leute wollen sich aufs Autofahren konzentrieren. Und sie möchten flexibel sein.«

Foto: FINN

Maximilian Wühr, Geschäftsführer FINN

Deshalb bietet das Unternehmen Fahrzeuge im Abo an. In den Kosten ist alles von der Kfz-Steuer bis zur Hauptuntersuchung enthalten, sodass sich Kunden um nichts kümmern müssen. Die Laufzeiten der Abos betragen im Schnitt weniger als ein Jahr. So könnten Kunden immer wieder ein neues Automodell ausprobieren – und haben mit einer Laufzeit von zum Beispiel sechs Monaten »die längste Probefahrt der Welt«, sagt Wühr. Viele Kunden wollten zum Beispiel ein E-Auto testen, weshalb die FINN-Flotte von rund 25.000 Fahrzeugen zu einem Drittel aus Elektroautos besteht.

Insgesamt hat das Unternehmen mehr als 30 Marken im Angebot – vom kleinen Fiat, der für rund 330 Euro pro Monat gemietet werden kann, über einen Jeep für 600 Euro bis hin zum Audi RS 6 Avant für rund 2.400 Euro Monatsmiete.

Gut 25.000 Abonnenten setzen bislang auf das Modell und immer mehr Firmen mieten ihre ganze Flotte bei FINN.

finn.com

Foto: © Public Domain CC0

Foto: © zabelin / i-stock

AMERITUM – Wo Unternehmer wachsen.

Was Manager von Spezialeinheiten lernen können.
Ein Netzwerk, das inspiriert. Ein Umfeld, das stärkt. Eine Community, die wirkt. AMERITUM ist mehr als ein Business-Club. Es ist ein Ort für Menschen, die mehr wollen – mehr Austausch, mehr Tiefe, mehr Wirkung. Unternehmer, Manager, Berater und Visionäre kommen hier zusammen, um voneinander zu lernen, sich gegenseitig zu stärken und gemeinsam zu wachsen. Diskret, respektvoll und mit echter Substanz.

Zum Beispiel:
Der Workshop „Manager & Elitekämpfer"
Regelmäßig bringt AMERITUM seine Mitglieder zu besonderen Events zusammen. Ein Highlight: Der Workshop mit ehemaligen Elitesoldaten, die zeigten, wie militärische Führungsprinzipien im Business Wirkung entfalten.

Anwälte, Banker, Start-up-Gründer und Top-Manager kamen zusammen – und nahmen frische Impulse, neue Perspektiven und starke Kontakte mit. Im Fokus: Verhandeln unter Druck, strategisches Denken, mentale Stärke und echtes Teamwork.
Die Referenten – ehemalige Spezialkräfte – lieferten direkte, praxisnahe Einblicke in Einsätze und Verhandlungen. Diskret, eindrucksvoll und überraschend relevant für unternehmerische Entscheidungen.

AMERITUM: Für Menschen mit Anspruch und Haltung
Solche Formate sind typisch für Ameritum. Unsere Mitglieder erhalten Zugang zu exklusiven Veranstaltungen, fundierten Keynotes, inspirierenden Workshops und – vor allem – zu einem starken Netzwerk. Denn wir glauben: Nur wer sich mit anderen ambitionierten, werteorientierten Persönlichkeiten austauscht, kann wirklich wachsen.

Ameritum bringt Menschen zusammen, die bereit sind, voneinander zu lernen. Unternehmer*innen, die Ziele verfolgen. Die verstehen, dass Wissen multipliziert wird, wenn man es teilt – und dass echte Verbindungen der Schlüssel für nachhaltigen Erfolg sind.

Das ist AMERITUM. Und vielleicht genau das, wonach Sie gesucht haben?
Lernen Sie eine Business-Community kennen, die inspiriert. Persönlich. Handverlesen. Anders.

Frau Anastasia Kabitzsch
Business Development Manager
e: anastasia@ameritum.com
m: +49.175.411 28 79
w: www.ameritum.com

AMERITUM
Dein Business. Dein Netzwerk. Dein Erfolg.

Foto: © AMERITUM

Foto: Munich Innovation Ecosystem

> Wir denken groß. Das ist elementar, um relevant zu wachsen.«
>
> **Matthias Notz, Geschäftsführer Munich Innovation Ecosystem**

leres und einfacheres Wachstum im Binnenmarkt zu ermöglichen. Sie wird sich, so die Ankündigung, mit Herausforderungen wie dem Zugang zu Finanzmitteln, Märkten und Talenten sowie regulatorischen und bürokratischen Hürden und der Marktfragmentierung befassen. Den Zugang zu modernster Infrastruktur, Wissen und Dienstleistungen will sie erleichtern.
An all diesen Stellschrauben muss gedreht werden, damit sich Erfolgsgeschichten wie jene der Celonis SE möglichst häufig wiederholen. Das Münchner Softwareunternehmen hat sich seit der Gründung 2011 zum globalen Marktführer in Process Mining und Prozessintelligenz mit einer Unternehmensbewertung von 13 Milliarden US-Dollar entwickelt.
Noch aber ist das Kapital, das bayerische beziehungsweise deutsche Unternehmen erhalten, deutlich geringer als die Finanzmittel, die US-amerikanischen oder asiatischen Firmen zur Verfügung stehen. »Es heißt Risikokapital, aber die wenigsten Venture-Capital-Geber wollen ein Risiko eingehen«, sagt Thomas Lang (60), Geschäftsführer der Level 10 Ventures in München. Laut Lang, der selbst einige Firmen gegründet und sich an etlichen beteiligt hat, fehlt es oft am entsprechenden Mindset. »In Dubai redet man über Chancen, in Deutschland über Risiken.« Nicht nur beim Geld hakt es. »Warum«, so fragt Experte Notz, »fliegen immer die Chefs der etablierten Unternehmen und nicht die Gründer der Scale-ups mit dem Bundeskanzler zu Delegationsreisen?« Warum reden viele über »die neuen BMWs und Siemens«, wenn die jungen Firmen genau das nicht werden wollen und nie sein werden wie die etablierten Konzerne?
Es gibt also noch viel zu tun. Gelingt das Engagement für die Scale-ups, wird es sich vielfach auszahlen. Nicht nur weil dabei starke junge Großunternehmen entstehen. Sondern auch weil deren Gründer ihr Geld wieder investieren – in neue, vielversprechende Unternehmen, die am Standort heranwachsen. ●

In den nächsten Ausgaben wird das IHK-Magazin einzelne Scale-ups aus Oberbayern in Firmenporträts vorstellen.

IHK-Ansprechpartner zu Scale-ups
Bernhard Eichiner, Tel. 089 5116-2087
eichiner@muenchen.ihk.de

Helsing GmbH

Schutz der demokratischen Werte

Die Studie hat an Aktualität noch gewonnen: In einer Umfrage der R+V Versicherung gab 2023 eine große Mehrheit der Befragten an, sie hätten Sorge, dass sich Deutschland im Kriegsfall nicht verteidigen könne. Ein junges Unternehmen aus München will den Bürgern die Angst nehmen – und selbstverständlich mit seinem Geschäftsmodell auch erfolgreich sein.
Die Helsing GmbH ist dabei auf gutem Weg. Vier Jahre nach der Gründung wird sie mit fünf Milliarden Euro bewertet. »Wir sind Deutschlands wertvollstes KI-Unternehmen«, sagt Geschäftsführer Wolfgang Gammel (51). Erst kürzlich sicherte sich das Unternehmen eine neue Finanzierung über 450 Millionen Euro. Von dem Kapital werden unter anderem die 450 Mitarbeiter an den Standorten München, Paris und London sowie in der Dependance in Berlin bezahlt. Vor allem aber wird in die technologische Entwicklung investiert.

Foto: Helsing Germany

Wolfgang Gammel, Geschäftsführer Helsing

KI – das ist der Schlüssel für das Anliegen von Helsing, die demokratischen Werte und die offene Gesellschaft zu schützen. Das gehe leider nicht nur mit Worten, sondern teilweise nur mit Waffen. So liefert das Scale-up seine KI-gestützten Drohnen in die Ukraine.
Die Münchner entwickeln vor allem die Software, teilweise aber auch die Hardware zum Beispiel für Panzerhaubitzen oder Aufklärungssysteme über und unter Wasser. Gammel fasst den Mehrwert so zusammen: »Durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz ist der Kampfwert pro investiertem Euro bedeutend höher als bei herkömmlichen Systemen.«
helsing.ai

ANZEIGE

fresh at work
Melitta®

fair, frisch, frei

Ohne Vertragsbindung: Die Kaffee- und Wassersysteme von fresh at work

Kaffeeversorgung im Büro – das geht auch ohne langfristige Verträge. Bei fresh at work steht Vertragsfreiheit ganz oben: Unternehmen zahlen nur das, was wirklich verbraucht wird. Ohne versteckte Kosten, ohne Mindestlaufzeit, jederzeit kündbar. „Unsere Kundinnen und Kunden sollen flexibel bleiben – das ist Teil unseres Qualitätsversprechens“, sagt Alexander Busse, Geschäftsführer von fresh at work.

Foto: fresh at work

In einer Arbeitswelt, in der Mitarbeiterzufriedenheit und Produktivität zentrale Erfolgsfaktoren sind, zählen kostenloser Kaffee und Trinkwasser längst zu den entscheidenden Benefits. Ob kleines Büro oder großer Konzern: Wer Mitarbeitenden jederzeit Zugang zu gutem Kaffee und frischem Wasser bietet, stärkt Motivation und Konzentration – und zeigt Wertschätzung im Alltag.

Genuss, der wirkt

„Der Kaffee ist fertig…“ sang einst Peter Cornelius. Der Hit aus den 1980er-Jahren beschwor nicht nur musikalisch das Aroma frisch aufgebrühten Kaffees herauf – er erinnerte auch daran, wie sehr Genuss die Sinne anspricht. Und genau hier setzt fresh at work an: Mit modernen Kaffee- und Wassersystemen für den Unternehmensalltag.

Erfrischung auf Knopfdruck

Das Angebot umfasst hochwertige Vollautomaten und Wasserspender, die speziell auf den betrieblichen Bedarf zugeschnitten sind. Der Kaffeeautomat Krea Prime bietet auf Knopfdruck zehn verschiedene Kaffeespezialitäten – vom kräftigen Espresso über Cappuccino bis zur cremigen Schoko Creme. Für Gäste und Mitarbeitende wird so jeder Besuch zum Genussmoment.

Auch beim Wasser gilt: frisch, hygienisch, nachhaltig. Die Wassersysteme verwandeln Leitungswasser je nach Wunsch in stilles, gekühltes oder sprudelndes Tafelwasser. Hochwertige UVC-Lampen und medizinische Triple-Action-Filter garantieren höchste Hygienestandards.

Fotos: fresh at work

Komfortabel, nachhaltig, zuverlässig

Fresh at work, mit Sitz in Witten und Teil der Melitta Gruppe, steht für nachhaltige Getränkelösungen in Gastronomiequalität. Die regelmäßige Wartung gehört selbstverständlich dazu – für konstanten Kaffeegenuss und eine zuverlässige Wasserversorgung.

fresh at work GmbH & Co. KG
Wullener Feld 81
58454 Witten
+49 (0) 800 400 442 2
info@freshatwork.de

Mehr erfahren unter
www. freshatwork.de

Weniger Aufwand – Anforderungen an Nachhaltigkeitsberichte sollen sinken

Foto: Krakenimages.com/Adobe Stock

*Es wird **einfacher***

Die EU-Kommission will mit dem Omnibus-Verfahren die Nachhaltigkeitsberichterstattung deutlich straffen. Ein Überblick über die Vorschläge.

Von Gabriele Lüke

Sehr viele Berichtspunkte, hoher Aufwand: Die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) verlangte den Unternehmen einiges ab und rief bei vielen dadurch auch Unmut hervor. Nun hat die EU-Kommission reagiert: Sie will die Nachhaltigkeitsberichtspflichten deutlich entschlacken.

Noch sind die im sogenannten Omnibus-Verfahren entwickelten Vorschläge nicht vom EU-Parlament und vom Rat der Europäischen Union bestätigt. Sie können sich also noch ändern. »Werden sie aber in diese Richtung umgesetzt, bringen sie auf jeden Fall deutliche Erleichterungen für die Wirtschaft«, betont IHK-Experte Andri König. Das bedeute »weniger Aufwand und weniger betroffene Unternehmen«. Ein Überblick über die geplanten Änderungen:

- **Anwendungsbereich:** Nur noch bestimmte Großunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro beziehungsweise einer Bilanzsumme von über 25 Millionen Euro sollen in Zukunft als Kerngruppe berichten. Damit hätte europaweit lediglich ein Fünftel der ursprünglich verpflichteten Betriebe zu berichten.
- **Berichtsinhalte:** Die European Sustainability Reporting Standards (ESRS), die die CSRD konkretisieren, sollen deutlich gekürzt werden. Aktuell sind es mehr als 1.000 Berichtspunkte. Ziel sind zudem mehr begriffliche Klarheit und mehr Abstimmung mit anderen Rechtsakten wie etwa der CSDDD, die die Sorgfaltspflichten in der Lieferkette regelt. Die Wesentlichkeitsanalyse nach doppelter Materialität ist nicht infrage gestellt: Unternehmen im neuen Anwendungskreis müssen also weiterhin prüfen, wie sich ihr Geschäft auf Gesellschaft sowie Umwelt auswirkt und umgekehrt welche Folgen Nachhaltigkeitsthemen finanziell auf das Geschäft haben.
- **Abgabefristen:** Für alle Unternehmen, die ab 2026 und 2027 hätten berichten müssen, wird die Abgabe der Berichte um zwei Jahre verschoben (s. S. 22).
- **Prüfung:** Weiterhin vorgesehen ist die Prüfung der Berichte. Es gilt nun aber ausschließlich das vereinfachte Prüfprinzip der »begrenzten Prüfungssicherheit«. Statt Prüfstandards will die EU 2026 zunächst Prüfungsleitlinien erlassen.
- **Freiwilliger Standard VSME:** Alle nicht berichtspflichtigen Unternehmen, die freiwillig berichten wollen beziehungsweise berichtspflichtigen Auftraggebern für deren Berichte zuliefern sollen, werden auf den VSME-Standard verwiesen. Dieser soll auf Basis des von der European Financial Reporting Ad-

visory Group EFRAG entwickelten »Voluntary standard for non-listed micro-, small- and medium-sized enterprises« von der Kommission erlassen werden. Er soll die einzufordernden Informationen aus der Lieferkette zugleich deckeln (Value Chain Cap). Firmen, die den VSME als Obergrenze für Abfragen in der Wertschöpfungskette einhalten, haben dann ihre Pflichten erfüllt, es sei denn, für die Branche bestehen weitere »übliche Informationsnotwendigkeiten«. Einen Entwurf des VSME gibt es bereits (s. Artikel S. 24).

- **Streichungen:** Die ursprünglich angedachten sektorspezifischen Standards fallen weg.

Die Kommissionsvorschläge werden nun in Parlament und Rat diskutiert – eine Einigung wird für Anfang 2026 erwartet. Die von der aktuellen Fassung der CSRD betroffenen Unternehmen müssen sich nun auf dem Laufenden halten, ob es noch weitere Änderungen gibt, was wann für sie noch, nicht mehr oder auch neu gilt.

»In Deutschland kommt hinzu, dass die derzeitige CSRD noch nicht in nationales Recht umgesetzt, also hierzulande nicht anzuwenden ist«, erläutert Annika Böhm, Referatsleiterin Gesellschafts- und Bilanzrecht bei der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) in Berlin. »Wir als IHK-Organisation finden, dass die CSRD aus überwiegender Sicht nicht verhältnismäßig ist, das heißt, über das eigentliche Ziel hinausschießt. Wir hoffen nun auf zügige Beratungen mit dem Ziel verhältnismäßiger und praktikabler Regelungen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung für die direkt, aber auch für die indirekt betroffenen Unternehmen.«

Worauf sollten Firmen nun achten? Bei dieser Frage gilt es, zwei Unternehmensgruppen zu unterscheiden:

1. Betroffene Unternehmen der ersten Welle – Berichte ursprünglich ab 2025

Wäre die CSRD in Deutschland schon umgesetzt, müssten 2025 für das Jahr 2024 all jene Unternehmen nach CSRD berichten, die bisher schon nach der Vorgängerregel CSR-RUG in der Pflicht sind. Das sind vor allem größere kapitalmarktorientierte Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitenden. »Da die CSRD in Deutschland noch nicht umgesetzt ist, gilt das CSR-RUG weiter. Alle nach CSR-RUG Betroffenen müssen eine nicht finanzielle Erklärung beziehungsweise einen Bericht nach den aktuell geltenden Regelungen des Handelsgesetzbuchs erstellen«, sagt Expertin Böhm. »Zugleich sollten sie die CSRD-Entwicklung auf europäischer, aber auch die Umsetzung auf nationaler Ebene im Blick behalten und sich vorbereiten.« Dabei sind nach CSR-RUG mehr Unternehmen berichtspflichtig als nach der angestrebten CSRD-Neuregelung. Hier gilt laut Böhm: »Auch die, die zukünftig nicht mehr berichten müssten, sind so lange in der Berichtspflicht nach CSR-RUG, bis die nationale gesetzliche Regelung geändert wird.«

2. Betroffene Unternehmen der zweiten Welle – Berichte ursprünglich ab 2026 und 2027

Alle Unternehmen, die nach jetziger CSRD ab 2026 und 2027 für das jeweilige Vorjahr erstmals berichtspflichtig wären, sollen erst zwei Jahre später berichten müssen,

WENIGER SORGFALTSPFLICHTEN IN DER LIEFERKETTE

Die Sorgfaltspflichten in der Lieferkette sind in der CSDDD (Corporate Sustainability Due Diligence Directive) geregelt. Die EU-Kommission hat im Omnibus-Verfahren auch hier Änderungen und Entlastungen vorgeschlagen. Eine finale Einigung mit Parlament und Rat wird Anfang 2026 erwartet.

- Die Sorgfaltspflichten werden auf die eigenen Tätigkeiten des Unternehmens, die seiner Tochtergesellschaften und die seiner direkten Geschäftspartner (Tier 1) beschränkt.
- Informationen, die Unternehmen im Anwendungsbereich von ihren KMU-Geschäftspartnern mit weniger als 500 Mitarbeitern einfordern können, sollen sich am freiwilligen VSME-Standard (CSRD) orientieren. Abweichungen bleiben möglich.
- Indirekte Geschäftspartner werden erst dann einbezogen, wenn »plausible Informationen« über Risiken oder Verstöße vorliegen.
- Unternehmen müssen ihre Due-Diligence-Aktivitäten nicht mehr jährlich, sondern nur noch alle fünf Jahre bewerten.
- Eine Geschäftsbeziehung muss bei Verstößen gegen die Sorgfaltspflichten nicht mehr beendet werden. Unter bestimmten Umständen sollen Unternehmen ihre Geschäftsbeziehungen nicht weiter ausbauen.
- Das Höchstmaß für Zwangsgelder (fünf Prozent des weltweiten Nettoumsatzes) und die Orientierung von Zwangsgeldern am Nettoumsatz von Unternehmen wurden gestrichen. Auch die spezifische, unionsweite Haftungsregelung fällt weg.
- Der Anwendungsbereich wurde unterteilt: Unternehmen mit mehr als 3.000 Mitarbeitern und über 900 Millionen Euro weltweitem Nettoumsatz sollen die CSDDD ab Juli 2028 anwenden, Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern und über 450 Millionen Euro weltweitem Nettoumsatz ab Juli 2029.
- Die CSDDD muss ein Jahr später, bis Juni 2027, in nationales Recht umgesetzt sein.

also 2028 und 2029. Diesem Vorschlag haben EU-Parlament und Rat im April 2025 bereits im Eilverfahren zugestimmt. Die Verschiebung ist seit 17 April in Kraft. Böhm: »Nun kann die CSRD inhaltlich überarbeitet und verabschiedet werden – ohne die später dann gegebenenfalls nicht mehr berichtspflichtigen Unternehmen mit der aktuell sehr umfangreichen Berichterstattung zu belasten.« Deshalb war die Reform in zwei Rechtsakte geteilt worden: COM-2025-80 ermöglicht die zeitliche Verschiebung. COM-2025-81 ändert den Anwendungsbereich und die Inhalte.

Wie fällt die Reaktion in der Praxis aus?

Die RATIONAL AG in Landsberg am Lech, Hersteller von Gargeräten für Groß- und Gewerbeküchen, lässt sich von den neuen Vorschlägen und Übergangslösungen nicht irritieren. Sie beschäftigt mehr als 2.500 Mitarbeiter, war bereits nach CSR-RUG berichtspflichtig und wird es auch unter der CSRD sein – egal in welcher Version. »Für uns ist nun interessant, wohin sich Umfang und Komplexität der Berichtspflichten entwickeln und wie die CSRD auf andere Regularien wie die CSDDD abgestimmt wird«, sagt Gerd Amrhein, Vice President Risk Management.

RATIONAL hatte Ende 2023 begonnen, sich auf die CSRD vorzubereiten, obwohl das nationale CSRD-Gesetz noch fehlte: »Wir hätten 2025 für 2024 nach der CSRD berichten müssen, wenn das deutsche Umsetzungsgesetz wie geplant gekommen wäre. Deshalb haben wir eine erste Wesentlichkeitsanalyse nach doppelter Materialität durchgeführt und im weiteren Verlauf, auch in Abstimmung mit unserem Wirtschaftsprüfer, zunehmend Expertise und notwendige Berichtswege aufgebaut«, erläutert Amrhein.

Jetzt hat RATIONAL entschieden, erst einmal nach aktueller deutscher Gesetzeslage, also nach CSR-RUG, zu berichten, die CSRD aber im Blick zu behalten. »Bei allem Aufwand: Nachhaltigkeit ist Bestandteil unserer Unternehmensphilosophie«, sagt Amrhein. »Die Berichtspflicht gibt ihr durchaus einen weiteren Schub.« Dass die EU nun überambitionierte Vorschriften abmildert, findet er richtig. Das Ziel der Transparenz und weitere Nachhaltigkeitsfortschritte ließen sich so wahrscheinlich sogar noch besser erreichen. »Zugleich ist es aber sinnvoll, die Berichtspflicht grundsätzlich aufrechtzuerhalten und Nachhaltigkeit dadurch zu fördern«, betont Amrhein. »Denn Leadership bei der Umsetzung von nachhaltigen Wirtschaftsformen gibt Europa auch strategische Wettbewerbsvorteile.«

IHK-Ansprechpartner zu Nachhaltigkeit
Dr. Andri König, Tel. 089 5116-2197
koenigA@muenchen.ihk.de

Dr. Henrike Purtik, Tel. 089 5116-1105
purtik@muenchen.ihk.de

Ist Ihre Produktion fit für den globalen Markt?

Optimieren Sie mit uns
- Logistik
- Materialfluss
- Werkstrukturen

Gemeinsam den Standort Bayern sichern.

Fabrikplanung. Generalplanung. Industriebau.
Hinterschwepfinger Projekt GmbH
Marktler Straße 1, 84489 Burghausen

Hinterschwepfinger

Foto: chris52/Adobe Stock

Erneuerbare Energien genutzt? Auch ein Punkt im VSME-Bericht

Einer für (fast) alle

Übersichtlich und praktikabel – wenn Mittelständler freiwillig über Nachhaltigkeit informieren, bietet sich der Berichtsstandard VSME an. Wo seine Vorteile liegen.

Von Gabriele Lüke

Es soll einfacher werden und weniger aufwendig – die EU hat sich daran gemacht, die Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit zu überarbeiten. Dabei erhält auch der von der Kommission angekündigte freiwillige Berichtsstandard VSME (Voluntary SME Standard) für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) neue Bedeutung. Die Kommission will damit die von Unternehmen einforderbaren Informationen deckeln (s. Artikel S. 20).

Im Gegensatz zu den Berichtspflichten für Großunternehmen und Konzerne, den ESRS, ist der VSME wesentlich weniger umfangreich und inhaltlich weniger detailliert. Die aktuelle Version, die sich noch ändern kann, besteht aus zwei Elementen, dem Basic Module und dem Comprehensive Module. Die beiden Module umfassen jeweils rund zehn Berichtsfelder.

Das Basismodul fragt grundlegende Zahlen und Fakten zu Energie, Luft, Wasser, Boden, Biodiversität, Abfällen, Unternehmensführung, Entlohnung oder Korruption sowie im Ja-Nein-Modus das Vorhandensein von relevanten Konzepten und Praktiken ab.

Das Comprehensive Module ist strategischer angelegt. Es fordert unter anderem, Konzepte und Praktiken, Klimarisiken und Klimatransition zu erläutern.

Die Wesentlichkeitsanalyse ist zwar in keinem der Module vorgeschrieben, die Unternehmen sind aber dazu angehalten, vorhandene Praktiken und Konzepte einer Liste von Nachhaltigkeitsthemen zuzuordnen. Mit dem sogenannten Sofern-einschlägig-Konzept wird sichergestellt, dass die Unternehmen nicht mehr Informationen erheben, als für das Geschäftsmodell relevant sind.

»Auf Initiative von Wirtschaftsvertretern und der DIHK hat die EU-Kommission von der European Financial Reporting Advisory Group, EFRAG, einen Vorschlag für den VSME entwickeln lassen, um den nicht berichtspflichtigen kleineren und mittleren Betrieben zu helfen«, erläutert Jan Greitens, Professor an der Westfälischen Hochschule. Die EFRAG hatte zuvor auch den Vorschlag für die ESRS erarbeitet.

Der freiwillige Nachhaltigkeitsberichtsstandard soll den Informationsbedarf der KMU-Geschäftspartner standardisieren. Denn aktuell sehen sich viele kleine und mittlere Unternehmen mit den unterschiedlichsten Nachhaltigkeitsfragebögen von Kunden und Finanzinstituten konfrontiert.

Ein europaweiter KMU-Standard bietet – bei entsprechender Akzeptanz der Geschäftspartner und Finanzinstitute – die Chance, die Belastung der nicht direkt berichtspflichtigen KMU einzudämmen und den Zugang zu »grünen« Finanzierungen zu ermöglichen.

Die Omnibus-Vorschläge stärken diesen Ansatz. »Der VSME würde so zum gesetzlich anerkannten Zuliefererstandard. Er vereinfacht die Nachhaltigkeitsinformationen, die nicht berichtspflichtige KMU beitragen müssen«, erklärt Experte Greitens. »Die KMU liefern dann maximal gemäß dem VSME zu, um die regulatorischen Anforderungen aus der Lieferkette und von Finanzinstituten zu erfüllen.«

Greitens hat zusammen mit Jonas Dickel von der Dualen Hochschule in Baden-Württemberg den VSME für die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) und das Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) 2024 noch vor dem Omnibus-Verfahren analysiert. Dazu arbeiteten sie mit einer bundesweiten Pilotgruppe aus zwölf KMU zusammen. »Diese hatten bereits Erfahrungen mit umfangreichen individuellen ESRS-nahen Fragebögen von ihren verschiedenen Auftraggebern«, so Jonas Dickel. »Sie zu beantworten, hat ihre Kapazitäten einfach gesprengt. Mit dem VSME-Standard fühlten sie sich gut abgeholt und sicher.«

Nicht zuletzt kann der VSME eine positive Wirkung für die Finanzierung von KMU entfalten: Im Zuge der europäischen Sustainable-Finance-Regeln müssen Banken ihre Firmenkunden, etwa wenn diese Kredite beantragen, auf Nachhaltigkeitsrisiken in den Feldern Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environmental Social Governance – ESG) prüfen. Ein gutes ESG-Rating bringt dabei Vorteile.

Schon vor dem Omnibus-Verfahren war es das Ziel der EU, dass der VSME auch einen wesentlichen Teil der Informationen abbildet, die Banken oder Investoren in ihren Ratings bei den KMU abfragen müssen. Tatsächlich habe jede Bankengruppe zum Ermitteln der ESG-Informationen bislang einen eigenen Fragebogen entwickelt.

»Die Unternehmen, die ja in der Regel mit mehreren Banken zusammenarbeiten, müssen dann mehrfach und oft umfangreich Antworten geben«, erklärt Simon Linder, bis Ende März 2025 Leiter Stab Vorstand beim Genossenschaftsverband Bayern (GVB) in München, der rund 180 Volks- und Raiffeisenbanken vertritt. »Der Bankenverband setzt sich daher schon länger dafür ein, dass der Gesetzgeber den VSME als einheitlichen Standard für ESG-Abfragen festlegt, den dann alle Banken nutzen.« Dies entlaste Geldinstitute und Unternehmen, der Kreditvergabeprozess beschleunige sich, Verwaltungs- und Prozesskosten sänken.

»Der VSME soll dabei auch bei den ESG-Ratings das Maximum sein, was gefordert werden darf«, so Linder. »Mit dem Omnibus-Verfahren sind nun die Türen offen, den VSME als einheitlichen und maximalen Standard für ESG-Ratings wie auch für Zuliefererinfos zu etablieren.«

Besonders gut auf den VSME vorbereitet sind Unternehmen, die schon das Umweltmanagementsystem EMAS (Eco Management and Audit Scheme) nutzen. »Mit EMAS sind die Anforderungen des VSME bereits zu einem großen Teil abgedeckt«, sagt Fabian Eder, Referent beim Umweltgutachterausschuss (UGA) in Berlin. Umweltgutachter prüfen bei der EMAS-Validierung die Unternehmen vor Ort. EMAS und VSME seien bei den überprüfbaren Fakten bereits gut kompatibel, aber auch der strategische Bereich lasse sich bei Bedarf in EMAS integrieren, sagt Eder. »EMAS ist in jedem Fall ein Mehrwert für den VSME.«

Mehr Infos zum Standard VSME gibt es online unter:
www.ihk-muenchen.de/vsme

IHK-Ansprechpartner zu Nachhaltigkeit:
Dr. Andri König, Tel. 089 5116-2197
koenigA@muenchen.ihk.de
Dr. Henrike Purtik, Tel. 089 5116-1105
purtik@muenchen.ihk.de
zu Sustainable Finance:
Roland Unterweger, Tel. 089 5116-1809
unterweger@muenchen.ihk.de

Erneuerbar – Biogasanlage mit Gasspeicher

Foto: BioIN

Energieträger mit viel Potenzial

Damit die Energiewende gelingen kann, braucht sie witterungsunabhängige Energieträger. Biogas kann hier eine wichtige Rolle spielen.

Von Stefan Bottler

Die Technik ist erprobt, sie hat sich in der Praxis längst vielfach bewährt. Rund 2.750 Anlagen produzieren in Bayern Biogas. Standorte auf dem Land dominieren den Markt. Viele Landwirte stellen aus Gülle, Ernterückständen, Futterresten und Nutzpflanzen diesen nachhaltigen Energieträger her. Er entsteht ausschließlich aus Mikroorganismen und kann fossile Brennstoffe ohne Abstriche ersetzen. Blockheizkraftwerke produzieren aus Biogas Strom und Wärme, Reinigungs- und Entschwefelungstechnologien wandeln diesen Stoff in Biomethan um. Das macht eine Einspeisung in Erdgasnetze möglich.

Mit einer Gesamtleistung von knapp 1.500 Megawatt können die vorhandenen Biogasanlagen laut Bayerischer Staatsregierung ein Großkraftwerk wie das stillgelegte Kernkraftwerk Isar 2 ersetzen. Bald könnten weitere Anlagen hinzukommen: Zum einen hat der Bundestag Ende Januar 2025 ein Energiepaket beschlossen, das einige Verbesserungen etwa bei Förderung und Ausschreibungsmengen vorsieht. Zum anderen sprechen in jüngster Zeit immer mehr Experten Biogas eine Schlüsselrolle in der Energiewende zu.

Vor allem die Dunkelflaute im Herbst 2024 hat dieser Diskussion Auftrieb gegeben. Wenn die Sonne kaum scheint und der Wind ausbleibt, muss die Stromver-

sorgung mit weiteren nichtfossilen Energieträgern gesichert werden.

»Weil wir auch an windstillen Tagen Strom brauchen, muss der Ausbau von Wind- und Solaranlagen mit flexiblen Kraftwerken flankiert werden«, sagt Stefan Rauh, Geschäftsführer des Fachverbands Biogas e.V. in Freising. »Biogas kann immer dann Strom erzeugen, wenn er benötigt wird. Wir brauchen Biogasanlagen als Back-up.« Rauh zitiert eine Studie der Friedrich-Alexander-Universität (FAU) in Nürnberg und Erlangen. Die Hochschule empfiehlt darin eine Nachrüstung der bestehenden Anlagen und Speicher. Bis 2030 sollten zwölf Gigawatt gesicherte Leistung zur Verfügung stehen.

Ausreichend Bedarf dürfte vorhanden sein. Denn Biogas kann auch für die Mobilität einen wichtigen Beitrag leisten. So können viele Fahrzeuge, die mit Erdgas fahren, auch Biomethan tanken. Für Flugzeuge kommt es ebenfalls infrage. Die CAPHENIA GmbH in Bernau am Chiemsee zum Beispiel arbeitet an einer Reaktortechnologie, die aus Biogas erneuerbare Kraftstoffe für Flugzeuge produziert.

»Biogas verbrennt nicht nur CO_2-neutral und spart fossile Brennstoffe, sondern ist außerdem witterungsunabhängig und macht eine bedarfsgerechte Energieerzeugung möglich«, fasst Felix Riedel, Referent für Energie und Ressourcen bei der IHK für München und Oberbayern, die Vorteile zusammen. »Weil dieser Energieträger vor Ort produziert wird, fallen kurze Transportwege an.« Das könnte langfristig auch die Preise reduzieren.

Die BioIN GmbH in Ingolstadt betreibt seit 2012 auf dem ehemaligen Kompostierstandort der BÜCHL-Gruppe eine Biogasanlage. An BioIN ist außer dem Entsorgungsdienstleister BÜCHL auch das kommunale Unternehmen INKB beteiligt. Der Strom, den BioIN aus Bio- und Grünabfällen produziert, wird ins öffentliche Netz eingespeist und versorgt mehrere Tausend Haushalte in der Region. Die Wärme, die zusätzlich anfällt, kommt vorerst nur dem BioIN-Standort zugute. Für zusätzliche Erlöse sorgt der Vertrieb von Kompost und Blumenerde.

»Der Verkauf von Wärme ist eine Herausforderung«, räumt Geschäftsführer Peter Meißner (58) ein. Häufig fehle es an Infrastruktur für die Verteilung. Trotzdem sieht Meißner sein Unternehmen als bundesweiten Vorreiter für die Biogaserzeugung. Regelmäßig hat BioIN Ausschreibungen für die Verarbeitung von externen Bioabfällen gewonnen, zweimal sind die Anlagen bereits erweitert worden.

In großen Dimensionen denkt auch die Wurzer Umwelt GmbH in Eitting. An seinem Standort plant der Entsorgungsdienstleister, der mit rund 430 Mitarbeitern über 73 Millionen Euro Umsatz erzielt, den Bau eines vier Hektar großen Bioenergiezentrums (BEZ). Aus Biomüll sollen hier bis zu 90 Gigawattstunden Biomethan und bis zu 60 Gigawattstunden Wärme im Jahr gewonnen werden. »Wir bringen für diese Technologie langjähriges Know-how mit«, sagt Geschäftsführer Karsten Witte (60). Er spielt dabei auf die Biogasanlage an, die Seniorchef Franz Wurzer bereits 1997 errichten ließ. Mit der gewonnenen CO_2-freien Energie kann der 27 Hektar große Standort Eitting sich weitgehend selbst versorgen. Dort betreibt Wurzer Anlagen für die Sortierung von Gewerbemüll, die Kompostierung von Bioabfällen und die Aufbereitung von Althölzern. Zudem gibt es Außenlager für Erden, Substrate, Steinprodukte und sonstige Güter, die aus den Abfällen gewonnen werden.

Auch bei der Herstellung von Biogas fallen Kompoststoffe und Gärreste an, die als Düngemittel geeignet sind. Für Witte ist die energetische Verwertung von Bioabfällen ein »Paradebeispiel der Kreislaufwirtschaft«. Das BEZ soll diesen Anspruch mit zusätzlichen Technologien untermauern. Das Unternehmen plant ein Heizkraftwerk, das mit Holzabfällen betrieben wird. Die Anlage soll unter anderem sicherstellen, dass das erzeugte Gas vollständig als Biomethan aufbereitet wird, das fossiles Erdgas ersetzen kann. Vorausgesetzt, alle baurechtlichen Genehmigungen liegen vor, kann das BEZ ab Herbst 2025 gebaut werden.

Wurzer möchte mit dem BEZ zum öffentlichen Versorger aufsteigen. »Aus einem Entsorgungsdienstleister wird ein Energielieferant«, freut sich Geschäftsführer Witte. Mit potenziellen Großkunden in der Region, die das Biogas in Blockheizkraftwerken verarbeiten können, wird bereits verhandelt. Es gibt noch weitere Optionen: Wenige 100 Meter von Eitting entfernt verläuft die Ferngasleitung Open Grid Europe. Sie könnte das von Wurzer produzierte Biomethan auf kurzem Weg aufnehmen. ●

IHK-Ansprechpartner zum Thema Biogas
Felix Riedel, Tel. 089 5116-1548
riedel@muenchen.ihk.de

GEWERBEBAU VITAL.

• Energieoptimiert bis **Plus-Energie** • Schlüsselfertig und nachhaltig aus Holz
• Schnelles Bauen zum Festpreis • **Budget-Planer** online

REGNAUER FERTIGBAU • 83358 Seebruck/Chiemsee • Tel. +49 8667 72-236 • bauen@regnauer.de

REGNAUER
Bauen für den Erfolg.

Die Lücke wird größer

Der bayerischen Wirtschaft könnten 2028 rund 220.000 Arbeitskräfte fehlen, das zeigt der neue IHK Arbeitsmarktradar Bayern. Die Folgen sind gravierend.

Gesucht – Fachkräfte mit beruflicher Ausbildung

Foto: anatoliycherkas/Adobe Stock

Von Gabriele Lüke

Wirtschaft und Exporte schwächeln, tausendfach werden Mitarbeitende entlassen. Den Arbeitskräftemangel mindert diese Entwicklung jedoch kaum. Er wächst sogar weiter. Im Jahr 2028 werden in Bayern rund 380.000 Stellen unbesetzt sein. Das sind fast 25 Prozent mehr als 2023. Stellt man den offenen Jobs die passend qualifizierten Arbeitslosen in Bayern gegenüber, ergibt sich eine Arbeitskräftelücke von 220.000 im Jahr 2028. Dies zeigt der neue IHK Arbeitsmarktradar Bayern, den das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln im Auftrag der bayerischen IHKs (BIHK) erstellt hat.

»Die aktuelle Bewegung auf dem Arbeitsmarkt ändert nichts an der grundsätzlichen Situation«, erläutert IHK-Fachkräfteexperte Sebastian John. »Der demografische Wandel, die Alterung unserer Gesellschaft, die rentennahen Babyboomer bleiben bestimmend. Die daraus resultierende Arbeitskräftelücke ist für die Unternehmen weiterhin eine der größten Herausforderungen.« Darauf muss sich die bayerische Wirtschaft einstellen:

- Betrachtet man einzelne Branchen, sind Unternehmensverwaltung, -führung und -beratung am stärksten betroffen. Hier fehlen im Jahr 2028 laut Arbeitsmarktradar 26.000 Arbeitskräfte. Im Gesundheitswesen und im Einzelhandel

sind es jeweils 18.000 (s. Grafik »So sind einzelne Branchen betroffen«).

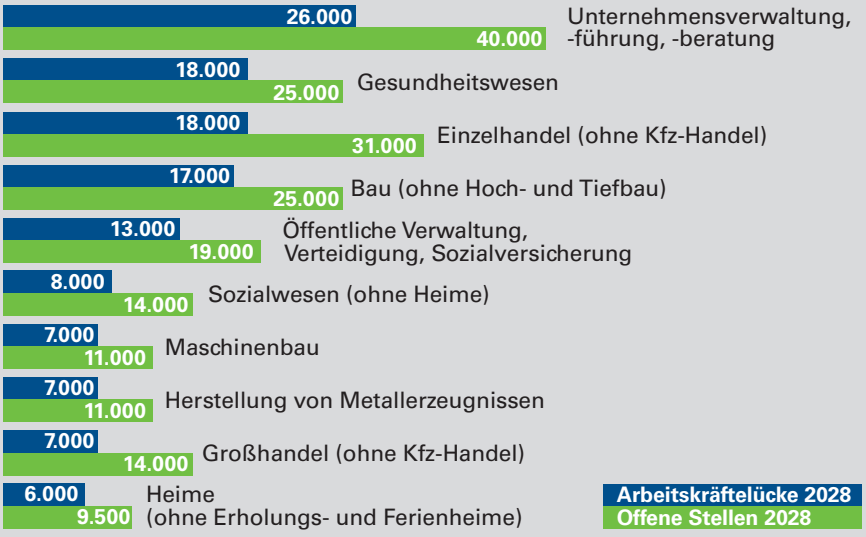
- Aufgeschlüsselt nach Qualifikationsniveau, mangelt es vor allem an Fachkräften, also Personen mit beruflicher Ausbildung. Hier fehlen 2028 bei 189.000 offenen Stellen rund 123.000 Arbeitskräfte. Bei den Spezialisten (Meister, Fachkräfte mit Weiterbildung, Bachelors) können 36.000 von 57.000 Stellen, bei den Experten (Akademiker mit Masterabschluss) 48.000 von 68.000 Stellen nicht besetzt werden. Am kleinsten fällt die Lücke bei den Helfern aus: Hier fehlen bei 65.000 offenen Stellen lediglich 16.000 Arbeitskräfte.
- Betrachtet man Berufe und Qualifikationsniveaus zusammen, ist 2028 der Mangel bei Fachkräften im Verkauf, Spezialisten für Kinderbetreuung und -erziehung sowie Experten in der Informatik am größten (s. Grafik »Bei welchen Berufen es besonders eng wird«).

Die Folgen sind erheblich. Für Bayerns Wirtschaft bedeutet der Mangel 2028 einen Wertschöpfungsverlust von rund 24 Milliarden Euro. Dabei gehen die Berechnungen noch von optimistischen Bedingungen aus. »Wir haben Angebot und Nachfrage gegenübergestellt und angenommen, dass alle passend qualifizierten Arbeitslosen auf offene Stellen vermittelt werden«, sagt Alexander Burstedde, Economist für Fachkräftesicherung, der den Arbeitsmarktradar beim IW entwickelt hat. »Dafür haben wir für 1.300 Berufe ein detailliertes Matching vorgenommen.

Doch selbst unter solchen idealtypischen Bedingungen der maximalen Passgenauigkeit und Verfügbarkeit bleibt der bayerische Arbeitsmarkt angespannt. Auch dann fehlen 2028 noch 220.000 Arbeitskräfte.«

SO SIND EINZELNE BRANCHEN BETROFFEN

Branchen mit den größten Arbeitskräftelücken in Bayern 2028



Mehr offene Stellen als Bewerber – in Unternehmensverwaltung und -beratung fehlen 2028 etwa 26.000 Arbeitskräfte

Quelle: IHK Arbeitskräftemarktradar 2025

BEI WELCHEN BERUFEN ES BESONDERS ENG WIRD

Top-10-Berufe mit den größten Arbeitskräftelücken 2028

Gefragt – bei Verkaufsfachkräften zeigt sich mit 10.000 Personen eine besonders große Lücke

Quelle: IHK Arbeitskräftemarktradar 2025

Foto: Daniel Roth/IW

»Selbst unter idealtypischen Bedingungen bleibt der bayerische Arbeitsmarkt angespannt.«

Alexander Burstedde, Ökonom für Fachkräftesicherung am IW

Aufschlussreich ist der Blick auf Beschäftigungsaufbau und -abbau in den einzelnen Branchen. »Dabei gleicht der Arbeitskräftezuwachs den Mangel nicht automatisch aus«, betont Burstedde. So nimmt die Beschäftigung zum Beispiel in der Softwareentwicklung oder in der Kinderbetreuung bis 2028 besonders stark zu – aber eben nicht schnell genug. »Deshalb bleibt die Arbeitskräftelücke hier trotzdem groß«, erläutert der IW-Experte.

Andere Branchen wie die Autoindustrie, der Maschinenbau oder die Banken bauen dagegen Überkapazitäten ab. »Trotzdem fehlen auch dort Fachkräfte, allerdings eher punktuell«, so Burstedde. »Der Beschäftigungsabbau im verarbeitenden Gewerbe dürfte der IT und dem wachsenden Verteidigungssektor zugutekommen.«

Was kann die Wirtschaft selbst tun, um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen? Arbeitskräfte aus dem Ausland zu rekrutieren, bleibt weiter notwendig. Zudem sollte die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigen und Ältere länger im Berufsleben bleiben. »Hier besteht weiteres Potenzial«, sagt Burstedde. »Für diese Gruppen müssen die Unternehmen noch attraktiver werden. Firmen sollten sie binden, stärker anwerben, das Onboarding erleichtern.« Wie entscheidend dies ist, bestätigt die neue Langfristprognose: Wenn es gelingt, die Erwerbsbeteiligung dieser drei Zielgruppen noch weiter zu steigern und auch der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte sich wie in den letzten Jahren entwickelt, kann die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Bayern bis 2038 branchenübergreifend um sechs Prozent wachsen. Das sind etwa 350.000 Personen.

Gibt es lediglich Zuwanderung, bleibt die Beschäftigung bis 2038 immerhin konstant. Findet auch keine Zuwanderung statt, sinkt die Zahl der Beschäftigten hingegen bis 2038 um 10,5 Prozent – das sind etwa 600.000 Personen.

Eine besondere Rolle können die Älteren spielen: Der neue Arbeitsmarktradar hat den Effekt einer längeren Lebensarbeitszeit berechnet. Dafür wurde angenommen, dass 2028 alle Erwerbspersonen ein Jahr später in Rente gehen als im Basisszenario. Zugrunde gelegt wurde dabei das tatsächliche Renteneintrittsalter, nicht das gesetzliche. »Die Arbeitskräftelücke würde dann um rund 36 Prozent, das sind 81.000 Personen, schrumpfen, es gäbe 120.000 offene Stellen weniger«, sagt Burstedde. »Auch die sinkende Wochenarbeitszeit vergrößert die Arbeitskräftelücke. Auf ihren Ausgleich geht etwa ein Drittel des Beschäftigungsaufbaus zurück. Neben der Lebens- müssen wir bei den Lösungen daher auch die Wochenarbeitszeit in den Fokus nehmen.«

Zum Schluss noch ein kurzer Blick auf München und Oberbayern: Hier wird der Arbeitskräftemangel bis 2028 auf rund 56.000 Personen ansteigen. Die meisten fehlen im Verkauf, in der Gesundheits- und Krankenpflege sowie in der Informatik. Zugleich kann sich die Beschäftigung bis 2028 um 7,1 Prozent erhöhen, wenn die Trends der letzten Jahre anhalten: »München und Oberbayern sind grundsätzlich gut aufgestellt, der Standort ist durch hochkarätige Unternehmen, Universitäten und Netzwerke attraktiv, es wandern viele qualifizierte Arbeitskräfte aus dem In- wie Ausland zu, die Bevölkerung ist eher jünger«, betont IHK-Experte John. Zudem profitiert insbesondere München von vielen Pendlern aus dem Umland. »Unterm Strich läuft es hier demografisch besser als im bayerischen Durchschnitt.«

IHK-Ansprechpartner zum Arbeitsmarkt
Sebastian John, Tel. 089 5116-1109
john@muenchen.ihk.de

TOOL FÜR INDIVIDUELLE AUSWERTUNGEN

Kernstück des IHK Arbeitsmarktradars Bayern ist ein Onlinetool. Hier können Unternehmen für ihre spezifische Branche, ihre benötigten Berufe und Qualifikationsniveaus sowie ihre Region die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt abrufen. Das Onlinetool und die zentralen Ergebnisse des Arbeitsmarktradars gibt es unter:
arbeitsmarktradar.bihk.de

Datencheck – wichtige Post von der IHK

Die Vorbereitungen für die IHK-Wahl 2026 haben begonnen. Im nächsten Schritt bittet die IHK die Mitgliedsunternehmen um Überprüfung ihrer Daten. Online ist das schnell erledigt.

Im kommenden Frühjahr entscheiden die Mitgliedsunternehmen der IHK für München und Oberbayern darüber, wer für die nächsten fünf Jahre ihre Interessen in der IHK-Vollversammlung und den Regionalausschüssen vertreten soll.

Die Wahl ist wichtiger denn je: Gerade in Krisenzeiten brauchen Unternehmen eine starke Vertretung

Damit Sie in der richtigen Wahlgruppe wählen beziehungsweise kandidieren können, ist es wichtig, dass Ihre bei uns hinterlegten Daten auf dem aktuellen Stand sind. Die IHK für München und Oberbayern wird daher in den kommenden Wochen alle rund 400.000 Mitgliedsunternehmen anschreiben und sie bitten, ihren bei uns angegebenen Wirtschaftsschwerpunkt bis zum 31. Juli 2025 zu überprüfen.

Datencheck online erledigen

Die Überprüfung ist schnell erledigt: einfach mit den im Schreiben mitgelieferten Zugangsdaten auf Ihrer persönlichen Seite unserer Datenplattform einloggen:
www.ihk-muenchen.de/datencheck
Achtung, die echten IHK-Zugangsdaten kommen nur per Brief, nicht über E-Mails oder SMS!

Mit Ihrem Mobiltelefon kommen Sie über einen QR-Code sogar direkt zum Ziel. Sollte Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung stehen, können Sie uns die Informationen selbstverständlich auch per Post oder über die angegebene Faxnummer zukommen lassen.

Der Wirtschaftsschwerpunkt entscheidet darüber, in welcher Wahlgruppe Ihre Stimme gezählt wird. Denn um die Vielfalt der oberbayerischen Wirtschaft abzubilden, werden alle Unternehmen bei der Wahl unterschiedlichen Wahlgruppen und Wahlbezirken zugeordnet. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die künftige IHK-Vollversammlung und die Regionalausschüsse ein Spiegelbild der gewerblichen Wirtschaft darstellen.

Mitmachen ist Ehrensache – 2026 ist IHK-Wahl

Foto: Kobus Louw/iStock

Die IHK-Wahl ist #EhrensacheIHK

Bei der IHK-Wahl entscheiden die IHK-Mitglieder über die Zusammensetzung der IHK-Vollversammlung und der 20 Regionalausschüsse für die kommenden fünf Jahre. Die Vollversammlung besteht künftig aus bis zu 104 Mitgliedern. Sie ist das demokratisch legitimierte höchste Entscheidungsorgan der IHK und bestimmt die Richtlinien der IHK-Arbeit. Zugleich werden auch die Vertreterinnen und Vertreter der 20 Regionalausschüsse neu besetzt.

Die Kandidatinnen und Kandidaten sind Unternehmerinnen und Unternehmer aus München und Oberbayern, die sich für ihren Wirtschaftsstandort ehrenamtlich engagieren möchten. Pro Mitgliedsunternehmen kann je eine Person für die Vollversammlung und/oder den jeweiligen Regionalausschuss antreten. ●

Mehr Informationen zur IHK-Wahl 2026 gibt es unter: **www.ihkwahl2026.de**

Von Euphorie keine Spur

Die Vollversammlung diskutiert in der Generaldebatte über die Berliner Koalitionsgespräche und Finanzpakete. Unternehmer warnen deutlich: Ohne Reformkurs verpufft das Geld.

Engagiert – Plenum im IHK-Stammhaus

Foto: IHK

Von Martin Armbruster

Wie viel Vertrauen die Politik in der oberbayerischen Wirtschaft zerstört hat – das konnte man live erleben auf der Sitzung der IHK-Vollversammlung Ende März. Die angesetzte Generaldebatte »Nach der Wahl – unternehmerische Einschätzungen und Auswirkungen« hatte ohnehin Spannung versprochen. Und dann ereignete sich einen Tag vor der Sitzung in Berlin Historisches: Grundgesetzänderung, Lockerung der Schuldenbremse, neues Sondervermögen, insgesamt laut Wirtschaftswissenschaftler Lars Feld womöglich 1,8 Billionen Euro auf Pump für Bundeswehr und Infrastruktur. Noch nie hatte eine Bundesregierung so viel Geld.

Von Aufbruchstimmung war trotzdem nichts zu spüren im Börsensaal der IHK. Präsident Klaus Josef Lutz sprach von »Sonderschulden«. Und Plenumsmitglied Sven Keussen stellte die Frage: Würde ein Unternehmer so vorgehen?

Keussen forderte »fokussierte Investitionen«, die Wachstum schaffen und somit das Land voranbringen. Die Wochenzeitung »Die Zeit« hält das für schwierig. Nach 20 Jahren Reformstau sei Deutschlands Volkswirtschaft nicht mehr fähig, die frischen Milliarden »produktiv aufzunehmen«. In Oberbayerns Wirtschaft herrscht zudem die Sorge, in den Koalitionsgesprächen könnte sich die von Friedrich Merz (CDU) versprochene Reformagenda in nichts auflösen.

Lutz kündigte daher an, er werde die Vorschläge und Forderungen aus dem Plenum nach Berlin mitnehmen zur DIHK-Vollversammlung, in der alle 79 deutschen IHKs eine Stimme haben. Gemeinsam mit DIHK-Präsident Peter Adrian und DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov werde man Reformen einfordern, die Wachstum und Wohlstand schaffen.

Nach Ansicht von Plenumsmitglied Eva Vesterling ist das dringend nötig. Irgendjemand werde irgendwann für die neuen Schulden bezahlen müssen. Dafür brauche es einen »Wachstumsplan für Deutschland« und »Strukturreformen«, an die sich bislang keine Regierung gewagt habe. Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl warnte, die Milliardensummen würden verpuffen, solange sich das Land mit ausufernder Bürokratie selbst lähme.

Die Beispiele sind bekannt. Am Beschaffungsamt der Bundeswehr sind Unternehmen schon verzweifelt. Frankreich kommt mit einer Datenschutzbehörde aus (CNIL), Deutschland hat dafür 17 Landesbeauftragte – Bayern sogar zwei. Laut »Handelsblatt« hat die EU in den jüngsten fünf Jahren sagenhafte 13.000 neue Gesetze erlassen. Es sei leider »typisch deutsch«, so Gößl, noch eine nationale Zusatzregelung draufzusatteln und das Vorschriftenpaket buchstabengetreu umzusetzen.

IHK-Bereichsleiterin Elke Christian vertiefte das Thema mit ihrem Bericht über eine

IHK-Delegationsreise ins gelobte Land des Bürokratieabbaus: Schweden. Christian zitierte eine ifo-Studie, wonach man Deutschlands Wirtschaft jedes Jahr um 146 Milliarden Euro entlaste, wenn man die Bürokratie auf schwedisches Niveau drücken würde.

Was Schweden macht, ist keine Zauberei: Pragmatische Regelorientierung, mehr E-Government, eine von der Software generierte Steuererklärung, die man nur mit Mausklick bestätigen muss – das hätten auch wir Deutsche gern. Für entscheidend hält Christian das andere Denken (»Mindset«) von Staat und Verwaltung in dem skandinavischen Land (s. a. Artikel S. 50). Lutz betonte, Schweden zeige, dass es gehe, wenn man wolle, selbst als EU-Mitglied. Ob man in Berlin diesen Willen hat, daran äußerte das Plenum Zweifel. Keussen kritisierte die Fixierung auf den Verbraucherschutz. Das koste zu viel Geld und vergifte die Stimmung: »Man erweckt den Eindruck, die Bürger müssten vor uns Unternehmern geschützt werden.« Sonja Ziegltrum sagte, ein Mindestlohn von 15 Euro würde ihre Branche extrem treffen. Wenn Ungelernte schon 15 Euro bekämen, müsste sie auch Fachkräften mehr bezahlen, um sie zu motivieren. Die höheren Lohnkosten könne sie aber nicht auf die Preise umlegen. Ziegltrum: »Dann muss ich Jobs abbauen.«

Es tue seiner Branche, dem Einzelhandel, gut, wenn mehr investiert werde, erklärte Ernst Läuger. Einen höheren Mindestlohn sah aber auch er kritisch. Ein Großteil der drei Millionen Mitarbeitenden des Einzelhandels sei in Teilzeit oder als Minijobber beschäftigt. Zudem sei es im Einzelhandel üblich, ein niedriges Fixgehalt mit Verkaufsprovisionen aufzustocken.

Vladimir Lasic sagte, ein höherer gesetzlicher Mindestlohn wirke schädlich, weil er nicht regional unterscheide. Er gelte in Mecklenburg-Vorpommern ebenso wie in München. Wie wichtig auch eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten hin zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit – nicht nur für seine Branche Veranstaltungswirtschaft – sei, betonte Tobias Viße. »Wir haben heute Mitarbeiter, die wollen das. Die haben Lust, auch mal länger zu arbeiten.«

Thomas Dittler plädierte für eine Flucht nach vorn. Er riet dazu, »sich nicht von den momentanen Problemen beeindrucken zu lassen«. Also besser gleich in die Zukunft, in KI-Anwendungen, investieren. Humanoide Roboter würden immer besser und günstiger. Der Kauf habe sich schnell rentiert, so Dittler. Nur müsse man da noch kulturelle Hürden nehmen.

Lobende Worte für das Finanzpaket fand Georg Dettendorfer. Schließlich hatte er auch als Vorsitzender des IHK-Verkehrsausschusses seit Jahren mehr Geld für marode Straßen und Brücken gefordert. Zugleich warnte er vor einem »Strohfeuer-Effekt«. Man müsse die bessere Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur verstetigen – etwa mit der strikten Zweckbindung von Mauteinnahmen.

In die Zukunft investieren

Johannes Hauner bezeichnete Investitionen in die digitale Infrastruktur als ebenso wichtig. Man brauche auf deutscher und europäischer Ebene eigene Cloudlösungen. Derzeit sei man da zu 70 bis 80 Prozent von den USA abhängig. In der Ära Trump II sei das riskant. Zudem müsse das Kunststück gelingen, mehr als eine Billion Euro in den Markt zu pumpen, ohne die Inflation drastisch anzuheizen.

Renate Waßmer sprach von »Kollateralschäden«, die man im Blick haben müsse. Wenn die Banken Kredite mit mehr Eigenkapital hinterlegen müssten, hätte das einen bremsenden Effekt. Hauptgeschäftsführer Gößl wies darauf hin, dass der Traum vom Eigenheim für viele abrupt zu Ende sein könnte. Die zehnjährigen Bauzinsen hätten sich innerhalb von drei Wochen von 3,4 auf 3,7 Prozent erhöht als Folge der gestiegenen Renditen für Bundeswertpapiere. Raiffeisenbanker Reinhard Schwaiger unterstrich das: »Der Zins hat sofort auf die Schuldenpakete reagiert.«

Er befürchtet Konsequenzen für Deutschlands Bonität. Zudem entziehe die Europäische Zentralbank über das Auslaufenlassen von Anleihen dem Markt schon Geld. Schwaiger und Gößl hielten es für möglich, dass als Folge der Finanzpakete Inflation und Zinsen dauerhaft steigen – mit negativen Folgen für Konjunktur und hoch verschuldete EU-Partner wie Frankreich und Italien.

Der Zinsanstieg mache viele Hoffnungen des Wohnungsbaus zunichte, klagte Werner Mooseder. Seine Branche stünde vor dem schwersten Jahr ihrer Geschichte. Falle der neuen Koalition nicht mehr zum Wohnungsbau ein, blieben 320.000 neue Wohnungen pro Jahr bis 2030 eine Illusion.

Mehr Geld für die Bundeswehr ist gut, schafft aber noch keine umfassende Sicherheit – diese Erkenntnis brachte Ingrid Obermeier-Osl aus einer Unternehmerinnen-Reise des IHK-Ehrenamts aus Brüssel mit. Obermeier-Osl äußerte sich beeindruckt über ein Gespräch mit der FDP-Abgeordneten Marie-Agnes Strack-Zimmermann im EU-Parlament. Demnach ist die hybride Kriegsführung Putins längst im Gange.

Gößl nannte das alarmierend. Man erlebe im IHK-Bezirk, wie Drohnen Firmengelände ausspähen. Die Stadtwerke München wehren sich gegen gehäufte Cyberangriffe und Sabotageversuche von prorussischen Gruppierungen. Der Hauptgeschäftsführer sieht beim Thema Sicherheit auch die Unternehmen in der Pflicht. Dies gelte etwa für die Freistellung von Reservisten für Wehrübungen und den Heimatschutz. Man müsse ferner alle logistischen Prozesse unterstützen, die eine moderne Armee brauche.

Präsident Lutz machte abschließend klar, wo er aktuell die IHK-Organisation am meisten gefordert sieht: in Berlin. Es gelte, eine weitere Stillstandskoalition zu verhindern. Lutz versicherte, er habe alle Anregungen notiert und sagte: »Sie können sich auf unseren Einsatz verlassen.« ●

IHK-Ansprechpartnerin zur Vollversammlung
Lucie Rollberg, Tel. 089 5116-2130
rollberg@muenchen.ihk.de

Viele Kanäle führen zum Kunden

Von der Vertriebsstrategie über Digitalisierung und KI bis hin zu Wettbewerbern aus Fernost – eine neue Studie beleuchtet die aktuellen Herausforderungen des Einzelhandels.

Die Weltlage ist angespannt, Handelskonflikte nehmen zu, in Deutschland schwächelt die Konjunktur – all das dämpft die Kauflust der Konsumenten. Gleichzeitig stellen technologische Umbrüche wie künstliche Intelligenz neue Anforderungen an die Unternehmen. Keine Frage, die Zeiten sind fordernd für den Einzelhandel.

Wie die Unternehmen die aktuelle Lage bewältigen, welche Strategien sie verfolgen und wo sie Hürden fürs Geschäft sehen, hat die dritte Handelsstudie von DIHK und dem Forschungsinstitut ibi research an der Universität Regensburg GmbH untersucht.

Ein zentraler Trend: Der Anteil der Händler, die auf ein rein stationäres Geschäft setzen, nimmt weiter ab. Zwar ist das Ladenlokal nach wie vor der meistgenutzte Verkaufskanal. Doch rund die Hälfte der Firmen kombiniert mittlerweile stationäre und digitale Vertriebswege (s. Grafik »Stationäre Händler auf dem Rückzug«).

Insgesamt sind digitale Anwendungen wie Warenwirtschaftssysteme, digitale Kassensysteme und Kundendatenbanken in der Branche weit verbreitet. Allerdings haben nur 25 Prozent der bayerischen Einzelhändler eine Digitalisierungsstrategie definiert. Deutlich mehr (37 Prozent) nutzen künstliche Intelligenz (s. Grafik »Künstliche Intelligenz im Einsatz«).

Gefragt nach den größten Herausforderungen, nennen die Händler im Freistaat vor allem hohe Energiekosten und die sinkende Zahl an Personen, die am Geschäft vorbeikommen (s. Grafik »Was den Händlern zu schaffen macht«).

Zahlreiche Einzelhändler sehen ihr Geschäftsmodell außerdem durch globale Marktplätze wie Amazon und eBay sowie aggressiv auftretende Drittstaatenhändler wie Temu und SHEIN unter Druck gesetzt. Ganz oben auf der Liste der negativen Einflüsse jedoch steht die zunehmende Regulierung. Mehr als drei Viertel der Händler in Bayern betrachten die Bürokratie als gravierende Belastung für ihr Geschäft (s. Grafik »Ärgernis Regulierung«).

Ladengeschäft – immer noch ein wichtiger Vertriebsweg

Foto: Dusan Petkovic/Adobe Stock

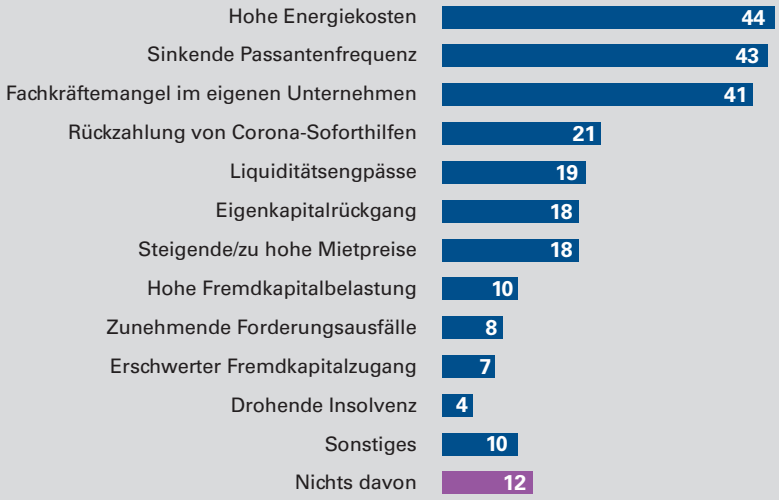
»Die bayerischen Einzelhändler stehen vor großen Herausforderungen, insbesondere bei Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Bürokratie«, kommentiert Peter Groten, Handelsexperte bei der IHK für München und Oberbayern, die Studienergebnisse. Multikanalstrategien und weitere Investitionen in Technologie seien zentrale Hebel, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. »Es ist aber auch gezielte politische Unterstützung und ein Bürokratieabbau notwendig«, so Groten. ●

Die komplette IHK-ibi-Handelsstudie gibt es unter:
www.ihk-muenchen.de/handel

IHK-Ansprechpartner zum Einzelhandel
Peter Groten, Tel. 089 5116-2066
groten@muenchen.ihk.de

WAS DEN HÄNDLERN ZU SCHAFFEN MACHT

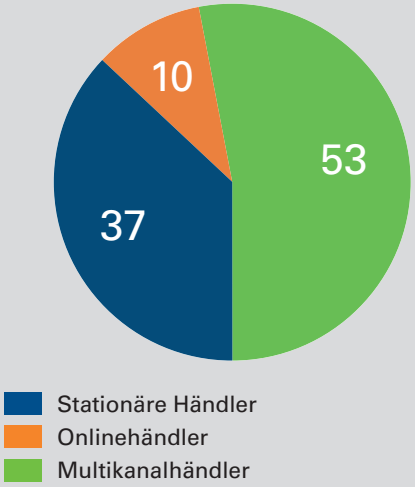
Wodurch ist die allgemeine Geschäftslage Ihres Unternehmens aktuell geprägt? (Mehrfachauswahl, Antworten in Prozent)



Hemmnisse – vor allem hohe Energiekosten und weniger Passanten in den Städten sind eine Belastung

STATIONÄRE HÄNDLER AUF DEM RÜCKZUG

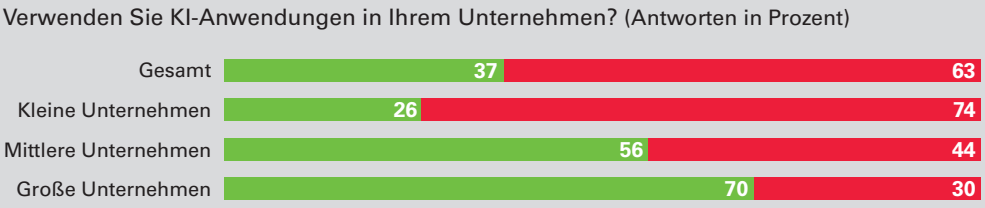
Händlertypen (Anteil in Prozent)



Ladengeschäft plus Onlinekanal – über 50 Prozent der bayerischen Einzelhändler nutzen mehrere Vertriebswege

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IM EINSATZ

Verwenden Sie KI-Anwendungen in Ihrem Unternehmen? (Antworten in Prozent)



70 Prozent der großen Einzelhändler nutzen bereits KI-Anwendungen – bei kleinen Firmen sind es immerhin 26 Prozent

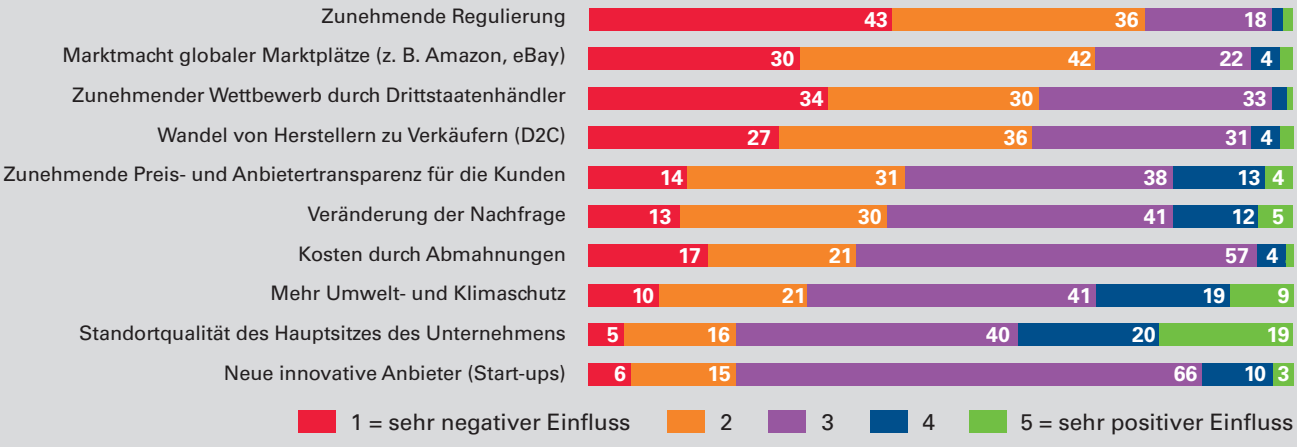
Kleine Unternehmen:
bis 49 Beschäftigte und weniger als zwei Millionen Euro Jahresumsatz

Mittlere Unternehmen:
50 bis 499 Beschäftigte und zwei bis 49 Millionen Euro Jahresumsatz

Große Unternehmen:
500 und mehr Beschäftigte und 50 Millionen Euro und mehr Jahresumsatz

ÄRGERNIS REGULIERUNG

Wie beeinflussen die folgenden Punkte das Geschäftsmodell Ihres Unternehmens? (Antworten in Prozent)



Zu viele Vorgaben – rund drei Viertel der Einzelhändler in Bayern sehen in der zunehmenden Regulierung einen negativen oder sogar sehr negativen Effekt auf ihr Geschäftsmodell

Quelle: IHK-ibi-Handelsstudie, Bayern; gerundete Ergebnisse

Foto: Lisa Hantke

»Sich auf seinem Weg nicht beirren lassen, mutig und authentisch sein«, rät Digitalstrategin Claire Nizeyimana

Foto: Aiina Robotics

Gemischte Teams finden bessere Lösungen – diese Erfahrung hat Nicola Kolb, Mitgründerin von Aiina Robotics, gemacht

Im Aufbruch

Innovative Frauen geben in der Tech-Branche den Ton mit an. Wie verstehen sie ihre Rolle als Unternehmerinnen und die Aufgaben, denen sie gegenüberstehen?

Von Gabriele Lüke

Ein Roboter, der die Betonsanierung automatisiert – für Baustellen ist das ein Quantensprung. »Beton von Stahlgerüsten zu spritzen, ist einer der härtesten Jobs auf dem Bau. Nun übernimmt ihn unser mobiler, intelligenter Roboter«, erklärt Nicola Kolb stolz. Sie gehört zum vierköpfigen Gründungsteam von Aiina Robotics. Das Münchner Start-up hat den Roboter entwickelt. »Der Betonsanierer ist unser erstes Produkt. Zurzeit arbeiten wir daran, dass er weitere Bauaufgaben automatisieren kann.«

Sich in gleich zwei sehr männerlastigen Branchen wie KI und Bau zu bewegen – war das als Frau schwer? »Vielleicht minimal«, sagt Kolb. »Für den Bau gilt: Unser Roboter macht Baustellen effizienter und hilft gegen den Fachkräftemangel. Das ist am Ende entscheidend.« Und auch in der KI-Branche hätten sich etwaige Vorbehalte schnell aufgelöst. Unternehmen sollten reale Probleme lösen. »Dabei haben gemischte Teams immer gute Voraussetzungen«, betont sie. »Denn sie bringen verschiedene Perspektiven zusammen und finden so bessere Lösungen.«

Welche Chancen und Herausforderungen bietet die Tech- und Digital-Ökonomie – insbesondere die KI-Branche – Frauen? Dieser Frage geht der diesjährige IHK Unternehmerinnentag nach (IHK-Veranstaltungstipp S. 37). »Die Tech-Ökonomie kann tradierte Strukturen und Geschlechtergrenzen aufbrechen, den Frauen neue Zugänge und Möglichkeitsräume eröffnen«, ist Keynote-Sprecherin Kira Marrs vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. in München überzeugt. »Für Frauen entstehen hier derzeit völlig neue Rahmenbedingungen und Chancen, um ihre Kompetenzen und Potenziale einzubringen, ihren beruflichen Weg zu gehen und ihre Karrierepläne zu verwirklichen.«

Larissa Mikolaschek, im Digitalverband Bitkom Vorständin des Arbeitskreises Artificial Intelligence und Head of Tech der auf KI-Entwicklung und -Weiterbildung spezialisierten Sest GmbH in Grünwald, ermutigt Frauen, sich mehr ins Spiel zu bringen. Im Feld der künstlichen Intelligenz würden die Areale gerade erst verteilt. Die Units in den Unternehmen, die Start-ups entstehen erst noch. »Der Zeitpunkt ist aktuell sehr günstig. Frauen können jetzt Terrain besetzen.«

Dass Frauen das KI-Feld nicht allein den Männern überlassen, sei zudem entscheidend für den weiteren Erfolg der Branche, betont sie: »Wir arbeiten mit Daten, füttern und trainieren Algorithmen mit ihnen. Je diverser unsere Branche, unsere Teams sind, umso vielfältiger sind auch die eingespeisten Daten, umso besser und valider die Ergebnisse und Anwendungen.«

Bei aller Aufbruchstimmung zeigen die Statistiken zu Frauen in der KI jedoch ein ambivalentes Bild: Einerseits gründen Frauen, wenn sie gründen, inzwischen

zu rund 15 Prozent in der KI-Branche, zu weiteren 23 Prozent im Softwarebereich und zu 14 Prozent in der IT. Dies hat die University of Europe for Applied Sciences (UE) in Berlin 2024 in einer weltweiten Erhebung herausgefunden. Andererseits liegt der Anteil von Start-ups mit Frauen in der Geschäftsführung laut startup detector report 2023/2024 in Deutschland bei nur 17 Prozent. Und in den IT-Studiengängen sind sie hierzulande nur zu knapp 20 Prozent vertreten.

»Wir müssen folglich früher ansetzen: Schon in der Schule, beim Übergang in den Beruf oder ins Studium müssen junge Frauen noch viel mehr für Technik, IT und KI – und die Selbstständigkeit – begeistert werden«, sagt IHK-Referentin Marlene Eder, die den Unternehmerinnentag organisiert.

Unternehmerin Mikolaschek unterstützt mit großer Begeisterung junge Frauen auf dem Weg in IT- und KI-Berufe. »Um das entsprechende Mindset zu fördern, helfen Netzwerke und Role Models«, stellt sie fest. In der KI gebe es inzwischen einige Unternehmerinnen, die ihren Weg sehr erfolgreich gehen. »Sie sollten noch sichtbarer werden.«

Claire Nizeyimana ist ein solches Role Model. Ihre Geschäftsbasis ist die digitale Sichtbarkeit von Unternehmen – auf Social-Media-Plattformen und bei Google. »Dabei bin ich stets offen für neue Entwicklungen, inzwischen nutze ich KI-Tools zur Unterstützung bei Konzeption und Recherche.«

Die Selbstständigkeit baute Nizeyimana 2012 zunächst im Nebenerwerb auf. 2019 wechselte sie in die Vollzeit-Selbstständigkeit. »Ich bin als Mum-Blogger gestartet, habe auf die richtigen Themen gesetzt und das Internet verstanden. Parallel war ich lange im E-Commerce tätig.« Es wurden andere auf sie aufmerksam, baten um Unterstützung bei ihrer Social-Media- und SEO-Strategie. »Heute bin ich Sparringspartner rund um die digitale Sichtbarkeit: vom Digital Storytelling bis zur Onlineshop-Optimierung.«

Nizeyimana findet, dass die digitale Welt – insbesondere die Sichtbarkeit über Social Media – Frauen vielfach nützt: »Meiner Erfahrung nach fördert sie Chancengerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe.« KI sieht sie dabei als unterstützendes Werkzeug. Was sie zudem als individuelles Erfolgsrezept weitergibt: »Sich auf seinem Weg nicht beirren lassen, mutig und authentisch sein. Das setzt sich durch.«

Ein weiterer entscheidender Erfolgsfaktor sei intensives Networking – ob im akademischen Umfeld, auf Kongressen oder Veranstaltungen. »Hier kann man sich und die eigene Technologie vorstellen, lernt Investoren oder erste Kunden kennen – solche Netzwerke sind entscheidend«, ergänzt Annika von Mutius. Sie ist Mitgründerin des HR-Tech-Start-ups Empion GmbH in Berlin, das KI-basiert Unternehmen und Talente zusammenbringt. Von Mutius gehört zu den 23 Frauen, die das »Manager Magazin« zu den maßgeblichen KI-Köpfen in Deutschland zählt, und sitzt seit Ende 2024 im Vorstand des Bundesverbands der Unternehmen der Künstlichen Intelligenz in Deutschland e.V.

»Wir in Europa sind gut positioniert, wenn es um die Grundlagenforschung von KI-Systemen geht«, sagt von Mutius. »Dieses Potenzial müssen wir nun ausschöpfen – ganz besonders in der Anwendung der Modelle. Hier liegen enorme Chancen für Deutschland und Europa.« Unternehmerinnen werden dabei eine wichtige Rolle spielen, ist sie überzeugt. »Es gibt viele kompetente Frauen in der KI-Branche, die Innovation großartig vorantreiben. Wir arbeiten daran, dass es mehr werden.« ●

IHK-Ansprechpartnerin zum IHK Unternehmerinnentag
Marlene Eder, Tel. 089 5116-1174
eder@muenchen.ihk.de

IHK-VERANSTALTUNGSTIPP

»Women in AI« – IHK Unternehmerinnentag 2025

Welche Chancen und Herausforderungen bietet KI für Unternehmerinnen? Wie können innovative KI-Technologien genutzt werden, um Geschäftsprozesse zu optimieren, Marketingstrategien zu verbessern oder die Sicherheit in Unternehmen zu erhöhen? Auf dem diesjährigen IHK Unternehmerinnentag dreht sich alles um künstliche Intelligenz.

Kira Marrs, Expertin für Transformation und Digitalisierung am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V., hält die Keynote, außerdem sprechen unter anderen die Unternehmerinnen Nicola Kolb und Claire Nizeyimana. Beim Unternehmerinnentag treffen sich jedes Jahr rund 300 Unternehmerinnen, um sich zu neuen Trends zu informieren und zu netzwerken.

Termin: 2. Juli 2025, ab 13 Uhr
Ort: IHK Akademie München, Orleansstraße 10–12, 81669 München

Infos und Anmeldung:
www.events.ihk-muenchen.de/unternehmerinnentag

Viel Luft nach oben

Die Digitalisierung der bayerischen Wirtschaft kommt nicht recht voran. Welche Hürden die Unternehmen bei der Transformation sehen.

Digitale Möglichkeiten – die Umsetzung stockt

Foto: zapp2photo/Adobe Stock

Von Josef Stelzer

Stillstand statt Fortschritt – der Digitalisierungsgrad der bayerischen Unternehmen hat sich 2024 gegenüber dem Jahr zuvor nicht verbessert.

Woran das liegt? Hinderlich sind unter anderem der Zeitmangel, steigende Komplexitäten digitaler Systeme, hohe Kosten sowie fehlende Digitalkompetenzen. Zu schaffen machen den Unternehmen ebenfalls rechtliche Unsicherheiten. Auch der Fachkräftemangel ist weiterhin problematisch. Das sind wesentliche Ergebnisse der aktuellen IHK-Digitalisierungsumfrage, an der Ende 2024 bayernweit mehr als 600 Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen teilgenommen haben.

Demnach bewerten die bayerischen Firmen ihren Digitalisierungsgrad mit der Schulnote 2,8 – so wie schon 2023. Im längerfristigen Vergleich mit dem Ergebnis aus dem Jahr 2020 hat sich die Selbsteinschätzung der Unternehmen lediglich um 0,1 verbessert. Aktuell sieht sich mehr als die Hälfte der befragten Betriebe digital nur durchschnittlich aufgestellt. Sechs Prozent der Firmen sind nach eigener Einschätzung sogar nur unzureichend digitalisiert. Dagegen zeigt sich im technikaffinen Informations- und Kommunikationsbereich (IuK) ein höherer Digitalisierungsgrad. Finanzwirtschaft, Industrie und Bauwirtschaft verzeichnen leichte Fortschritte (s. Grafik S. 40).

Wie lässt sich mehr Tempo machen? Der Unternehmer und Digitalisierungsexperte Gerhard Müller (52) aus Markt Schwaben empfiehlt Unternehmen, »ihre Digitalisierungsmaßnahmen voranzutreiben, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern – zumal daraus letztlich enorme Produktivitätsgewinne resultieren«. Außerdem ließen sich so die Effekte des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels eindämmen.

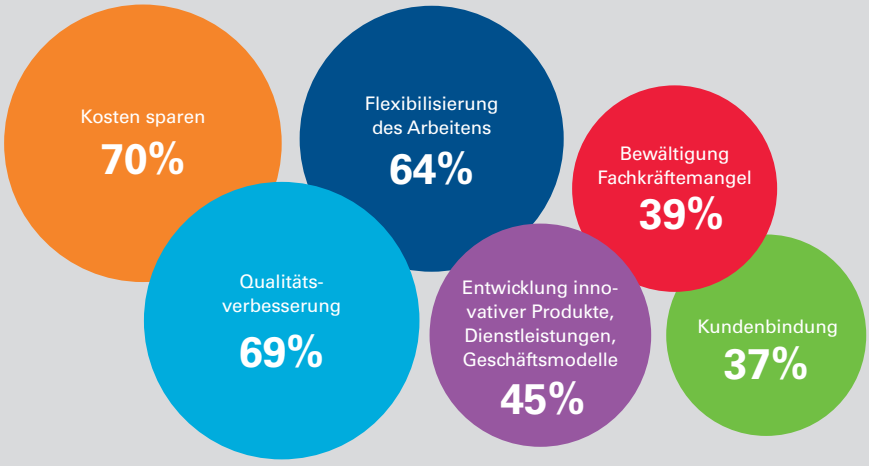
»Um schneller voranzukommen, könnten die Betriebe Freiräume zur Verfügung stellen, in denen sich die Beschäftigten mit der Digitalisierung vertraut machen können«, rät Müller, der auch Vorsitzender des IHK-Fachausschusses für Digitalisierung ist. Denkbar sei etwa, Meetings mit Kurzreferaten zu brandaktuellen Digitalthemen einzuleiten. »Dadurch signalisieren die Unternehmen, dass sie Neuem eine echte Chance geben.« Die IHK bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten, um sich in die verschiedenen Digitalisierungsaspekte einzuarbeiten – von Präsenzveranstaltungen über Webinare bis hin zu Netzwerken (www.ihk-muenchen.de/digitalisierung – www.packmasdigital.de).

Eine Maßnahme der Unternehmensdigitalisierung stellen Cloud-Lösungen dar. Laut Umfrage haben branchenübergreifend rund 79 Prozent der Befragten Cloud-Technologien integriert. Fast jedes zweite Unternehmen in Bayern setzt auf künstliche Intelligenz. Rund 35 Prozent der befragten Firmen planen, KI-Lösungen innerhalb der nächsten drei Jahre einzuführen.

Ein regelrechter Boom zeigt sich bei den generativen KI-Systemen, die beispielsweise Texte formulieren und Bilder, Grafiken oder andere Inhalte erzeugen. Zum Einsatz kommen solche Lösungen etwa

WARUM FIRMEN DIGITALISIEREN …

Welche Gründe haben Unternehmen für die Digitalisierung?
(Bayern 2024, Mehrfachnennungen)

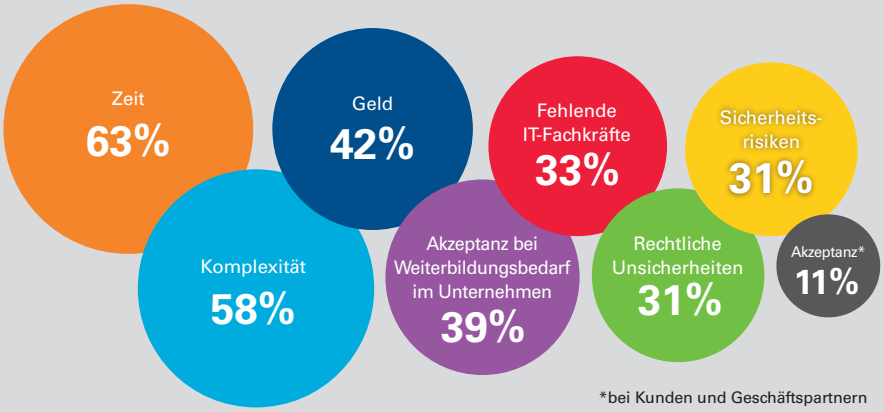


Weniger Kosten, bessere Qualität, mehr Flexibilität – das sind die Hauptziele, die Unternehmen mit der Digitalisierung verknüpfen

Quelle: IHK-Digitalisierungsumfrage 2024

… UND WELCHE SCHWIERIGKEITEN SIE SEHEN

Größte Herausforderungen in Unternehmen bei der Digitalisierung
(Bayern 2024, Mehrfachnennungen)



*bei Kunden und Geschäftspartnern

Digitalisierung geht nicht nebenbei – die aufzuwendende Zeit und die hohe Komplexität sind für Firmen die größten Hürden

Quelle: IHK-Digitalisierungsumfrage 2024

für Aufgaben zur Dokumentenbearbeitung, für einen personalisierten Kundenservice, zur Qualitätssicherung sowie in der Produktentwicklung.

Rund 60 Prozent der Unternehmen berichten, dass rechtliche Unsicherheiten die Datennutzung erschweren. Maximilian Störzer (48), Leiter digitaler Vertrieb im Bereich Mobilität der Stadtwerke München GmbH und stellvertretender Vorsitzender des IHK-Digitalisierungsausschusses, ärgert sich über die komplexen rechtlichen Vorgaben: »Für die Digitalisierung bildet die Regulierung das Haupthindernis, beispielsweise die langwierigen Genehmigungsverfahren für den Ausbau der Telekommunikations-Infrastruktur. Es ist, als ob man eine Eisenkugel am Bein hätte.«

Die Zuständigkeit gerade beim Datenschutz sei durch föderale Strukturen zu zersplittert, »die Anforderungen der Behörden sind damit schon bundesweit nicht eindeutig«, so Störzer. Eine Harmonisierung und Vereinfachung diverser digitalpolitischer Regulierungen sowohl auf europäischer als auch auf Bundesebene hält er für dringend nötig.

Zusätzliche Herausforderungen ergeben sich durch den AI Act, der als EU-weit geltender Rechtsrahmen für den Umgang mit KI dient. Wobei die Vorgaben an verschiedenen KI-Risikoklassen ausgerichtet sind (s. Artikel S. 44). Demnach ergibt sich etwa im Personalwesen durch den KI-Einsatz in der Regel die Einstufung als »hohes Risiko«. Für diese Risikoklassifizierung sind umfangreiche gesetzliche Vorgaben nach der KI-Verordnung zu beachten, bei Verstößen drohen hohe Strafen.

Gleichwohl nutzen der aktuellen Digitalisierungsumfrage zufolge mittlerweile 26 Prozent der Unternehmen KI-Lösungen im Personalbereich. »Durch den AI Act entstehen Unsicherheiten, was den Unternehmen ihre Digitalisierungsvorhaben erschwert«, warnt Störzer. »Wir brauchen jedoch einen Rechtsrahmen, der bürokratiearme und innovationsfreundliche Anwendungen erleichtert.«

Rund 45 Prozent der befragten Unternehmen bewerten im Übrigen die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung als ungenügend oder mangelhaft. Die unzureichende Verwaltungsdigitalisierung bremst nicht nur etablierte Firmen, die auf rasche, unbürokratische Abläufe angewiesen sind, sie erschwert auch Neugründungen.

Digitalexperte Müller ist überzeugt: Ein mit weitreichenden Vorgabekompetenzen ausgestattetes Digitalministerium auf Bundesebene sei »ein richtiger Schritt, um die Verwaltungsdigitalisierung endlich voranzutreiben«. ●

WENIG BEWEGUNG

Wie digital sind einzelne Unternehmen?
Bayern 2024, von 1 = sehr gut bis 6 = ungenügend

Insgesamt nur »befriedigend« – in den meisten Branchen gibt es kaum Fortschritte bei der Digitalisierung

Quelle: IHK-Digitalisierungsumfrage 2024; Symbole: Adobe Stock

Die komplette Digitalisierungsumfrage gibt es online hier:
www.ihk-muenchen.de/digitalisierungsumfrage

IHK-Ansprechpartnerin zum Thema Digitalisierung
Chantal Berier, Tel. 089 5116-1321
berier@ihk.muenchen.de

Brand im Sägewerk – meist schwer versicherbar

Foto: Dieter Hawlan/Adobe Stock

Voll ins Risiko

Für manche Firmen ist es schwer, eine Feuerpolice zu erhalten. Mit einer Expertenrunde greift die IHK das Problem auf – welche Lösungen gibt es für betroffene Branchen?

Von Martin Armbruster

Feuerversicherung – das klingt nach Nische, nach einem Thema exklusiv für Brandschutz-Freaks. Doch die Probleme mit der Feuerpolice haben inzwischen gesamtwirtschaftliche Bedeutung. Sie lassen ganze Branchen bangen – das zeigte die IHK-Veranstaltung »Von Funken zu Fakten: Prävention und Management von Brandfällen in Mühlen, Sägewerken und Recyclingbetrieben« Ende März sehr deutlich.

Der Hintergrund: Klagen von Mitgliedsunternehmen über existenzielle Risiken hatten im Frühjahr 2024 den IHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl alarmiert. Er informierte Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (FW), der sofort eine Expertenrunde vorschlug.

Miteinander reden hilft – davon war und ist Gößl überzeugt. Zwei Runde Tische mit relevanten Branchenvertretern im April und im Juli 2024 unter der Leitung von Staatssekretär Tobias Gotthardt (FW) hatten dies schon gezeigt. Damit war der Weg bereitet für die »Informations- und Dialogveranstaltung« der IHK in Kooperation mit dem Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS), dem Bundesverband der Deutschen Säge- und Holzindustrie (DeSH) und dem Bayerischen Müllerbund. Vertreter des Landesfeuerwehrverbands Bayern und der Versicherungswirtschaft saßen mit am Tisch. Was alle einte, war die Einsicht: Die Schadenssummen müssen runter. Aber das ist nur der erste Schritt. Wie sich danach eine bessere Versicherbarkeit erreichen lässt, das blieb die große, offene Frage. Von »Marktversagen« war die Rede.

Gößl schilderte das Beispiel eines alteingesessenen Sägewerks mit Holzhandel. Auf eine Brandschutzversicherung verzichtet der Traditionsbetrieb. »Die Kosten sind schlicht zu hoch.« Die Familie hat verschiedene Maßnahmen in Eigenverantwortung getroffen. Man behilft sich unter anderem mit Vorkehrungen zur Eigenlöschung sowie vorbeugend mit Wärmesensoren, die

Runder Tisch in der IHK – Diskussion um die Feuerversicherung

Foto: IHK

bei kleinster Abweichung vom Soll 24/7 auf dem Smartphone Alarm schlagen.

In der Not gehen Betriebe ins Risiko, was weitere Risiken provoziert. Das machte Jochen Winning, Leiter des DeSH-Regionalbüros Bayern, klar: »Wer keine Versicherung mehr hat, den erwarten sehr unangenehme Bankgespräche.« Und das in einer Phase, in der viele Betriebe Kapital zum Überleben bräuchten.

Analysten bescheinigen der Sägewerkindustrie eine schwierige Lage. Es gebe Überkapazitäten, steigende Rundholzpreise, hohe Logistikkosten und Druck auf die Produkterlöse. Hans Ludwig Körner, Geschäftsführer des Bayerischen Waldbesitzerverbands e.V., erklärt am Telefon, der Erhalt der kleinen Sägewerke sei für die gesamte Logistikkette »irrsinnig wichtig«. Tatsächlich passiere das Gegenteil, ein Verdrängungswettbewerb, der von dem Versicherungsproblem verschärft werde. »Die Großen bleiben übrig und diktieren die Preise. Das wird so weitergehen«, befürchtet Körner.

Staatssekretär Gotthardt sprach in der IHK von knapp 60 Mühlen und 600 Sägewerken in Bayern, deren Existenz man sichern wolle. Die Branchen hätten für Bayern »Systemrelevanz«. Gotthardt betonte, die Türen in seinem Ministerium stünden jedem offen, der Probleme mit der Feuerversicherung habe. In einem liberalisierten Versicherungsmarkt sei das Problem virulent und die Herausforderung für die brandgefährdeten Betriebe mitunter existenziell.

Vor gut 30 Jahren war das noch anders. Da gab es die Versicherungspflicht beim staatlichen Monopolisten, dem Vorläufer der heutigen Versicherungskammer Bayern. Die Absicherung war umlagefinanziert. Am 1. Juli 1994 schaffte die EU die staatlichen Gebäudeversicherungen ab. Ziel war, was heute die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) von den Versicherungen verlangt: eine marktwirtschaftliche, risikoadäquate Bepreisung.

Der Systemwechsel funktionierte lange gut. Laut DeSH gab es 2014 für Sägewerke noch 30 Anbieter einer Feuerversicherung. Wer heute einen Neuvertrag will, findet dafür keine deutsche Assekuranz mehr. 2017 lag die Versicherungsquote der deutschen Säge- und Holzindustrie bei rund 92 Prozent. Seither geht es abwärts.

30 Prozent der Sägewerke haben keine Feuerversicherung mehr. Weitere 50 Prozent leben mit dem Risiko der Unterversicherung. Sie befürchten die Kündigung, sollte der Vertrag auf den realen Versicherungswert angepasst werden. Josef Rampl, Geschäftsführer des Bayerischen Müllerbunds, berichtete, nur noch drei bis vier Versicherer seien bereit, mit einem seiner Betriebe eine Feuerpolice abzuschließen. Er klagte über Auflagen, die man als Willkür empfinde.

In der Recyclingwirtschaft sieht es nicht besser aus. Für die Branche gibt es noch eine Handvoll Versicherer, die in größerem Umfang eine Feuerversicherung anbieten. Ein Grund ist offensichtlich: Die Recyclingwirtschaft hat die Holzindustrie als Schadenverursacher Nummer eins bei den Versicherern abgelöst. Die Zahl der Brände ist drastisch gestiegen, weil die Bundesbürger massenhaft Lithium-Ionen-Batterien im Hausmüll entsorgen.

Nach Ansicht von Oswald Schenker, Mitglied des IHK-Ausschusses Umwelt und Energie sowie Geschäftsführer der Schenker Industrie- und Städtereinigungs GmbH, kommt noch ein zweiter Punkt dazu. »Ich zahle über 100.000 Euro Prämie im Jahr. Für die Versicherungen gehören wir zu den unerwünschten Risiken«, klagte der Unternehmer. Er werde sich künftig die Prämien sparen und stattdessen eigene Rücklagen für den Notfall aufbauen. Otto Heinz, IHK-Vizepräsident und Altpräsident des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen, betonte, man brauche Lösungen, »weil das Thema bei den Firmen buchstäblich brennt«.

Ein Teilnehmer der IHK-Veranstaltung machte beim Kaffee folgende Rechnung auf: Eine Million Euro für eine Sprinkleranlage bei einem Jahresumsatz von zweieinhalb Millionen Euro – wie soll das gehen? Die Feuerpolice wurde ihm gekündigt, einen neuen Vertrag bekommt er nicht mehr, obwohl es in seinem Säge-

werk seit Jahrzehnten keinen Brand gab. Staatssekretär Gotthardt hat den Betrieb 2024 besucht. Tragfähige Ergebnisse gibt es bislang keine.

Was tun gegen die Misere?

Die Teilnehmer des IHK-Events sollten in drei Workshops Lösungsansätze erarbeiten. Ein Ergebnis: Die Betriebe sollten von sich aus den Kontakt mit Feuerwehr und Versicherungsingenieuren suchen.

Zweitens forderte Stefan Deschermeier, Geschäftsführer Bundesverband Betrieblicher Brandschutz, »Technologieoffenheit«. Mehr Brandschutz gehe auch ohne teure Sprinkleranlagen – etwa mit Brandschutzplänen und Mitarbeiterschulungen. Jürgen Weiß, Referent für die Facharbeit beim Landesfeuerwehrverband Bayern, sagte, selbst einfache Schritte wie die Ausbildung von Brandschutzhelfern im Betrieb seien effektiv. 95 Prozent aller Brände in Recyclingbetrieben würden von Mitarbeitern gelöscht.

Die Forderungen an die Politik ließen sich auf einen Nenner bringen: Die Allgemeinheit bezahlt für die Deckelung der Prämien, der Schadenssummen, der Selbstbehalte und für das Bilden betriebseigener Rücklagen. Die Erfolgschancen dafür dürften jedoch minimal sein.

Marco van Lier, Vertreter des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), sagte, nichts davon senke die Schadenssummen. »Wir reden nicht nur von Sachschäden. Wir haben 300 Brandtote pro Jahr.«

Müllerbund-Chef Rampl gab denn auch zu, dass man selbst im Zugzwang sei: »Wir müssen uns bewegen.« DeSH-Mann Winning räumte die genannten Forderungen selbst ab. Sinnvoll sei nur eine Lösung: »Unser Ziel ist, die 30 Prozent wieder in den Versicherungsschutz zu bringen.« Nur müsse das ohne die Auflage einer Sprinkleranlage gehen.

Winning schlug vor, seine Betriebe sollten ein Brandschutzzertifikat auf Grundlage des VdS-Leitfadens zum Brandschutz in Sägewerken erwerben. Er sei zuversichtlich, hier mit der Versicherungswirtschaft zu einer Einigung zu kommen.

Entsorgungsunternehmer Heinz unterstrich die Forderung seiner Branche, die Politik müsse etwas gegen die Flut an Lithium-Ionen-Batterien im Haus- und Gewerbemüll unternehmen. »Unsere Firmen tun für den Brandschutz alles, was uns möglich ist. Aber das haben wir nicht im Griff«, sagte Heinz. Das Problem ist seit Jahren bekannt, getan habe sich bislang nichts.

Staatssekretär Gotthardt sprach von ersten Erfolgen der gemeinsamen Initiative von IHK und Staatsregierung. »Alle haben sich bewegt – auch die Versicherungswirtschaft«, lautete sein Fazit. Verbandssprecher Winning sah das skeptischer. Es sei vor allem für kleinere Sägewerke noch ein längerer Weg, bis man wieder einen flächendeckend leistbaren Versicherungsschutz habe. ●

Hohe Risiken im Fokus

Mit dem AI Act hat die EU den weltweit ersten umfassenden Rechtsrahmen für künstliche Intelligenz geschaffen. Was Firmen zur Regulierung wissen sollten.

Von Josef Stelzer

Künstliche Intelligenz eröffnet Unternehmen vielfältige Einsatzmöglichkeiten – von der Optimierung der Produktentwicklung über die Automatisierung der Kundenkommunikation bis hin zur Texterstellung und der intelligenten Produktwartung. Die rechtliche Grundlage, auf der Unternehmen den KI-Einsatz gestalten müssen, liefert der im August 2024 in Kraft getretene und seit Anfang 2025 zum Teil umzusetzende AI Act (Artificial Intelligence Act) der EU.

EU-Vorgaben – die Umsetzung erfolgt in Etappen

Foto: artjazz/Adobe Stock

Was regelt der AI Act genau?

Der AI Act legt erstmals einheitliche Regeln für den Einsatz von KI-Systemen innerhalb der EU fest. Dabei verfolgt das Gesetz einen risikobasierten Ansatz: Je nach Risiko für Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte gelten unterschiedliche Anforderungen.

Die vier Risikokategorien sind:

- Minimales Risiko: Dies sind Anwendungen, die kein nennenswertes Risiko bergen wie etwa Spamfilter.
- Begrenztes Risiko: Dabei handelt es sich beispielsweise um Chatbots, mit deren Anwendung verhältnismäßig geringe Risiken entstehen. Hier gelten Transparenzpflichten: Unternehmen müssen informieren, dass es sich um KI-erzeugte Inhalte handelt.
- Hohes Risiko: Dazu gehören biometrische Erkennung, Systeme für Bewerberauswahl oder Lösungen, die zum Beispiel als Sicherheitskomponenten von regulierten Produkten eingesetzt werden. Für sie gelten strenge Verpflichtungen.
- Unannehmbares Risiko: Systeme, die gegen Grundrechte verstoßen, beispielsweise Social Scoring, sind grundsätzlich verboten. Diese mussten bis 2. Februar 2025 vom Markt genommen werden.

Worauf sollten Firmen besonders achten?

»Der Schwerpunkt der KI-Verordnung liegt auf der Entwicklung und Nutzung von Hochrisiko-KI-Systemen«, erläutert Marion Schultz, Rechtsanwältin und Geschäftsführerin der TRENCHANT Rechtsanwalts GmbH. Die EU-Kommission geht davon aus, dass zwischen fünf und 15 Prozent der KI-Systeme als Hochrisiko-KI eingestuft werden. Bei diesen Systemen verlange die Verordnung von den KI-Entwicklern wie auch von den Nutzern »eine besondere Sorgfalt bei der Qualität und dem Risikomanagement«, so Expertin Schultz. Die sehr unspezifisch formulierten rechtlichen Vorgaben, die ab August 2026 gelten, seien für jede Praxisanwendung gesondert zu prüfen, zu konkretisieren und anzuwenden.

Als Orientierungshilfe für die praktische Umsetzung der Hochrisiko-Regularien will die EU-Kommission bis 2. Februar 2026 Leitlinien mit einer umfassenden Liste von Praxisbeispielen für hochriskante sowie anderweitig klassifizierte Systeme vorlegen. »Dies kann eine Einzelfallbetrachtung jedoch nicht ersetzen«, warnt die Rechtsanwältin.

Für Firmen sind Hochrisiko-KI-Systeme in vielen Fällen relevant: Ein Industrieunternehmen etwa nutzt im Produktionsbereich fahrende Roboter, die per KI-basierter Abschaltvorrichtung gestoppt werden, wenn ein Sensor Personen auf den Wegstrecken von Robotern erkennt. Ein anderes Unternehmen produziert medizinische Diagnosegeräte, die bei der Hautkrebserkennung zum Einsatz kommen und dabei künstliche Intelligenz verwenden. Diese Lösungen sind nach den Vorgaben des AI Acts als Hochrisiko-KI einzustufen.

Die EU trifft bei Systemen mit hohem Risiko eine Unterscheidung. KI-Systeme, die als Sicherheitskomponenten in Produkten eingesetzt werden oder selbst als Produkt im Sinne der verschiedenen EU-Harmonisierungsvorschriften gelten, fallen unter Anhang I des AI Acts und müssen erst ab August 2027 alle Verpflichtungen erfüllen. Anhang III hingegen listet acht Bereiche auf, in denen der Einsatz von KI-Anwendungen als hochriskant für die Grundrech-

te des Einzelnen eingestuft wird. Hier müssen alle Verpflichtungen bereits ab August 2026 erfüllt werden.
Juristin Schultz rät Unternehmen, interdisziplinäre Arbeitsgruppen zu initiieren, die gemeinsam die rechtskonforme Umsetzung der EU-Verordnung sicherstellen. »Diese Teams sollten im Kern aus Technikern und Rechtsanwälten bestehen.« Bei Bedarf sollten Datenschutzbeauftragte, Arbeitnehmervertreter sowie IT-Sicherheitsexperten hinzukommen. Neben dem AI Act seien zudem weitergehende Aspekte wie Haftungsfragen oder Urheberrechte zu beachten.
Unternehmen sollten auch genau prüfen, welche Rolle sie laut AI Act einnehmen und welche Pflichten sich daraus ergeben. Für Anbieter, also diejenigen, die KI-Systeme entwickeln oder zur Nutzung bereitstellen, gelten andere Pflichten als für Betreiber, also Unternehmen, die KI-Systeme einsetzen oder in interne Prozesse integrieren.
Es ist wichtig zu wissen, dass im Rahmen des AI Acts verschiedene Akteure in die Rolle des Anbieters mit den damit verbundenen Pflichten wechseln können. So kann zum Beispiel ein Feintuning mit Inbetriebnahme oder Vermarktung unter eigenem Namen vielleicht ausreichen, um als Anbieter zu gelten.
Der AI Act legt auch Kompetenzverpflichtungen für Unternehmen fest. Bereits ab Februar 2025 müssen Unternehmen sicherstellen, dass ihre Mitarbeiter über KI-Kompetenzen verfügen. Das bedeutet, dass die Beschäftigten ausreichend über die Funktionsweise, die potenziellen Risiken und die sicheren Einsatzmöglichkeiten der eingesetzten KI-Systeme informiert und bei Bedarf geschult werden. Dazu müssen Unternehmen nicht unbedingt auf kostenpflichtige Angebote zurückgreifen, wenn kostenlose Optionen ihren Bedarf ausreichend abdecken.
Der Bayerische KI-Innovationsbeschleuniger, ein Projekt des appliedAI Institute for Europe unter der wissenschaftlichen Leitung der LMU München gemeinsam mit der TU München und der TU Nürnberg und gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Digitales, bietet beispielsweise kostenlose KI-Kompetenztrainings an (www.eventbrite.de/cc/bayerischer-ki-innovationsbeschleuniger-4106063).

Welche Regeln gelten für ChatGPT & Co.?
Viele Unternehmen setzen Chatbots wie ChatGPT, Copilot oder Gemini ein. Unternehmen müssen dabei sicherstellen, dass Nutzer wissen, wenn sie mit einem KI-System interagieren. Zudem sind die per Chatbot generierten Inhalte klar als »künstlich erzeugt« zu kennzeichnen. »Sobald Chatbots beispielsweise im Zusammenhang mit der Steuerung kritischer Infrastrukturen zum Einsatz kommen, ist nachzuprüfen, ob es sich dabei um ein Hochrisiko-KI-System handelt – mit den dann zusätzlichen Anforderungen«, so Expertin Schultz. Die Praxisanwendung ist hierfür in jedem Fall ausschlaggebend.

Wie gehen Unternehmen das Risikomanagement an?
Zahlreiche Dienstleister bieten Unterstützung rund um den AI Act. Die Münchner trail GmbH zum Beispiel will das Risikomanagement beim Einsatz von Hochrisiko-KI erleichtern. »Da die rechtlichen Vorgaben recht komplex sind, offerieren wir auf unserer Plattform trail-ml.com ein kostenloses Selbstbewertungstool mit Fragenkatalog, mit dem die Unternehmen feststellen können, in welche Risikoklassen ihre KI-Anwendungen einzustufen sind und welche Verpflichtungen im Rahmen der rechtlichen Vorgaben voraussichtlich auf sie zukommen«, erläutert Anna Spitznagel (26), Geschäftsführerin und Mitgründerin des Start-ups. Sie empfiehlt den Unternehmen außerdem, ein KI-Register mit allen eingesetzten KI-Werkzeugen und Systemen samt Risikoeinstufung mit den Kontaktdaten der Verantwortlichen anzulegen, etwa automatisiert über die trail-Software oder manuell per Excel-Datei. Spitznagel: »Ein Register verschafft einen guten Überblick und ermöglicht die Kontrolle über alle im Betrieb eingesetzten KI-Lösungen.«

Es gibt eine Reihe kostenloser Angebote für Unternehmen, um sich einen Überblick über die Anforderungen des AI Acts zu verschaffen. Eine erste Checkliste sowie weitere Hilfestellungen zur Umsetzung gibt es auf der IHK-Website:
www.ihk-muenchen.de/ai-act

Foto: Marion Schultz/Cristina Galler

»Der Schwerpunkt der KI-Verordnung liegt auf der Entwicklung und Nutzung von Hochrisiko-KI-Systemen.«

Marion Schultz, Geschäftsführerin TRENCHANT Rechtsanwaltsgesellschaft

Die IHK begleitet den AI Act auf politischer Ebene seit Jahren kritisch, da die Gefahr groß ist, dass die Verordnung eine innovationshemmende Wirkung entfalten wird. Zuletzt fand in Brüssel eine Expertenrunde mit Unternehmensvertretern sowie Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission statt, um zu diskutieren, wie der AI Act und seine Umsetzung vereinfacht werden können, um den bürokratischen Aufwand für Unternehmen so gering wie möglich zu halten.
Die IHK-Positionen zum AI Act gibt es hier: **www.ihk-muenchen.de/de/Wirtschaftsstandort/Infrastruktur/Digitale-Infrastruktur/KI-Positionen**

IHK-Ansprechpartnerin zum AI Act
Chantal Berier, Tel. 089 5116-1321
berier@ihk.muenchen.de

Michael Durach, Geschäftsführer Develey

Foto: Develey

»Senf hat eine Heimat«

Wer eine Senfsorte schon als Kind gern isst, wechselt sie nicht. Im Sinne der Kunden der Tradition treu zu bleiben, hat dem Unternehmen Develey Erfolg gebracht – seit 180 Jahren.

Von Natascha Plankermann

Eins, zwei, drei – Develey. So haben sich die Kinder in Bayern früher gemerkt, wie der Name des Senfs ausgesprochen wurde, den sie zu ihrem Würstchen aßen. Der klingt zwar englisch, geht jedoch auf den Gründervater des Unternehmens zurück: Johann Conrad Develey eröffnete 1845 eine Senfmanufaktur an der Kaufinger Straße in der Münchner Innenstadt.

Neun Jahre später legte er den Grundstein für eine regionale Spezialität, die aus bayerischen Biergärten nicht wegzudenken ist: Develey erfand den süßen Senf, der selbst bei gekrönten Häuptern so beliebt war, dass der Hersteller 1874 den Titel »Königlich Bayerischer Hoflieferant« bekam.

Heute steht der Name über Grenzen hinweg zwar auch für (Salat-)Saucen, Ketchup und Mayonnaisen. Doch der Senf spielt weiterhin eine zentrale Rolle: Egal ob man in eine Thüringer Rostbratwurst beißt oder an einer Münchner Weißwurst zuzelt – die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass sich auf dem Teller dazu ein aromatisch schmeckender, gelber Klecks aus dem Hause Develey findet.

»Senf hat eine Heimat«, davon ist Michael Durach überzeugt. Mit seinem Bruder Stefan teilt er sich die Geschäftsführung der Develey Senf & Feinkost GmbH, die seit den 1970er-Jahren der Familie gehört. In dieser Zeit, 1971, fiel auch der Startschuss für die Partnerschaft mit der Fast-Food-Kette McDonalds, die bis heute besteht.

Für die Durachs sind die Kunden in der Region, in der sie leben, Könige in Geschmacksfragen. »Die Menschen wachsen mit einem bestimmten Senf auf und wechseln ihn in der Regel nicht. Deshalb ist es wichtig, die Rezeptur und die Verpackung beizubehalten. Nur so bleibt die Marke authentisch«, sagt Michael Durach. Das gelte in Sachsen, wo der Bautz'ner Senf gern aus dem Plastikbecher gelöffelt werde, ebenso wie in Österreich, wo man die Zutat zu Krainer & Co. mit Estragon versetzt und aus der Tube drückt.

Dort, wo die Menschen sich dem Senf besonders verbunden fühlen, hat Develey vor Ort spezialisierte Läden eröffnet – wie etwa in Bautzen, wo man neben dem regionalen Produkt auch andere Sorten probieren kann. Bei den meisten Menschen bleibe es aber bei einem Test, meint Durach. Was jedoch die Saucen aus seinem Hause angeht, hat er andere Erfahrungen gemacht: »Da folgen die Menschen Trends, nehmen statt der klassischen Barbecuesauce gern mal eine süßsaure Alternative oder verändern den Geschmack ihres Burgers mit scharfer mexikanischer Sauce.«

Foto: Develey

Am laufenden Band – Develey fertigt Senf und andere Produkte am Firmensitz in Unterhaching sowie an weiteren 18 Standorten

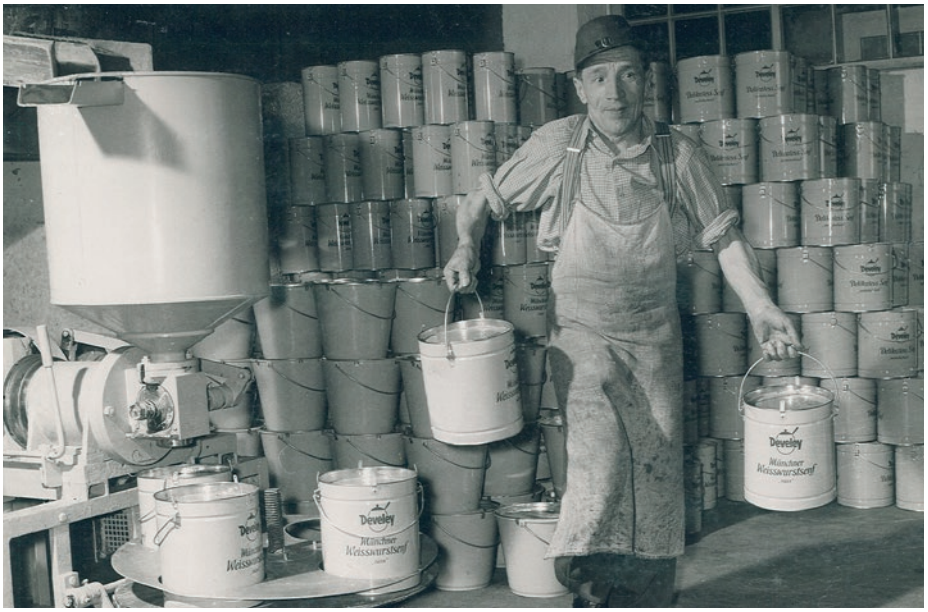


Foto: Develey

Abgefüllt im »Senfeimer« – die Produktion des süßen Weißwurstsenfs in den 1960er-Jahren

Neben dem Firmensitz in Unterhaching wird an 18 Standorten in Italien, Frankreich, Polen und weiteren Ländern produziert, seit 2017 sogar in Dyersburg, Tennessee. Europäische Marken wie Reine de Dijon, Mautner Markhof, Löwensenf, Specht, Snico, Kand und Fersan gehören zum Portfolio von Develey. Das Unternehmen, das mehr als 2.000 Mitarbeitende beschäftigt, exportiert seine Produkte nach eigenen Angaben in 65 Länder.

Kann man aus diesem Erfolg Tipps ableiten? Michael Durachs Rezept: die Qualität hoch halten, Kontinuität wahren – aber auch auf die Verbraucher hören: »Die lassen es dich schon wissen, ob du es mit deinem Produkt richtig machst.«

Zum »richtig machen« gehört für Durach das Thema Nachhaltigkeit. Für seine Anstrengungen hat das Unternehmen den Deutschen Nachhaltigkeitspreis (2020) und den Branchenpreis »Goldener Zuckerhut« (2021) erhalten. Um das zu erreichen, setzten die Durachs den Hebel an verschiedenen Punkten an. So wurde zum Beispiel die Verpackung der Marke Develey nicht nur neu designt, sondern etwa bei den 250-ml-Saucen-Gebinden auch um 25 Prozent Material reduziert. Die Rezeptur nahm man ebenfalls unter die Lupe: »Wir haben sie bei Saucen und Dressings so angepasst, dass diese das Clean Label tragen. Das bedeutet: keine E-Nummern, kein Palmöl, nur natürliche oder naturidentische Aromen und Zutaten«, sagt Durach.

Was bei Develey in Glas oder Flasche kommt, stammt nach seinen Worten in der Regel aus dem Umfeld der Produktionsstätte – bis auf Exotisches wie Sojaöl oder eine Zutat wie Tomatenmark, die das Unternehmen in Spanien oder Italien kauft. Die gelb blühenden Felder in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen liefern die Senfsaat für Develeys Hauptprodukt. Und die Gurken für die Marke Specht werden auf den Feldern in einem Radius von 30 Kilometern rund um das Unternehmen geerntet.

Zu 90 Prozent seien die Develey-Produkte vegetarisch, zu 80 Prozent gar vegan und die Preise orientieren sich laut Durach am Markt: »Sonst werden die Saucen ja nicht gekauft.« Apropos kaufen: Der nachhaltige Weg hat dazu geführt, dass das Unternehmen bald nicht mehr auf Strom aus dem Netz angewiesen ist, sondern Ende 2025 eigene grüne Energie erzeugen soll – mit Holzschnitzelkraftwerken, Biogas-, Solar- und Windkraftanlagen. »Wir haben darin seit 2008 einen zweistelligen Millionenbetrag investiert«, so Durach.

Seit 2020 läuft die Produktion bereits CO_2-neutral, die Kreislaufwirtschaft treibt man auch auf originelle Weise voran: Die Gurkensole, die bei der Herstellung der Scheibengurken entsteht, wird nicht ins Abwasser geschüttet, sondern für den Straßendienst im Winter aufbereitet.

Selbst wenn künftig immer mehr Menschen vegane Alternativen statt Wurst oder Fleisch auf ihren Speiseplan setzen, fürchtet man bei Develey kein Umsatztief – im Gegenteil: »Die Anwendung bleibt ja gleich und die veganen Saucen geben den entsprechenden Gerichten häufig erst den besonderen Geschmack. Das gilt auch für den süßen Senf als Klassiker. Den kann man auch nur zur Breze essen und die Weißwurst weglassen«, sagt Durach. ●

develey.com

Webinarreihe

Dienstleistungen in Europa: eine Woche voller Wissen

Viele Unternehmen, die in Europa Geschäfte machen, bieten Dienstleistungen an. Doch komplexe Regelungen und häufige Änderungen erschweren den Durchblick. Hier unterstützt der Dienstleistungskompass des Außenwirtschaftportals Bayern: **weltweit-erfolgreich.de/bayern/entsendung**

Noch mehr Überblick verschafft eine kostenfreie Webinarreihe von Experten des Dienstleistungskompasses Bayern, der Außenhandelskammern sowie bayerischen IHKs und Handwerkskammern. In einer Digitalen Woche geben sie rund um Dienstleistungserbringung in Europa Einführungen zu juristischen, steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Fragen wie Meldepflichten und Mindestlöhnen. Infos gibt es auch zur Mitarbeiterentsendung in die Schweiz und nach Österreich, Großbritannien und Rumänien.

Termin: 30. Juni bis 4. Juli 2025,
jeweils 10–11 Uhr, online
Die Teilnahme ist kostenfrei.

Anmeldung: **www.events.ihk-muenchen.de/ihk/webinare-dienstleistung-europa**

Mitarbeiter ins Ausland schicken? Firmen müssen EU-Regeln kennen

Foto: romankosolapov/Adobe Stock

Gemeinsam stark für neuen Wohnraum!

Wir suchen baureife Grundstücke.

Mit Quartiersentwicklung und Neubau schaffen wir neuen Wohnraum im Großformat. Dafür suchen wir baureife Grundstücke in Deutschland und Österreich. Verfügen Sie über ein passendes Grundstück? Dann sollten wir miteinander sprechen!

Mailen Sie uns Ihr Exposé an **angebote-bmb@buwog.com**
Das aktuelle Ankaufsprofil der BUWOG und alle Infos auf **buwog.de/Ankaufsprofil**

BUWOG

IHK-Delegation bei der AHK in Stockholm

Foto: AHK Schweden

Ein gutes Vorbild

Schwedens Verwaltung ist hocheffizient. Wie das in der Praxis funktioniert, hat sich dort eine IHK-Delegation angesehen. Sie kommt mit vielen Impulsen für Bürokratieabbau zurück.

Von Margrit Amelunxen

Spricht man Reinhard Scheuermann darauf an, was ihn an Schweden besonders beeindruckt hat, gerät der 61-jährige Geschäftsführer und Inhaber der Landsberger KEMAPACK GmbH geradezu ins Schwärmen. Das Mindset, die Effizienz durch Digitalisierung, der pragmatische Umgang mit Regulationen. Dazu eine Verwaltung, die sich als Dienstleister und Unterstützer versteht: »Bei uns hat der Einzelne den Behörden gegenüber häufig ein Gegeneinander-Gefühl. In Schweden sehen wir ein Miteinander, das ich mir für Deutschland wünschen würde.«

Schweden ist ein Land mit besonders niedrigem Bürokratieniveau, wie die Daten des »Doing Business«-Index der Weltbank zeigen. Die von der IHK für München und Oberbayern beauftragte ifo-Studie nimmt Schweden daher als Vergleichsmaßstab. Die IHK nahm die Studie zum Anlass, zusammen mit der AHK Schweden eine Delegationsreise in das skandinavische Land zu organisieren. Dabei konnten sich die deutschen Teilnehmer aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft nicht nur über Effizienz in der Verwaltung und den Bürokratieabbau informieren, sondern erhielten auch jede Menge Best-Practice-Beispiele und Inspirationen.

Der Beauftragte für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung, Walter Nussel (59), gehörte ebenfalls zur Delegation. Er sieht als Basis des schwedischen Erfolgsmodells »eine ganz andere Vertrauenskultur zwischen Verwaltung, Bürgern und Unternehmen. Ein solches gegenseitiges Grundvertrauen müssen wir auch bei uns schaffen.«

Ein Prozess, der auch in Schweden seine Zeit brauchte. Dort setzt der Staat voraus, dass sich Unternehmen und Einzelpersonen im Normalfall an die geltenden Regeln halten. Kontrollen sind nur in Ausnahmefällen nötig und es wird nicht »alles bis zum Exzess geprüft«, wie Nussel es zugespitzt formuliert. Verwaltungsvorgänge sind zudem einfach ver-

ständlich und unabhängig von Ort und Zeit. Jeder hat Anspruch auf Hilfe durch die Behörden, die als kompetente und unternehmerisch denkende Dienstleister agieren.

Entscheidend für die Effizienz der schwedischen Verwaltung ist ihre Organisation und Ausstattung. Ob bei Vereinfachung, Digitalisierung, Vernetzung oder Transparenz – überall lässt sich vom Beispiel Schweden lernen. So haben etwa natürliche und juristische Personen dort eine lebenslang gültige Personen- beziehungsweise Organisationsnummer. Mit dieser und einer zentralen Bank-ID zur Legitimation können Behördengänge schnell und digital am Handy erledigt werden.

Selbst für die Steuererklärung gibt es eine schlanke Lösung: Sie kommt vorausgefüllt auf das Smartphone und ist weitestgehend bereits korrekt und vollständig. Dies allein sorgt laut ifo-Studie schon für eine Zeitersparnis von knapp 50 Prozent im Vergleich zu Deutschland. Ebenfalls digital, unkompliziert und ohne Notar lassen sich Immobiliengeschäfte oder eine Unternehmensgründung in einem Bruchteil der hierzulande benötigten Zeit abwickeln.

Wichtig für diese Effizienz durch Digitalisierung ist die Vernetzung über zahlreiche Schnittstellen. Nach dem Once-Only-Prinzip werden einmal eingereichte Daten zentral gespeichert und von schwedischen Behörden beziehungsweise Dienstleistern gemeinsam genutzt. Mit der seit November 2024 für Unternehmen eingeführten Wirtschafts-ID gibt es bei uns bereits erste Ansätze dazu. Langfristig soll die Wirtschafts-ID die Basis für eine bundesweite, behördenübergreifende Kommunikation bilden, betont Nussel.

Eine effiziente Verwaltung reduziert Frust und Fehlerquellen, sorgt für reibungslose Abläufe, spart Bürgern und Unternehmen nicht nur Zeit und Nerven, sondern auch bares Geld. Die Bürokratiekosten in Form von entgangener Wirtschaftsleistung belaufen sich laut der ifo-Studie für Deutschland im Zeitraum von 2015 bis 2022 auf rund 146 Milliarden Euro pro Jahr.

Da Gesetze für schwedische Bürger einfach zu verstehen sein sollen, konzentriert sich die Gesetzgebung dabei auf das Wesentliche, verzichtet auf unnötige Details und regelt nicht jeden möglichen Einzelfall. Einfache Regeln sollen eine leichte Umsetzbarkeit sicherstellen.

Pragmatismus, Lösungsorientierung und Experimentierfreude kennzeichnen das schwedische Vorgehen, berichtet Kathrin Werner, Referentin Wirtschaftspolitik bei der IHK. »Man versucht, gemeinsam einen Konsens zu finden, probiert etwas aus und beobachtet, wie es funktioniert. Wenn Fehler passieren, justiert man nach. Das ist eine ganz andere Herangehensweise und Fehlerkultur als bei uns.«

Ein Bild, das alle Teilnehmer aus Schweden mitgenommen haben, stammt von einem Gesprächspartner aus der Kommune Nacka: Man müsse sich vorstellen, der Rechtsrahmen sei ein Teppich. Man müsse darauf nicht immer zwingend in der Mitte stehen, sondern könne sich auch weiter außen oder in Ausnahmefällen auch auf den Fransen aufhalten.

»Außerdem kommen Gesetze nicht von oben herab wie bei uns, sondern werden transparent gemeinsam mit allen Stakeholdern erarbeitet«, ergänzt IHK-Bereichsleiterin Elke Christian. Hier zeige sich der Gedanke des »samverkan«. Das bedeutet so viel wie »Zusammen- und Mitwirken aller Beteiligten« und zieht sich wie ein roter Faden durch alle Bereiche der schwedischen Gesellschaft.

Die Schwedenreise habe viel bei den Teilnehmenden angestoßen, sagt der KEMAPACK-Geschäftsführer Scheuermann. In jeder freien Minute sei diskutiert und nach praktischen Umsetzungen gesucht worden.

Der bayerische Bürokratieabbau-Beauftragte Nussel befürwortet, Erkenntnisse zu Digitalisierung und Effizienz bald in eigenen Modellregionen umzusetzen: »Ich halte das für sinnvoll, aber ein bisschen Vorbereitung brauchen wir noch dafür.« Einige Reiseteilnehmer hätten sich dafür direkt angeboten, so Nussel, etwa der Vertreter des Landkreises München sowie Markus Pannermayr, Oberbürgermeister von Straubing und Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Von der IHK werde ein solches Vorgehen ebenfalls begrüßt und etwa mit Einbringung der Perspektive der Wirtschaft unterstützt.

Am Bürokratieabbau kann jeder auf seine Weise mitwirken – das sei die Kernbotschaft, die er von der Reise mitnehme, sagt Unternehmer Scheuermann. Die Zusage von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu Beginn ihrer neuen Amtszeit, ein Viertel der bürokratischen Hürden für große Unternehmen und mehr als ein Drittel für KMUs abzubauen, sieht er als Schritt in die richtige Richtung: »Als Unternehmer sollten wir jetzt alle Abgeordneten für den Bürokratieabbau in die Pflicht nehmen, die sich in Landtag, Bundestag oder EU-Parlament mit Europa befassen.« Mit entsprechenden Themen könne man sich auch direkt an die IHK und den bayerischen Bürokratiebeauftragten wenden.

Vielleicht am besten unter dem schwedischen Motto »samverkan«. ●

IHK-Ansprechpartnerinnen zur Delegationsreise

Elke Christian, Tel. 089 5116-1243
christian@muenchen.ihk.de
Kathrin Werner, Tel. 089 5116-2128
wernerk@muenchen.ihk.de

BEFESTIGUNGSTECHNIK
PAULIS
www.paulis-befestigungstechnik.de

HiKOKI HIGH PERFORMANCE POWER TOOLS
haubold®
Paslode
RGN® EUROPE FASTENING SYSTEMS
Nägel • Klammern • Schrauben
Druckluftgeräte • Werkzeuge • Reparaturen
Sattlerweg 1 - Gewerbegebiet Nord - 84367 Tann
Tel. 08572/1601 - Fax 7359

Fit bei der Arbeit – Beschäftigte der Wäscherei Abel mit ihrer Trainerin (l.)

Foto: Abel

Wirklich wertschätzen

Betriebliches Gesundheitsmanagement kann dazu beitragen, den Krankenstand in Unternehmen langfristig zu senken – worauf es dabei ankommt.

Von Eva Müller-Tauber

Wie sich die Krankheitsfehltage in ihrem Unternehmen entwickeln, hat Stefanie Abel immer im Blick. »Schließlich müssen wir unsere Kunden, darunter Krankenhäuser, zuverlässig mit sauberer Wäsche versorgen«, sagt die Inhaberin der Abel KG in Anger-Aufham, einem Dienstleister für Wäscherei, Reinigung und textile Systeme. »Wir können uns übermäßige und langwierige Mitarbeiterausfälle nicht leisten.«

Entsprechend vehement steuert der Betrieb gegen. »Schon meine Eltern handelten stets nach dem Grundsatz: Nur gesunde Mitarbeiter können gute Leistung bringen«, sagt die Firmenchefin, die das Unternehmen im vergangenen Jahr übernommen hat. 1998 fanden die erste Arbeitssituationsanalyse und arbeitsplatzbezogene Rückenschulen statt.

In der Folge gestalteten die Abels die Arbeitsplätze gesundheitsfördernd um. Bewegungsanalysen an den einzelnen Stationen zeigen, wo die Beschäftigten hohen Belastungen ausgesetzt sind. Die Firma sucht dann nach Abhilfe. In der Sortierstation zum Beispiel kippen hydraulisch gesteuerte Container die Wäsche direkt in die entsprechenden Säcke. Ergonomische Wäschewagen und elektrisch höhenverstellbare Arbeitstische sorgen zudem für eine optimale Arbeitshöhe.

2018 bildete sich Stefanie Abel, damals bereits in der Geschäftsführung, zur Fachkraft Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) weiter. Seither hat die heutige Firmenchefin alle gesundheitsfördernden Maßnahmen im Betrieb gebündelt und zu einem umfassenden, systematischen BGM ausgebaut. »Wir fragen regelmäßig die Bedarfe und Wünsche sowie mögliche Lösungsvorschläge der Belegschaft in den einzelnen Abteilungen im Rahmen von Mitarbeiterworkshops ab, beteiligen also unsere Kolleginnen und Kollegen am BGM-Prozess«, sagt die 31-Jährige. Um den Wärmeunterschieden je nach Jahreszeit gerecht zu werden, brachte das Unternehmen auf Wunsch der Mitarbeitenden zum Beispiel an bestimmten Stellen Schnelllauftore sowie UV-Schutzfolie an und verteilte Fleecejacken.

Der Einsatz des Unternehmens zahlt sich aus: Die Krankheitsquote liegt seit Jahren unter dem Branchenschnitt. Zuletzt betrug der Krankenstand 3,4 Prozent. Dabei verrichten die meisten der rund 230 Beschäftigten vorwiegend körperliche Arbeit, der Altersdurchschnitt ist mit 44 Jahren eher hoch.

Vor der Herausforderung, die Zahl der Fehltage im Betrieb wirksam zu verringern, stehen derzeit wohl viele Unternehmen. Laut DAK-Gesundheitsreport 2025 stagnierte die Krankheitsquote mit 5,4 Prozent in Deutschland 2024 auf hohem Niveau. Im Schnitt fehlte jeder Mitarbeitende fast 20 Tage im Jahr wegen Krankheit. Betriebliches Gesundheitsmanagement ist für Unternehmen eine Möglichkeit, hier aktiv gegenzusteuern.

»Die Prävention zu stärken, Arbeitsbedingungen ergonomisch zu gestalten, psychische Gesundheit zu fördern, flexiblere Arbeitsmodelle anzubieten, wo es geht – das ist eine Art, Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden zu zeigen«, bestätigt Damaris Schmidt, Referentin Gesundheitswirtschaft bei der IHK für München und Oberbayern. Genauso wichtig sei es, das Vertrauen der Angestellten zu stärken und deren Bindung ans Unternehmen zu fördern: »Gute Führung heißt auch, Misstrauenskultur zu vermeiden, zu motivieren, transparent zu agieren und das Teamgefühl zu stärken.«

Wenn Arbeitsklima und Führungskultur stimmen, fällt auch die morgendliche Entscheidung an der Bettkante – »Soll ich arbeiten gehen, obgleich ich mich nicht zu 100 Prozent fit fühle?« – eher zugunsten der Arbeit aus. »Und damit auch zugunsten der Kolleginnen und Kollegen, die im Krankheitsfall einspringen oder mehr Aufgaben übernehmen müssen«, betont die IHK-Expertin.

Das Verhalten der Führungskraft und eine Arbeitssituation, die zu den Bedürfnissen und Wünschen der Beschäftigten passt, beeinflussen die emotionale Bindung ans Unternehmen positiv. Das zeigt eine repräsentative Befragung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) für den Fehlzeiten-Report 2024. Demnach sind emotional stärker an ihren Arbeitgeber gebundene Mitarbeitende seltener krankgeschrieben.

WAS IST …?

Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) umfasst die ganzheitliche, strategische Steuerung aller gesundheitsbezogenen Maßnahmen im Unternehmen.

Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) meint konkrete, meist freiwillige Maßnahmen von Firmen, Gesundheit und Wohlbefinden der Mitarbeitenden zu fördern.

Der Hamburger Intralogistik-Konzern Jungheinrich AG setzt an seinem oberbayerischen Standort Moosburg daher auf ein strategisches BGM mit Führungskräften als Schlüsselpersonen. Das Unternehmen beschäftigt dort in zwei Werken rund 1.250 Angestellte. Unter ihnen ist auch Katharina Feil, Human-Resources-Expertin und studierte Sportwissenschaftlerin sowie seit vergangenem Jahr die konzernweit erste Vollzeitkraft für betriebliches Gesundheitsmanagement.

»Um BGM nachhaltig zu etablieren, Formate anbieten zu können, die unsere Beschäftigten annehmen, brauche ich unbedingt den kontinuierlichen Austausch mit unseren Führungskräften«, sagt Feil. Dementsprechend sitzen zahlreiche Vertreter aus den Leitungsebenen in den Arbeitskreisen »Gesundheit« der beiden Produktionsstätten. Darüber hinaus fungieren sämtliche Führungskräfte als Motivatoren und Übersetzer. Feil: »Sie informieren die Belegschaft über unsere BGM-Aktionen – vor allem die Mitarbeitenden, die keinen direkten Zugriff auf PCs haben – und das ist hier in Moosburg als Produktionsstandort ein großer Anteil.«

Zudem ist die BGM-Expertin häufig in den Werken unterwegs und sucht den Kontakt zu den Mitarbeitenden, um Ideen an der Basis aufzugreifen. Die persönlichen Begegnungen motivieren viele Beschäftigte offensichtlich dazu, sich einzubringen, beobachtet sie. »Mittlerweile sprechen mich immer mehr Kollegen an: Frau Feil, ich hätte da einen Vorschlag …«

Da die Entwicklungsstufen im BGM und die Arbeitsbedingungen in den beiden Werken unterschiedlich sind, priorisieren die beiden Arbeitskreise die Maßnahmen zur Gesundheitsförderung auch gemäß den Bedürfnissen der jeweiligen Beschäftigten. Strukturiert und finalisiert wird das für den gesamten Standort ausgearbeitete Jahresprogramm vom Lenkungsausschuss. Er ist mit den wesentlichen Entscheidungsträgern, unter anderem dem Geschäftsleiter von Jungheinrich Moosburg, Markus Roy, besetzt und tagt einmal im Quartal.

Das Angebot am Doppelstandort Moosburg ist umfassend: etwa gesundes Essen und eine Ernährungsampel in der Kantine, eine Mental-Health-Plattform, auf der man individuelle Beratungen buchen kann, Ergonomieschulungen, eine Kooperation mit lokalen Fitnessstudios und Aktionen zu einzelnen Gesundheitsbereichen.

»Es hat sich bewährt, dass wir weniger Themen anbieten und diese intensiver behandeln, etwa Experten dazu einladen«, sagt BGM-Fachfrau Feil. 2024 zum Beispiel lag ein Schwerpunkt auf der Stärkung des Immunsystems. Im Jahr davor war der ehemalige Skispringer und Vierschanzentournee-Gewinner Sven Hannawald zu Gast und referierte zum Thema Burn-out. Auch neue Formate wie Kurzvorträge in einzelnen Abteilungen oder Tipps vom Physiotherapeuten direkt am Arbeitsplatz kommen gut bei den Beschäftigten an.

Das Engagement scheint sich auszuzahlen: Eigenen Angaben zufolge konnte das Unternehmen den Krankenstand unter anderem wegen des BGM von 2017 bis 2024 senken – auf 6,0 Prozent in Moosburg und 6,3 in Degernpoint. Weitere Maßnahmen wie ein Bonusheft und zusätzliche Vorsorgeangebote sind in Planung.

Auch bei Unternehmerin Abel gilt weiterhin der Grundsatz: »Besser geht immer.« Kürzlich wurde das BGM des Betriebs erneut durch eine externe Gesundheitsexpertin auf Stärken und Verbesserungspotenziale hin überprüft, BGM-rezertifiziert und als einziges Unternehmen in den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein mit dem Silberstandard »Gesundes Unternehmen« der AOK Bayern geehrt. Abel: »Nun blicken wir voller Tatendrang auf die kommende Zertifizierungsrunde – mit einer klaren Vision: Als Nächstes wollen wir den Gold-Standard erreichen.« ●

GESUNDHEITSFÖRDERUNG: FREISTAAT UNTERSTÜTZT NETZWERK

Kleine und mittlere Betriebe (KMU) haben oft nicht genügend Ressourcen, um die betriebliche Gesundheitsförderung dauerhaft und effizient einzuführen. Deshalb haben die Städte Bad Birnbach, Bad Gögging, Bad Griesbach und Bad Füssing ein vom Freistaat Bayern unterstütztes BGF-Netzwerk für KMU initiiert. Der Lehrstuhl für Public Health und Versorgungsforschung der LMU München begleitet das Projekt wissenschaftlich. Ziel ist es, ein Netzwerk aus den vier Kurorten und den beteiligten Betrieben aufzubauen, um für eine gesunde Arbeitsumgebung und effektive Präventionsmöglichkeiten zu sorgen.

»Die Orte bieten unterschiedliche Präventionsschwerpunkte an – Stress, Herz/Kreislauf, Bewegung/Ernährung, Bewegungsapparat – und begleiten mit unseren Gesundheitsmanagerinnen Betriebe bei der Einführung von BGF«, erläutert Viktor Gröll, Leiter der Kurverwaltung Bad Birnbach. »Wir wollen das Projekt verstetigen und ein BGF-Label einführen. Ich bin mir aber sicher, dass wir interessierten KMU generell auch schon während der Projektphase gute Einblicke und Hilfestellung bei der Einführung geben können.«

www.bgf-niederbayern.de

IHK-Ansprechpartnerin zu Gesundheitswirtschaft und BGM
Damaris Schmidt, Tel. 089 5116-1693
schmidtd@muenchen.ihk.de

Pflanzlich statt fossil

Der Biodiesel HVO100 ist CO_2-freundlich und unproblematisch im Einsatz, aber teurer als herkömmlicher Diesel. Wie groß ist sein Potenzial für den Wirtschaftsverkehr?

Von Josef Stelzer

An der Zapfsäule gibt es ihn seit gut einem Jahr: Der pflanzenbasierte Kraftstoff HVO100 ist seit Ende Mai 2024 für den freien Verkauf an deutschen Tankstellen zugelassen. Markus Kerndl (46), Geschäftsführer der Tankstellenkette BAVARIA petrol GmbH & Co. KG in Ottobrunn, freut sich über die Neuerung: »Der biogene Kraftstoff bewährt sich als klimaschonende Alternative zu herkömmlichem Diesel und beweist eindrucksvoll, dass man mit Verbrennungsmotoren auch nachhaltig fahren kann.«

An vier BAVARIA-Standorten in München, Ingolstadt, Brunnthal und Berlin ist HVO100 bereits im Angebot. Weitere sollen folgen. Die Nachfrage entwickle sich gut, sagt Kerndl, der in Bayern und anderen Bundesländern insgesamt 31 Tankstellen betreibt. »HVO100 weist im Vergleich zu herkömmlichem Dieselkraftstoff eine effizientere Verbrennung auf und enthält weniger Schadstoffe wie Schwefel, aromatische Verbindungen oder Schwermetalle, sodass sich die Luftqualität verbessert«, zählt er als Vorteile auf (s. a. Kasten S. 57).

HVO100 (Hydrotreated Vegetable Oil – hydriertes Pflanzenöl) wird aus nachwachsenden Rohstoffen sowie biologischen Rest- und Abfallstoffen wie etwa benutzten Pflanzenfetten oder Klärschlämmen hergestellt. Fossile Beimischungen sind nicht enthalten. Nach Einschätzung des Bundesverkehrsministeriums vermeidet sein Einsatz weitgehend die CO_2-Emissionen in der Gesamtbilanz.

Einsatzmöglichkeiten gibt es reichlich: Anfang 2024 waren rund 3,5 Millio-

An herkömmlichen Tankstellen verfügbar – HVO100

Foto: BAVARIA petrol

nen Diesel-Lkws und 14 Millionen Diesel-Pkws in Deutschland zugelassen, so das Kraftfahrt-Bundesamt. Ist HVO100 für Flottenbetreiber und den gewerblichen Verkehr demnach eine gute Alternative zu Normal-Diesel?

Die Umstellung zumindest wäre einfach. Im Grunde lässt sich jeder Dieselmotor mit HVO100, das nicht mit herkömmlichem Biodiesel zu verwechseln ist, betreiben. Das an den Tankdeckeln angebrachte Kürzel »XtL« zeigt an, dass für die Fahrzeuge eine HVO-Freigabe der Hersteller vorliegt. Falls eine solche Freigabe fehlt – etwa für ältere Dieselmotoren, die längst nicht mehr produziert werden –, spricht dies nicht unbedingt gegen die HVO-Betankung. Hier ist es ratsam, beim Fahrzeughersteller konkret nachzufragen. Möglich sind auch beliebige Beimengungen von HVO100 zu fossilem Diesel.

Foto: Johann Dettendorfer Spedition

Auch das Angebot an HVO100 wächst. Der Kraftstoff war im März dieses Jahres bundesweit an mehr als 400 Tankstellen verfügbar, in Europa gibt es ihn bereits an rund 5.400 Tankstellen – Tendenz steigend. Große Mineralölunternehmen produzieren HVO100 in ihren Raffinerien und vertreiben ihn an separaten Zapfsäulen. Die BP-Tochtergesellschaft Aral AG zum Beispiel bietet ihn in Deutschland seit Ende 2024 an zehn automatischen Dieselstationen an, bis Ende 2025 sollen es rund 40 Standorte werden. Shell Deutschland GmbH und Esso Deutschland GmbH haben an einigen Standorten ebenfalls mit dem Verkauf begonnen.

Bei der BayWa AG ist der pflanzenbasierte Kraftstoff mittlerweile an sieben Tankstellen in Bayern verfügbar. »Aufgrund der Anfragen von Logistikunternehmen und Tankkartenherausgebern sehen wir genug Potenzial und Interesse an diesem alternativen Kraftstoff«, erklärt Werner Henzel, Leiter der BayWa-Tankstellen.

Vom Nutzen des nachhaltigen Kraftstoffs überzeugt ist auch Simon Dettendorfer (23), Gesamtbereichsleiter der Treibstoffsparte der Johann Dettendorfer Spedition Ferntrans GmbH & Co. KG in Nußdorf am Inn: »HVO100 kann fossilen Diesel beinahe eins zu eins ersetzen.«

Die Spedition setzt drei 40-Tonner im Alltagsbetrieb mit HVO100 ein. »Das klappt absolut problemlos«, sagt Dettendorfer. Sein Zwischenfazit: »Im Transportverkehr eignet sich HVO100 sehr gut als nachhaltige Dieselalternative während der Übergangsphase zur Elektromobilität und zu anderen Antriebstechnologien.«

Die oberbayerische Spedition bezieht den pflanzlichen Treibstoff von diversen Lieferanten wie etwa ENI, Neste, Shell oder BP und vertreibt anschließend den größten Teil davon an Kunden in Bayern

STICHWORT: HVO100

HVO100 ist ein klimafreundlicher Dieselkraftstoff, der durch Hydrierung von biogenen Rohstoffen wie Ölen und Fetten hergestellt wird und einige Vorteile besitzt:

- um bis zu 90 Prozent geringere CO_2-Emissionen im Vergleich zu fossilem Diesel, bezogen auf die Gesamtbilanz (berücksichtigt Pflanzenwachstum, Herstellung sowie Transport)
- weniger Ausstoß von gesundheitsgefährdenden Schadstoffen wie etwa Stickoxiden, Kohlenwasserstoffen und Kohlenmonoxid
- breites Einsatzspektrum zum Beispiel in der Transportbranche und Logistik, für Flottenbetriebe, im Baugewerbe, im öffentlichen Personennahverkehr, für Werksverkehre, in der Land- und Forstwirtschaft oder in der Binnenschifffahrt
- sehr gute Kälteeigenschaften, die Verbrennung läuft sauberer ab als bei fossilem Diesel, Lagerung auch über lange Zeiträume ohne Qualitätseinbußen möglich
- Vertrieb über die bestehende Tankstelleninfrastruktur

Quelle: Avia, BayWa, Neste

sowie in Tirol. Zu den Abnehmern zählen auch Bergbahnen und Skilifte. »HVO100 ist viel kältebeständiger als normaler Diesel«, hat Dettendorfer festgestellt. Kein Wunder also, dass sich der Ökosprit für Pistenraupen in den Skigebieten vielfach bewährt hat.

Einen Nachteil besitzt der Ökodiesel jedoch: Er ist teurer als fossiler Diesel, da die Herstellung etwas mehr kostet. »Bei uns in Deutschland beläuft sich der Preisunterschied auf etwa 10 bis 15 Cent pro Liter, im Einkauf wie im Verkauf«, sagt Dettendorfer. Zwar entfallen die CO_2-Abgaben – der Vorteil für die pflanzliche Dieselalternative wird also umso größer, je mehr die CO_2-Steuern auf das fossile Pendant ansteigen. Doch bei der Energiesteuer gilt derselbe Satz wie für herkömmlichen Diesel: jeweils rund 47 Cent pro Liter. Auch bei der Lkw-Maut gibt es keinen Nachlass für den HVO-Einsatz.

Anders sieht es in Österreich aus. Für HVO100 entfällt dort die Mineralölsteuer. »Eine reduzierte Energiesteuer für HVO100 könnte die Nachteile in der Preisbildung in Deutschland ausgleichen«, betont Elmar Kühn (54), Hauptgeschäftsführer des UNITI Bundesverbands EnergieMittelstand e. V. in Berlin, zu dem rund 1.000 Mitgliedsfirmen gehören.

Durch einen niedrigeren Steuersatz für den Ökodiesel dürften Nachfrage und Produktionsvolumina deutlich ansteigen. »Es gibt genug Altöle und Reststoffe, um die HVO-Produktion rasch um ein Vielfaches hochzufahren«, ist Kühn überzeugt. »Für den Klimaschutz wäre das großartig.«

Den Unternehmen kann HVO100 helfen, ihre betrieblichen Gesamtemissionen zu reduzieren und die gesetzlichen Vorgaben zum Klimaschutz einzuhalten. Denn unter bestimmten Voraussetzungen wird der Pflanzendiesel in den Treibhausgasbilanzen berücksichtigt, die auch kleinere Unternehmen immer häufiger aufstellen. Allerdings muss die HVO-Herstellung die Anforderungen der Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung erfüllen.

»Die Dekarbonisierung von Transport- oder Personenverkehren kann mit HVO100 gut funktionieren«, sagt Norbert Ammann, IHK-Referatsleiter Umwelt, Energie, Klima. »Die verbleibenden Emissionen für die Treibhausgasbilanz können mit anerkannten Emissionsfaktoren berechnet werden.« ●

IHK-Ansprechpartnerin zum Thema Energie
Fanny Meierhofer, Tel. 089 5116-1797
meierhofer@ihk.muenchen.de

Laumer

SCHLÜSSELFERTIGER GEWERBEBAU

#professionell #kompetent #erfahren

www.laumer.de

ANZEIGE

Nachhaltige Zukunftsimmobilien aus einer Hand

BREMER Stuttgart – Ihr Partner für schlüsselfertigen Industrie- und Gewerbebau sowie Lösungen im Bauen im Bestand.

Das familiengeführte Bauunternehmen BREMER zählt bundesweit zu den Marktführern im **schlüsselfertigen Industrie und Gewerbebau** mit Stahlbetonfertigteilen. Seit 2002 ist BREMER in Stuttgart vertreten und hat mit den weiteren Standorten in Karlsruhe, Ingolstadt und Nürnberg eine starke Präsenz im gesamten süddeutschen Raum. BREMER realisiert Projekte von der Planung bis zur Übergabe und ist auf Logistik-, Produktions- und Bürogebäude sowie Kühlhäuser und Verbrauchermärkte spezialisiert. Auch das **Bauen im Bestand**, bei dem BREMER Bestandsimmobilien fit für neue Anforderungen macht, gehört zum Leistungsspektrum.
Europaweit agiert BREMER mit 17 Standorten in Deutschland und Polen.

Zeit und Kosten im Blick
Als Generalunternehmer übernimmt BREMER nicht nur die gesamte Planung, sondern auch die Koordination aller Gewerke auf der Baustelle. Durch eine effiziente Bauweise mit vorgefertigten Stahlbetonfertigteilen und die Erfahrung aus zahlreichen realisierten Projekten können Bauvorhaben in Rekordzeit realisiert werden. „Je früher wir in der Planungsphase einbezogen werden, desto größer sind die zeitlichen und wirtschaftlichen Vorteile für unsere Kunden", erklärt Kristoff Steinke, Geschäftsführer der BREMER Stuttgart GmbH.

Bauen im Bestand als schlüsselfertige Lösungen
Ebenso ist BREMER der richtige Ansprechpartner, wenn sich Anforderungen an Immobilien im Laufe der Zeit geändert haben. BREMER bietet das **Bauen im Bestand** als **schlüsselfertige Lösung** an, um den Lebenszyklus einer Immobilie zu verlängern. Bestandsimmobilien werden modernisiert, umgebaut oder erweitert, damit sie den aktuellen Anforderungen entsprechen – und das während des laufenden Betriebs! „Unsere Expertise im Umgang mit Bestandsgebäuden ermöglicht es uns, frühzeitig innovative Lösungen zu entwickeln, die Zeit und Kosten sparen", erklärt Joachim Ade, Abteilungsleiter „**Bauen im Bestand**" der BREMER Stuttgart GmbH.

Der Kundenwunsch im Fokus
„Wir erarbeiten für unsere Kunden individuelle Lösungen", so Kristoff Steinke. Während BREMER für einen reibungslosen Bauablauf sorgt, kann sich der Bauherr auf sein Kerngeschäft konzentrieren. Nach Fertigstellung übernimmt der BREMER Immobilien Service auf Wunsch auch das Facility Management. Der hohe Stammkundenanteil zeigt, dass dieses umfassende „Rundum-Angebot" überzeugt.

BREMER Stuttgart:
Innovativ und ausgezeichnet!
Unsere Gesellschaft BREMER Stuttgart GmbH trägt das TOP100-Siegel 2025 des Innovationswettbewerbs TOP 100 – eine Auszeichnung für herausragende Innovationskraft im Mittelstand. Nur die besten 100 Unternehmen schaffen es, dieses Siegel zu erhalten!

TOP 100
top100.de
Top-Innovator 2025

Der Ansprechpartner für Ihr Bauprojekt.

Bauen im Bestand Stuttgart
Joachim Ade ▪ Abteilungsleiter/Prokurist
Telefon +49 711 540813-34 ▪ Mobil +49 174 9255530 ▪ E-Mail j.ade@bremerbau.de

Schlüsselfertiges Bauen Stuttgart
Bernhard Winter ▪ Abteilungsleiter Akquisition/Kalkulation
Telefon +49 711 540813-630 ▪ Mobil +49 151 29258548 ▪ E-Mail b.winter@bremerbau.de

BREMER Stuttgart GmbH
Motorstraße 26 ▪ 70499 Stuttgart ▪ infostuttgart@bremerbau.de

bremerbau.de

Gerade bezogen – neues Logistikzentrum in Schwaig im Landkreis Erding

Foto: GROUP7

Bewegung im Markt

Über Jahre hinweg sind im Großraum München kaum noch neue Logistikimmobilien entstanden. Doch das ändert sich gerade.

Von Stefan Bottler

Der Neubau hat 60.000 Quadratmeter Lagerfläche, besteht aus 2.022 Betonfertigteilen und steht auf einer 24.150 Tonnen schweren Betonplatte. Im Frühjahr 2025 hat die GROUP7 AG International Logistics nach nur einjähriger Bauzeit das neue Logistikzentrum in Schwaig im Landkreis Erding in Betrieb genommen.

Das 48 Millionen Euro teure Gebäude lässt in puncto Energieeffizienz und Nachhaltigkeit kaum Wünsche offen. Auf dem Dach versorgt zum Beispiel eine großflächige Photovoltaikanlage den Standort mit bis zu drei Millionen Kilowattstunden Strom im Jahr, auf dem Parkplatz stehen 125 Ladesäulen für E-Autos und E-Lkws und eine 20.400 Quadratmeter große Grünfläche lädt zu Arbeitspausen im Freien ein. Die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) hat das Logistikzentrum dafür mit dem Goldzertifikat ausgezeichnet.

Mit dem Bau treibt GROUP7 den Flächenumsatz im Großraum München in die Höhe. Rund 135.000 Quadratmeter wurden dem Makler- und Beratungsunternehmen Logivest GmbH zufolge 2024 neu gebaut. Das ist klar mehr als in den Vorjahren. Außerdem entstand zum ersten Mal seit fast vier Jahren ein Neubau mit deutlich mehr als 10.000 Quadratmetern Nutzfläche. »Der Markt kommt wieder in Bewegung«, freut sich Marco Mendes (49), Chief Operating Officer (COO) von Logivest. Für die kommenden Jahre rechnet der Marktkenner mit weiteren »big boxes« rund um München.

Foto: Logivest

» Die Chancen wachsen, dass der Nachfragestau für Logistikneubauten aufgelöst wird.«

Marco Mendes,
Chief Operating Officer Logivest

Aber auch die Nachfrage nach kleinen Logistikflächen bleibt hoch. Im Gegensatz zu anderen Ballungszentren gibt es in der bayerischen Landeshauptstadt kaum Leerstand. »Weil viele Kommunen lange Zeit wenig aufgeschlossen für Logistikneubauten waren, ist ein Nachfragestau entstanden«, sagt der Marktkenner. »Jetzt wachsen die Chancen, dass dieser Stau aufgelöst wird. Als Konsequenz sind allerdings auch die Mieten so hoch wie nie zuvor. Quadratmeterpreise zwischen zehn und 14 Euro registriert Logivest im Großraum München. Das ist deutlich mehr als in den benachbarten Logistikhochburgen. Allerdings haben auch in Augsburg und in Niederbayern die Preise mit 8 bis 8,50 Euro ein Rekordniveau erreicht. Gleichzei-

tig sind die Vertragslaufzeiten kürzer geworden. Viele Vermieter wollen nur noch für fünf statt für zehn Jahre abschließen.

Die Zeiten, als Städte und Gemeinden Logistikbauten ausschließlich mit ständig steigendem Lkw-Verkehr assoziierten, scheinen jedoch vorbei zu sein. Mittlerweile steuern viele Dienstleister ihre Lager- und Transportprozesse mit hochmoderner IT und investieren in Robotik und andere Automatisierungstechnik. Wenn sie diese Arbeit in energieeffizienten und nachhaltigen Neubauten verrichten, sind sie in vielen Kommunen willkommen.

Für Investoren und Entwickler sind deshalb DGNB-Zertifikate oder andere Nachhaltigkeitsnachweise wenigstens für größere Objekte Pflicht geworden. Wenn sie außerdem an attraktive Unternehmen vorvermieten, erhöht das die Chance auf Zustimmung der jeweiligen Kommune. Mancher Kommunalpolitiker macht sein Ja von einem solchen Vertrag abhängig. »Weil Entwickler nur eine Baugenehmigung erhalten, wenn die künftigen Mieter den Vorstellungen der Kommunen in puncto Gewerbe, Verkehrsbelastungen und Steueraufkommen entsprechen, machen spekulative Projektentwicklungen derzeit wenig Sinn«, sagt Maximilian Sänger, Team Leader Industrial & Logistics München des Gewerbeimmobiliendienstleisters CBRE GmbH.

Von Logistikzentren, die diese Voraussetzungen erfüllen, versprechen sich Kommunalpolitiker eine »Aufwertung des Wirtschaftsstandorts«, wie Stephan Keck, Erster Bürgermeister von Kirchheim bei München, es zum Beispiel für das Objekt »City Dock« formuliert. Es wird vom Immobilienentwickler Panattoni Germany Properties GmbH aktuell für kleine und mittlere Unternehmen realisiert. Ab Herbst können die Firmen Flächen ab 1.600 Quadratmetern nutzen. Gebaut wird mit allen möglichen Nachhaltigkeitsmaßnahmen bis hin zu einem innovativen Luftfilter, den ein Berliner Start-up entwickelt hat.

Auch für Christoph Böck, Erster Bürgermeister von Unterschleißheim, können Logistikzentren ein »Gewinn für die Stadt« sein. Er meint damit den geplanten Neubau für die REPA Deutschland GmbH, den ebenfalls Panattoni realisiert. Voraussichtlich 2027 wird der Großhändler für Zubehör und Ersatzteile von Gastronomie- und Großküchentechnik die 32.600 Quadratmeter großen Lagerflächen beziehen. Das Unternehmen darf sich auf ein nachhaltiges Gebäude freuen, das Dachbegrünung, Photovoltaikanlage und Regenwassernutzung aufweist und mit Fernwärme aus Geothermie beheizt wird.

Beide Panattoni-Gebäude entstehen auf sogenannten Brownfields, also brach liegenden Gewerbearealen, die bislang von anderen Unternehmen genutzt wurden. Die vorhandenen Bestandsbauten eines Gleisbauunternehmens in Kirchheim und einer Lebensmittelspedition in Unterschleißheim waren offenbar nicht »revitalisierungsfähig«, so Experte Mendes. »Solche Optionen müssen angesichts der hohen Nachfrage verstärkt in Betracht gezogen werden.« Im Idealfall kann ein sanierter Altbau mit einer vergleichbaren Energieeffizienz überzeugen wie ein Neubau.

Viel hängt vom Einzelfall ab. Zahlreiche Bestandsgebäude können nicht mit Photovoltaikanlagen nachgerüstet werden, weil ihre Dachstabilität nicht ausreicht. Andere kommen für eine Sanierung nicht infrage, weil nur ein Neubau das vorhandene Baurecht ausschöpfen kann. Als Folge der vorhandenen Flächenknappheit wittern auch auswärtige Entwickler, die sich auf Revitalisierungen von Brownfields spezialisiert haben, in der bayerischen Landeshauptstadt Chancen. »München und Umland gehören zu unserem Investmentprofil«, sagt Martin Birkert, Geschäftsführer der MLP Group in Frankfurt/Main.

Manch neuer Standort hat ebenfalls noch Potenzial. Auf dem 320.000 Quadratmeter großen VGP Park bei Parsdorf, der seit 2020 bebaut wird, haben sich der Autohersteller BMW mit einem Logistikzentrum und der Maschinenbauer Krauss-Maffei Group mit seiner Konzernzentrale eingemietet.

Jetzt kommt das junge Raumfahrtunternehmen Isar Aerospace SE hinzu. Weil es an seinem Standort Ottobrunn nicht expandieren kann, investiert es in ein neues Produktions- und Logistikzentrum an der A 94. ●

.BÜROBAU
.OBJEKTBAU
.GEWERBEBAU

.PLANEN .FERTIGEN .AUSFÜHREN

Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG

86807 Buchloe
+49 8241 9682 - 0
info@hoermann-info.com

Mehr Infos finden Sie unter
www.hoermann-info.de

Wichtig für den Standort – Flughafen München im Erdinger Moos

Foto: Savvapanf Photo ©/Adobe Stock

»Zu viel Gegenwind«

Der Luftverkehr in Deutschland befindet sich immer noch unter Vor-Corona-Niveau. Der IHK-Verkehrsausschuss diskutiert über die Zukunft des Flugverkehrs.

Von Martin Armbruster

Der Blick über das Rollfeld an diesem Nachmittag verdeutlichte besser als alle Zahlen, welche Bedeutung dieser Flughafen hat. Die IHK für München und Oberbayern hatte Mitte Februar ihren Verkehrsausschuss zur Sitzung in den »Information Security Hub« des Münchner Flughafens geladen. Auf der Agenda standen Vorträge und eine Diskussion über die Perspektiven des Luftverkehrsstandorts München.

Roland Beck, Leiter Politische Angelegenheiten bei der Flughafen München GmbH (FMG), betonte die wirtschaftliche Bedeutung des Airports: 35.000 Mitarbeiter, in Spitzenzeiten 1.000 Starts und Landungen am Tag, 42 Millionen Flugreisende pro Jahr. In der Umgebung haben sich 500 Unternehmen angesiedelt. Jeder 100. Euro, der in Bayern erwirtschaftet wird, wird am Flughafen verdient.

Aus den Negativschlagzeilen des vergangenen Jahres zu riesigen Warteschlangen, Personalmangel und Chaos bei der Gepäckausgabe habe man gelernt, versicherte Beck – und schon 2024 rund 1.800 Mitarbeiter neu eingestellt. In diesem Jahr sollen weitere 500 Einstellungen folgen. »Wir werden ein Fünf-Sterne-Flughafen bleiben«, kündigte er an. Dafür werde investiert: in Digitalisierung (»alles, was geht«), Sicherheit, künstliche Intelligenz, mehr Kameras, ins Terminal 2, in Gepäckförderanlagen, Parkhäuser und ein Mietwagenzentrum. Auch beim Ziel der Klimaneutralität bis 2035 komme die FMG voran – mit Blockheizkraftwerk, Solarflächen und dem Umrüsten auf E-Mobilität.

Die schlechte Schienenanbindung ist jedoch nach wie vor ein Handicap des Flughafens. Die denkbaren Gegenmaßnahmen werden seit Jahren diskutiert: eine »Express-S-Bahn« in die City, die mit der 2. Stammstrecke realisiert werden könnte. Der große Wunsch wäre ein ICE-Bahnhof mit Anbindung an Ingolstadt. Aus FMG-Sicht ist auch der Ausbau der Schienenstrecke ABS 38 Richtung Südosten lohnend, da Österreich in die Bahnstrecke von Linz nach Mühldorf investiert.

Jeder dieser Schritte würde dem Flughafen nutzen – es würde aber auch viel Geld und Zeit brauchen, sie umzusetzen. Bessere Rahmenbedingungen forderten auch die beiden anderen Referenten: Jan Heile, Sprecher des Flughafenverbands ADV, und Stephan Sellmaier, Verantwortlicher für die Interessenvertretung der Lufthansa in Bayern.

Beck, Heile und Sellmaier betonten einen Punkt: Während der Pandemie brach das Geschäft des Münchner Flughafens um 98 Prozent dramatisch ein. Davon hat er sich bis heute nicht erholt. Die Zahl der Flüge liegt bei etwa 85 Prozent des Vor-Corona-Niveaus. Den anderen Airports in Europa geht es hingegen deutlich besser. Dort herrscht heute mehr Betrieb als vor der Pandemie.

Über die Gründe waren sich die Referenten einig. Der Luftverkehr Münchens leide unter Standortkosten und Regulierungen. »Wir kämpfen mit zu viel Gegenwind«, klagte Lufthansa-Manager Sellmaier. Verbandssprecher Heile erklärte, was diesen Gegenwind erzeugt. Man stehe im internationalen Wettbewerb mit Flughäfen, an denen man Nachtflugverbot und Begrenzungen des Flugverkehrs nicht kenne. Was München schwäche, seien typisch deutsche Belastungen wie Flugsicherungsgebühr, Luftsicherheitsgebühren, Kerosinsteuer und Luftverkehrsteuer.

Sein Verband stehe selbstverständlich hinter den Klimaschutzzielen, sagte Heile. Nur müssten die international so umgesetzt werden, dass kein Wettbewerbsnachteil für deutsche Flughäfen und Airlines entstehe. Als Beispiel nannte er die seit Januar 2025 geltende Beimischungsquote von fossilfreiem SAF-Treibstoff ins Kerosin. SAF sei in den nötigen Mengen überhaupt nicht zu bekommen und fünf- bis zehnmal teurer als Flugbenzin.

Sorgen mache der Branche auch der europäische Green Deal. Von 2027 an werde der Verkehrssektor in den Emissionshandel einbezogen. Heile machte die Rechnung auf: Ein Kurzstreckenflug werde um sieben Euro, ein Langstreckenflug um 70 Euro teurer. »Das tut richtig weh«, betonte der ADV-Sprecher. Er befürchtet, dass Firmen, Geschäftsreisende und Urlauber auf Flughäfen in anderen Ländern ausweichen würden. Unter dem Strich drohe eine verheerende Bilanz: »Wir schwächen uns selbst und dem Klima bringt es nichts.« Lufthansa-Manager Sellmaier warnte vor einem Albtraumszenario: In München stehen die eigenen Maschinen am Boden, aber die »Carrier aus dem Mittleren Osten fliegen ein«.

Nach der geballten Kritik an den Rahmenbedingungen gab es auf der Sitzung auch Positives. Sellmaier bekannte sich klar zum Standort: »München ist unser Premium-Hub. Und das wird auch so bleiben.« Die Lufthansa habe in München 135 Flugzeuge stationiert, beschäftige 12.000 Menschen und sorge für zwei Drittel des Münchner Flugverkehrs. Allerdings warnte Sellmaier ebenso deutlich, der Politik sei nicht bewusst, wie knapp die Margen in seiner Branche seien. Netto blieben von einem Flugticket nur etwa acht Euro bei der Lufthansa hängen.

All diese Argumente und Bedenken will Georg Dettendorfer, Vorsitzender des IHK-Verkehrsausschusses, über die DIHK in Berlin in die bundespolitische Diskussion einbringen.

RAUM SCHAFFEN Für Unternehmenswachstum und Erfolg.

SEIT ÜBER 30 JAHREN:
Neubau, Erweiterung und Modernisierung von Gewerbe- und Industrieimmobilien

lig PROJEKTBAU

Otto-Wagner-Str. 2
82110 Germering
Tel. 089 38033170
www.lig-projektbau.de

Autonom unterwegs – Container-Transport ohne Fahrer

Foto: FERNRIDE

Die Zukunft der Logistik

Das Start-up FERNRIDE will die Hof- und Hafenlogistik revolutionieren – mit einem autonomen Fahrsystem, bei dem ein Remote-Fahrer vier Fahrzeuge steuert.

Von Monique Opetz

Kommt man auf das Gelände der FERNRIDE GmbH im Münchner Nordwesten, fallen sofort zwei Terminal-Zugmaschinen auf. Sie sind in Häfen und Logistikzentren im Einsatz, um Container zu transportieren. Die Zugmaschinen befinden sich auf einer Outdoor-Testfläche, die mit Fahrbahnlinien und Hindernissen ausgestattet ist. »Testgelände für automatische Fahrzeuge« ist auf einem rot-weißgestreiften Schild zu lesen, »Teleoperation Control Center« auf einem anderen.

Die Fahrzeuge fahren autonom, wenn sie auf dem Testgelände ihre Runden drehen oder um Pylonen manövrieren. Nur bei besonders schwierigen Manövern schaltet sich ein Remote-Fahrer ein und steuert aus der Ferne – vor einem Monitor samt Lenkrad, Pedalen und Gangschaltung. Hendrik Kramer, einer der Gründer und CEO von FERNRIDE, spricht von »human-assisted autonomy«, einer Kombination aus menschlicher und künstlicher Intelligenz.

Bis vor Kurzem saßen während der Tests noch Sicherheitsfahrer in den Kabinen. Aktuell laufen Versuche mit leerem Lkw-Cockpit. Es ist die letzte Stufe auf dem Weg zum autonomen Fahren in der Hof- und Hafenlogistik. Das bedeutet: Zukünftig fahren die Trucks dank automatischer Assistenz- und Kupplungssysteme sowie der Live-Daten von Sensoren und Kameras selbstständig. Sie werden von einer Software und künstlicher Intelligenz gesteuert.

»Wir haben einen Roboter gebaut, der automatisch einen Logistikprozess händeln kann«, erklärt Kramer. Damit das autonome System tatsächlich zum Einsatz kommt, muss nun in einem aufwendigen Testprozess das Safety- und Security-Konzept am Produkt bewiesen werden, also der Schutz von Umwelt und Menschen beim Betrieb und die Sicherheit des Systems. Das geschieht aktuell nicht nur auf dem Betriebsgelände von FERNRIDE, sondern auch bei Kunden und auf einer ADAC-Teststrecke in der Nähe von München.

»Ziel ist, das erste Unternehmen in Europa zu sein, das in einem Hafen ohne Fahrer fahren darf«, sagt Kramer und spricht von einem »Meilenstein für die Industrie«. Denn laut Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik Entsorgung fehlten Ende 2024 bundesweit 100.000 Lkw-Fahrer. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht: Jährlich gehen mehr als 30.000 Fahrer in Rente, weit weniger Berufsanfänger rücken nach. Das autonome System könnte helfen, den Fachkräftemangel zu entschärfen.

Kramer hat seine Mitgründer Jean-Michael Georg und Maximilian Fisser während seines Studiums an der TU München kennengelernt. 2019 gründeten sie FERNRIDE aus dem weltweit führenden Forschungslabor für Teleoperation am Lehrstuhl für Fahrzeugtechnik aus. Zehn Jahre Forschung bilden die Basis für ihre skalierbaren Automatisierungslösungen in der Hof- und Hafenlogistik.

Dass die Technologie zukunftsweisend ist, merkte das Trio recht schnell: Wenige Wochen nach der Gründung war die erste Finanzierungsrunde bereits abgeschlossen, die ersten Mitarbeitenden eingestellt und der Technologietransfer von der Uni in ein industrielles Produkt gemacht.

Mittlerweile gehören 150 Beschäftigte zum Team. Und die ursprüngliche Idee des rein ferngesteuerten – teleoperierten – Fahrens wurde von dem »human-assisted autonomy«-Ansatz ersetzt. »Wir nutzen so viel KI wie möglich für das autonome Fahren, aber so viel Mensch wie nötig, um den Logistikern eine 100-prozentige Verfügbarkeit der Systeme zu garantieren«, so Kramer. Künstliche Intelligenz kommt beispielweise zum Einsatz, wenn es um die Konnektivität, also die Verbindungsfähigkeit, zwischen den Fahrzeugen und dem Teleoperator geht. Damit diese durchgehend gewährleistet ist, sind sechs SIM-Karten von drei Anbietern in den Konnektivitätsmodulen integriert. »Unser Algorithmus entscheidet, welches die beste Verbindung ist«, sagt der 30-Jährige. Funklöcher darf es nicht geben.

KI helfe außerdem dabei, das Umfeld wahrzunehmen. Wer autonom fahren will, müsse als Erstes verstehen: Wo befinde ich mich? Was machen die anderen Akteure um mich herum? Und wie verändern sich die Verhaltensweisen der verschiedenen Akteure in den nächsten Sekunden? »Dabei muss man teilweise in die Zukunft projizieren. Das berechnen wir mithilfe von KI«, sagt Kramer.

Auch für Simulationen nutzt das FERNRIDE-Team künstliche Intelligenz, etwa um verschiedene Witterungsbedingungen zu testen. Mithilfe von synthetischem Regen oder Schnee simulieren die Mitarbeitenden Nässe oder Glätte auf der Fahrbahn – so können sie vorab virtuell testen, wie die Zugmaschinen darauf reagieren.

Trotz allem braucht das System einen menschlichen Fahrer. Doch wann kommt der zum Einsatz? Laut Kramer gibt es hierfür zwei Szenarien: die geplanten und die ungeplanten. »Die geplanten sind Manöver innerhalb des logistischen Prozesses, die besonders herausfordernd sind für eine KI«, erklärt er.

Das ist etwa der Fall, wenn der Lkw unter dem Kran positioniert werden muss, der die Container vom Schiff auf die Ladefläche hebt – eine Zentimeterarbeit. »Ein Mensch macht das fast intuitiv. Das einem Algorithmus beizubringen, ist relativ schwer«, sagt Kramer. Bis dies funktioniere, könnte es noch vier bis fünf Jahre dauern, schätzt er. So lange will er nicht warten. Deswegen setzt FERNRIDE auf die Zusammenarbeit von Mensch und KI.

Die zweite Möglichkeit für den menschlichen Einsatz ist ein Szenario im Hafen, bei dem das Sicherheitssystem das Fahrzeug anhält. Auslöser könne etwa eine Plastiktüte sein, die das System fälschlicherweise für einen Menschen hält. Der Remote-Fahrer am Monitor erkennt die Tüte und gibt dem System per Mausklick den Befehl weiterzufahren. Auch dabei wird das System trainiert und lernt aus diesen Daten.

Momentan überwacht ein Teleoperator vier Fahrzeuge. »Das ist effizient für unsere Kunden, denn am Ende haben sie den gleichen logistischen Durchsatz erreicht mit einem Viertel der menschlichen Zeit«, betont Kramer. Damit wären in Zukunft deutlich weniger Fahrer notwendig.

Sein Unternehmen arbeitet bereits mit Kooperationspartnern wie dem Logistiker DB Schenker oder der Hamburger Hafengesellschaft HHLA in Estlands Hauptstadt Tallinn zusammen. Noch in diesem Jahr sollen die Tests für das Sicherheitskonzept des »human-assisted autonomy«-Ansatzes abgeschlossen werden – damit könnte die Vision von FERNRIDE wahr werden: als erstes Unternehmen in Europa in einem Hafen ohne Fahrer zu fahren. ●

www.fernride.com

DIE PROBLEMLÖSER

Fachkräftemangel, Klimaschutz, Energiekrise – das sind nur einige der gewaltigen Probleme, vor denen wir gerade stehen. In Oberbayern gibt es zahlreiche Unternehmen, die diese Herausforderung annehmen: Sie entwickeln kluge Lösungen für die drängenden Aufgaben unserer Zeit.

Das IHK-Magazin stellt diese Problemlöser in einer Serie vor.

Achtung, manipulierte E-Rechnung!

Der zunehmende Versand von E-Rechnungen hat auch Cyberkriminelle auf den Plan gerufen. Unternehmen sollten ihre IT-Sicherheit darauf einstellen.

Von Melanie Rübartsch

Gefälschte digitale Rechnungen im Umlauf.« – »Computerviren per E-Rechnung ins Unternehmen geschleust.« – »Rechnungsbeträge landen auf Konten von Betrügern.« Solche Schlagzeilen sind derzeit häufig. Der Hintergrund: E-Rechnungen sollen Standard im Geschäftsverkehr werden. Seit Anfang 2025 müssen Betriebe für im Inland steuerbare Umsätze im B2B-Geschäftsverkehr E-Rechnungen empfangen und verarbeiten können. Die Pflicht, eigene Ausgangsrechnungen nur digital abzurechnen, wird etappenweise bis Ende 2027 eingeführt.

»In vielen Fällen werden die Rechnungen per E-Mail ausgetauscht«, weiß Bernhard Kux, Referent für Cybersicherheit bei der IHK für München und Oberbayern. Cyberkriminelle nutzen dies aus: Sie fangen die Dokumente ab und tauschen die Kontodaten des Rechnungsstellers durch die der Betrüger aus. In anderen Fällen geben sich Trickser als vertrauenswürdige Absender aus und verschicken gefälschte Dokumente. Im schlimmsten Fall sind diese E-Mails zudem mit Links oder Dateianhängen versehen, die Schadsoftware ins Unternehmen tragen. »Umso wichtiger ist es, technisch und organisatorisch einige Vorkehrungen zu treffen, um das Risiko zu begrenzen«, sagt der IT-Experte.

Falsche E-Rechnung? Unachtsamkeit kann teuer werden

Foto: Jadon B/peopleimages.com/Adobe Stock

Worauf sollten Firmen bei der Rechnungsbearbeitung besonders achten?

Entscheidend ist, sowohl Kunden und Geschäftspartner als auch die eigenen Mitarbeitenden dafür zu sensibilisieren, alle Rechnungen sorgfältig zu prüfen. Regelmäßige Schulungen und Hinweise, wie legitime Rechnungen aussehen und woran man Manipulationen erkennt, können das Risiko eines Betrugs senken. »Wichtig ist zudem, mit den Geschäftspartnern zu kommunizieren«, sagt IHK-Experte Kux. Man sollte wissen, wie deren Rechnungen üblicherweise aussehen, und Kontakt aufnehmen, wenn etwas verdächtig ist.

Tipp: Bei E-Rechnungen ist nicht die für Menschen lesbare Ansicht entscheidend, sondern die XML-Daten. Mit E-Rechnungsviewern wie etwa der Open-Source-Anwendung »Quba-Viewer« lassen sich die Daten vergleichen.

Firmenrichtlinien können vorgeben, dass Mitarbeitende bei Zweifeln an einer Rechnung nachhaken. Wichtig: »Im Verdachtsfall nicht direkt auf die Rechnungsmail antworten, sondern einen anderen Kommunikationsweg wählen«, mahnt der IHK-Experte. Nur so sei gewährleistet, dass man tatsächlich beim richtigen Unternehmen nachfragt und nicht bei den Betrügern landet. Interne Vorgaben können auch regeln, dass ab einer bestimmten Rechnungshöhe oder bei erstmaligem Geschäftskontakt generell eine manuelle Prüfung der Rechnung, insbesondere der Bankverbindung, erfolgen muss. Stimmen die Daten mit bereits bekannten und bestätigten Bankverbindungen überein? Passt die IBAN zu den Angaben auf der Webseite des Unternehmens? Im Zweifel telefonisch Kontakt aufnehmen!

Was ist steuerlich relevant bei der E-Rechnung?
»Ein wesentlicher Punkt ist, dass sich Unternehmen mit den neuen steuerlichen Vorgaben befassen müssen. Dazu gehören auch Fragen der ordnungsgemäßen Verarbeitung und Aufbewahrung von E-Rechnungen für Steuerzwecke. Hierzu gibt es inzwischen auch vertiefte Ausführungen der Finanzverwaltung«, erklärt Mira Pezo, IHK-Referentin für Steuern und Finanzen.
Eine weitere wichtige Entwicklung ist, dass die Finanzverwaltung über ELSTER nun ein kostenloses Tool zur Verfügung stellt, mit dem sich E-Rechnungen lesbar machen lassen. »Die wiederholten Anregungen und Hinweise der IHK für München und Oberbayern sowie der gesamten IHK-Organisation haben wesentlich zur Entwicklung dieser Lösung beigetragen«, sagt die Steuerexpertin.

Welche E-Mail-Adresse sollten Firmen für E-Rechnungen nutzen?
»Für die Abwicklung sollten Unternehmen eine eigene E-Mail-Adresse und ein exklusiv dafür vorgesehenes Mailpostfach einrichten«, empfiehlt IHK-Fachmann Kux. Für das Postfach sollten sie einen Verantwortlichen und einen Stellvertreter ernennen und Zugriffsrechte definieren. Zudem sollten Firmen darauf achten, dass die eingesetzte Mailsoftware stets auf dem aktuellen Stand ist und zudem Anti-Spam- und Anti-Schadsoftware zum Einsatz kommen. »Gute Technikeinstellungen sind immer die erste Abwehrmauer. Trotzdem werden Mails im Postfach landen, die an dieser Mauer vorbeikommen. Daher muss man immer wachsam sein«, so IHK-Experte Kux.

Wie lässt sich prüfen, ob eine Rechnung manipuliert wurde?
Empfänger sollten sich immer fragen, ob eine Rechnung wirklich vom angegebenen Absender stammt und ob die in Rechnung gestellte Ware beziehungsweise Dienstleistung wirklich bestellt wurde. Lässt sich der Absender also eindeutig identifizieren? Hierzu gibt es neben der eigenen Wachsamkeit auch einige technische Hilfsmittel. Über ein sogenanntes Sender Policy Framework (SPF) können Firmen zum Beispiel festlegen, wer – das heißt, welche IP-Nummer – im Namen eines Unternehmens Mails versenden darf. Die IP-Nummer ist eine Netzwerkadresse, die für jedes Gerät im Netzwerk nur einmal vergeben werden darf und damit ein eindeutiges Identifikationsmerkmal ist. »Wenn eine unberechtigte IP-Nummer Mails im Namen der Internetdomain schickt, kann der Empfänger solche Mails als Spam einstufen«, sagt Kux.
Darüber hinaus können Unternehmen Mails mit einer sogenannten Domain Keys Identified Mail (DKIM) digital signieren. Auch das stellt für die Geschäftspartner sicher, dass die Mail vom echten Absender stammt und nicht verändert wurde. Kux: »Unternehmen sollten sich über solche Methoden austauschen und versuchen, sie gegenseitig als Standard zu definieren.«

Was ist beim Öffnen von Dateianhängen zu beachten?
Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) schlägt einen »3-Sekunden-Sicherheitscheck« vor, bei dem sich Empfänger vor dem Öffnen fragen:
- Ist der Absender bekannt?
- Ist der Betreff sinnvoll?
- Wird ein Anhang von diesem Absender erwartet?

Ergibt die Überprüfung von Absender, Betreff und Anhang insgesamt kein stimmiges Bild, sollten Empfänger den Anhang nicht öffnen und die E-Mail löschen. Im Zweifelsfall können sie zuvor auch persönlich beim Absender nachfragen, ob er tatsächlich eine E-Mail geschickt hat. Dabei aber nicht einfach auf »Antworten« klicken, sondern die Ziel-E-Mail-Adresse immer aus vorherigen verifizierten E-Mails kopieren.

Welche Alternativen zum E-Mail-Versand sind für E-Rechnungen möglich?
Unternehmen können zum Beispiel spezielle Onlineanwendungen nutzen, auf denen die Auftragnehmer und Lieferanten ihre Rechnungen hochladen. Eine weitere Variante sind standardisierte Onlineanwendungen wie Electronic Data Interchange (EDI), AS2 oder das Peppol-Netzwerk. Sie bieten eine hohe IT-Sicherheit durch starke Verschlüsselungen, Authentifizierungen und Überwachungsmaßnahmen. Die Kosten für die Implementierung, der technische Aufwand, die Komplexität, die Akzeptanz und eine mögliche Abhängigkeit von Drittanbietern sind hierbei allerdings oft eine Herausforderung, insbesondere für kleine Unternehmen.
Eine erhöhte Sicherheit lässt sich auch per SFTP (Secure File Transfer Protocol) erreichen. SFTP ist ein Dateiübertragungsprotokoll, das eine Reihe von Dienstprogrammen nutzt, die einen sicheren Zugriff auf einen Remote-Computer ermöglichen. Einkalkulieren müssen Unternehmen dabei jedoch einen etwas erhöhten administrativen Aufwand, da sie Benutzerkonten anlegen und Zugriffsberechtigungen verwalten müssen.

Was ist bei der Verarbeitung von E-Rechnungen zu beachten?
Ist eine E-Rechnung sicher zum Empfänger gekommen, muss sie dort weiterverarbeitet und abschließend revisionssicher archiviert werden. »Wie beim Transport ist auch dabei immer ein Check von Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Daten erforderlich«, so Kux. Auch dies erfolgt vor allem durch die Absicherung des E-Mail-Postfachs oder die Auswahl einer sicheren Onlineanwendung. ●

Mehr Tipps zum sicheren Umgang mit E-Rechnungen: **www.ihk-muenchen.de/de/Service/Digitalisierung/Informationssicherheit/E-Rechnung-IT-Sicherheit**

Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind hier zu finden:
www.ihk-muenchen.de/e-rechnung

IHK-Ansprechpartner zu IT-Sicherheit:
Bernhard Kux, Tel. 089 5115-1705
kux@muenchen.ihk.de
zu steuerlichen Themen der E-Rechnung:
Mira Pezo, Tel. 089 5116-1606
pezo@muenchen.ihk.de

Wirtschaftsempfang in Landsberg

Mehr als 150 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft kamen zum IHK-Wirtschaftsempfang in das Stadttheater Landsberg. Ein zentraler Punkt des Abends: die Notwendigkeit von Reformen.

Foto: Christian Kröck

Gastgeber am Podium – Reinhard Häckl, Vorsitzender des IHK-Regionalausschusses Landsberg am Lech

Foto: Christian Kröck

Betonte, wie wichtig eine gute Partnerschaft von Wirtschaft, Verwaltung und Politik ist – Landsbergs Oberbürgermeisterin Doris Baumgartl (UBV)

Foto: Christian Kröck

Detaillierte Analyse der aktuellen Lage – IHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl forderte Mut zu Reformen

Foto: Christian Kröck

Entspannte Atmosphäre – die Besucher beim Networking

Buchpräsentation

Auf einem Abendempfang stellte das Bayerische Wirtschaftsarchiv den neuen Band seiner Schriftenreihe vor. Das Thema: betriebliche Stiftungen in Bayern im 19. und 20. Jahrhundert.

Foto: Tobias Hase

Betriebliche Stiftungen als Gegenstand historischer Forschung – IHK-Präsident Klaus Josef Lutz hielt die Einführungsrede

Foto: Tobias Hase

Im Austausch – die Gäste des Empfangs nutzten den Abend für angeregte Gespräche

NEU ERSCHIENEN

Band 10 der Schriftenreihe
des Bayerischen Wirtschaftsarchivs
Matthias Beimler: Betriebliche Stiftungen in Bayern im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Beitrag zur bayerischen Stiftungsgeschichte
München 2025, 348 Seiten, ISBN: 978-3-86222-530-9
Einen Überblick über alle Veröffentlichungen des Wirtschaftsarchivs gibt es hier: **wirtschaftsarchiv.bihk.de/publikationen/schriftenreihe.html**

Foto: Tobias Hase

Präsentierten den neuen Band – Buchautor Matthias Beimler, Eva Moser, Sponsoren Harald und Karoline Spiegel, Archivleiter Richard Winkler, IHK-Präsident Klaus Josef Lutz, IHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl, Elisabeth Kraus und Verleger Michael Volk (v.l.)

Meisterfeier

Die 172 besten Absolventen aus 70 verschiedenen IHK-Fortbildungsfachrichtungen haben im April den Meisterpreis der Bayerischen Staatsregierung erhalten – und groß gefeiert.

Foto: Matthias Balk

Gut gelaunt – die Absolventen feierten ihren Abschluss

Foto: Matthias Balk

Erzielte die beste Note aller Abschlussprüfungen in Oberbayern – Marlene Vallet, geprüfte Fachwirtin für Büro- und Projektorganisation, mit Staatsminister Florian Herrmann (l.) und IHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl

Foto: Matthias Balk

Preise und Show – die Ehrung fand im GOP Varieté-Theater in München statt

Foto: Matthias Balk

Top-Abschluss – Berufsmeisterinnen und -meister aus ganz Bayern mit ihren Urkunden

IHK Bildungspartnerschaften

Engagement ausgezeichnet

Ihre Aktivitäten reichen von Praktika über Betriebsführungen bis hin zu Bewerbungstrainings und Berufsinfoabenden: Die IHK Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen leisten einen wertvollen Beitrag zur frühzeitigen Berufsorientierung. Die IHK für München und Oberbayern unterstützt seit 2014 den Ausbau solcher Kooperationen. Jetzt hat sie 58 der aktivsten Bildungspartnerschaften ausgezeichnet.

»Der direkte Einblick in die Unternehmen ist für die Jugendlichen äußerst wertvoll und erleichtert die Vorbereitung auf den erfolgreichen Übergang in die Berufswelt«, sagte Hubert Schöffmann, IHK-Bereichsleiter Berufliche Bildung, bei der Feier. Er dankte gemeinsam mit IHK-Vizepräsidentin Kathrin Wickenhäuser-Egger den Bildungspartnern für ihr großes Engagement in der Berufsorientierung.

Derzeit gibt es in Oberbayern rund 250 Kooperationen zwischen Schulen und Firmen. Die IHK unterstützt interessierte Unternehmen und Schulen bei der Partnersuche und beim Erstellen einer Kooperationsvereinbarung. Firmen, die IHK Bildungspartner werden möchten, können sich melden unter: **www.ihk-muenchen.de/bildungspartner**

Foto: Tobias Hase

Top-Bildungspartner – die ausgezeichneten Bildungspartner mit IHK-Vizepräsidentin Kathrin Wickenhäuser-Egger (vorn 3.v.r.) und IHK-Bereichsleiter Hubert Schöffmann (vorne l.)

Veränderung im IHK-Regionalausschuss Traunstein

Im IHK-Regionalausschuss Traunstein rückt in der Wahlgruppe C gemäß § 25 Abs. 1 i.V. mit § 2 Abs. 1 der Wahlordnung für Frau Funke nach:

Markus Uzicanin
Partner/Steuerberater Zweigniederlassung Siegsdorf
Pape & Co. GmbH Steuerberatungsgesellschaft
Zweigniederlassung Siegsdorf
Siegsdorf

München, 18. März 2025

Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

Präsident
Prof. Klaus Josef Lutz

Hauptgeschäftsführer
Dr. Manfred Gößl

Veränderungen im IHK-Regionalausschuss Weilheim-Schongau

Im IHK-Regionalausschuss Weilheim-Schongau ist Herr Stöbe in der Wahlgruppe A ausgeschieden. In der Sitzung des Regionalausschusses vom 26. Februar 2025 wurde

Ulrich Schwab
Prokurist
Xylem Analytics Germany GmbH
Weilheim i. OB

als Mitglied des Regionalausschusses Weilheim-Schongau
für diese Wahlgruppe nachgewählt.

Etwaige Einsprüche gegen die Wahl müssen innerhalb eines Monats nach dieser Bekanntmachung schriftlich, also bis zum 23. Juni 2025, 24:00 Uhr, zu Händen des Präsidenten und Hauptgeschäftsführers, IHK für München und Oberbayern, Max-Joseph-Str. 2, 80333 München, eingegangen sein (§ 25 Abs. 6 i.V.m. §§ 22, 23 Wahlordnung*).

Einspruchsberechtigt sind gemäß § 25 Abs. 6 i.V.m. § 23 Abs. 5 WO* alle Mitglieder des Regionalausschusses sowie alle gem. § 3 WO* Wahlberechtigten in der betreffenden Wahlgruppe und dem betreffenden Wahlbezirk.

Der Einspruch ist auf die Wahl innerhalb der Wahlgruppe und den betreffenden Wahlbezirk beschränkt (§ 25 Abs. 6 i.V.m. § 22 Abs. 1 Satz 2 WO*). Der Einspruch ist zu begründen. Er kann nur auf einen Verstoß gegen wesentliche Wahlvorschriften gestützt werden, durch den das Wahlergebnis der o. g. Wahl beeinflusst werden kann. Gründe können nur bis zur Entscheidung des Regionalausschusses über den Einspruch vorgetragen werden.
Im Wahlprüfungsverfahren einschließlich eines gerichtlichen Verfahrens werden nur bis zu diesem Zeitpunkt vorgetragene Gründe berücksichtigt (§ 25 Abs. 6 i.V.m. § 22 Abs. 2 WO*).

München, 26. März 2025

Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

Präsident
Prof. Klaus Josef Lutz

Hauptgeschäftsführer
Dr. Manfred Gößl

*Wahlordnung der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern vom 16.12.2019 (IHK-Magazin Nr. 1/2020), zuletzt geändert am 25.07.2023 (IHK-Magazin Nr. 9/2023)

Jubiläen des Monats

40 JAHRE

Franz Heiß
Langmatz GmbH, Garmisch-Partenkirchen

Manfred Müller
SPINNER GmbH, Feldkirchen-Westerham

Daniel Seat
Schenker Deutschland AG, Betriebsstätte Lindau

Harald Franzl
Schenker Deutschland AG, Geschäftsstelle München/Neufahrn

25 JAHRE

Petra Albers, Corinna Schneider
BurdaForward GmbH, München

Cornelia Poeschel
Burda Studios GmbH, München

Heike Bangert, Olaf Funke, Johannes Heinritzi, Sabine Miedke, Gabriele Reichart, Dirk Reichmann
BurdaVerlag Publishing GmbH, München

Thorsten Jacobs
BurdaVerlag Data Publishing GmbH, München

Daniel Traurig-Hessel
Hans Schmidt & Co GmbH, Waldkraiburg

Nicola Solms-Laubach
HiPP GmbH & Co. Vertrieb KG, Pfaffenhofen a.d. Ilm

Oskar Felske
HTI Gienger KG, Markt Schwaben

Mario Rose
Inntal Nutzfahrzeug & Transport Zentrum Handels und Service GmbH, Raubling

Nurten Bas, Ivan Guzev, Kornelia Polok, Monika Rami, Ingrid Schlemmer, Rene Seidel
MEWA Textil-Service SE & Co. Deutschland OHG, Standort Manching

Burgunda Baur, Elena Gijenko, Irina Lemmer, Fatme Impram Oglou, Liliya Shikhovtsova
PM Acquisition GmbH, Backnang

Hans-Veit Bommer, Peter Unterseher
Schattdecor SE, Rohrdorf

Sandra Marquardt
Schenker Deutschland AG, Betriebsstätte Lindau

Marion Gerhardinger, Monika Setzwein
Schenker Deutschland AG, Geschäftsstelle München/Neufahrn

Jan Beyhl
SPINNER GmbH, Feldkirchen-Westerham

Manfred Wimmer
Versicherungskammer Bayern, München

Horst Weiß
Württembergische Versicherung AG, München

Edeltraud Späth
WWK Lebensversicherung a.G., München

MITARBEITERJUBILÄEN

IHK-Ehrenurkunde

- Verleihung ab 10-jähriger ununterbrochener Betriebszugehörigkeit (15, 20, 25 Jahre usw.)
- Versand oder Abholung bei der IHK
- auf Wunsch namentliche Veröffentlichung der Jubilare bei 25-, 40- oder 50-jähriger Betriebszugehörigkeit
- Urkunde ab 30 Euro (35,70 Euro inkl. 19 % MwSt.)

Foto: Goran Gajanin

Antragsformulare und weitere Infos:
www.ihk-muenchen.de/ehrenauszeichnung

IHK-Ansprechpartnerin
Monika Parzer, Tel. 089 5116-1357
parzer@muenchen.ihk.de

Digitalisierung

Jung, kreativ, digital

Die Digitalisierung selbst in die Hand nehmen – das ist Auftrag und Ziel der Digiscouts®. Sie sind Auszubildende, die in ihrem Betrieb Arbeitsschritte oder klar abgegrenzte Aufgaben digitalisieren. Das kann eine Tutorial-Plattform mit Videos-on-Demand für Mitarbeitende sein oder ein Onlinetool für die Buchung von Firmenfahrzeugen. Nach einer Brainstorming-Phase wählen die Azubis die erfolgversprechendste Idee aus und setzen sie mit dem Okay der Geschäftsführung in etwa sechs Monaten um. Firma, Ausbilder und Azubis werden dabei von erfahrenen Coaches des Projektträgers RKW Kompetenzzentrum begleitet sowie vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert.
Die sechste Runde der Digiscouts® startet für Unternehmen in München und Oberbayern am 3. Juni 2025.

Infos und Anmeldung: **www.ihk-muenchen.de/de/Service/Digitalisierung/Digitale-Kompetenzen-aufbauen**

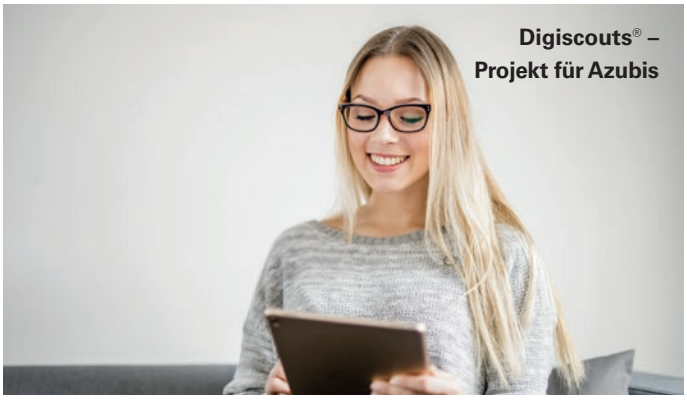


Foto: SchuchratSteven/Adobe Stock

Informationsveranstaltung:
Auszubildende als Digitalisierungsscouts

Termin: 22. Mai sowie 12. Juni 2025, 10–11 Uhr, online

IHK-Ansprechpartnerin: Corinna Bruder
Tel. 089 5116-1207, bruder@muenchen.ihk.de

MARKTTEIL

WERBEARTIKEL

STIEFEL® eurocart
Ihr Partner für Langzeitwerbung
Info (08456) 92 43 00
www.stiefel-online.de
Werbe-Wandkarten • Werbekalender • Wandkarten • Kalender • Schreibunterlagen

wirtschaft Das Heft online
Das IHK-Magazin für München und Oberbayern

TELEFONANLAGEN

Ihr Kommunikationsserver vom Fachmann
mehr als 50 Jahre Erfahrung – kompetente Beratung
Individuelle Lösungen wie CTI/Cordless/VoIP/UMS/Voicemail/Komf.-Geb.Erfassung u.a.m.
Zögern Sie nicht uns anzurufen um ein unverbindliches Angebot anzufordern.
UNIFY OpenScape Business / 4000
KNOTGEN Telefonsysteme Vertriebs GmbH
Neue und gebrauchte TK-Anlagen
KAUF - MIETE - EINRICHTUNG - SERVICE
- günstiger als Sie glauben -
www.knoetgen-tel.de / info@knoetgen-tel.de
Raiffeisenallee 16, 82041 Oberhaching/München
Tel. 089/614501-0, Fax 089/614501-50
- Unser SERVICE beginnt mit der Beratung -
Alcatel·Lucent OMNI - PCX

GROSSFORMAT- UND DIGITALDRUCK

STIEFEL digitalprint
Wir beraten Sie gerne.
Service-Telefon (08456) 92 43 50
www.stiefel-online.de
XXL-Werbebanner • Fahnen/Displays • Plattendruck • Wahlplakate

HALLEN- UND GEWERBEBAU

Hallen für Handwerk, Gewerbe und Industrie
Aumer Stahl- und Hallenbau GmbH
Am Gewerbepark 30
92670 Windischeschenbach
Telefon 09681 40045-0
hallenbau@aumergroup.de
Aumer Gewerbebau
Gewerbepark B4
93086 Wörth a. d. Donau
Telefon 09482 8023-0
gewerbebau@aumergroup.de
Aumer www.aumergroup.de

Zeichnung: Dieter Hanitzsch

IMPRESSUM

Wirtschaft –
Das IHK-Magazin für München und Oberbayern
81. Jahrgang, 22. Mai 2025
magazin.ihk-muenchen.de
ISSN 1434-5072
Verleger und Herausgeber:
Industrie- und Handelskammer
für München und Oberbayern
80323 München
Hausanschrift:
Max-Joseph-Straße 2, 80333 München
Telefon 089 5116-0, Fax 089 5116-1306
Internet: www.ihk-muenchen.de
E-Mail: info@muenchen.ihk.de
Chefredakteurin: Nadja Matthes
Redaktion: Eva Schröder, Iris Oberholz
Redaktionelle Mitarbeiter:
Margrit Amelunxen, Martin Armbruster,
Harriet Austen, Stefan Bottler, Uli Dönch,
Eva Elisabeth Ernst, Dr. Gabriele Lüke,
Eva Müller-Tauber, Monique Opetz, Natascha
Plankermann, Melanie Rübartsch, Josef Stelzer
Redaktion Berlin: Sabine Hölper

Gesamtherstellung/Anzeigen/Vertrieb:
Münchener Zeitungs-Verlag GmbH & Co. KG
Paul-Heyse-Str. 2–4, 80336 München
www.merkur-online.de

Anzeigenleitung (verantwortlich) & Vertriebsleitung:
MuP Verlag GmbH, Tengstraße 27,
80798 München – Christoph Mattes, GF
Telefon 089 139284220
E-Mail: christoph.mattes@mup-verlag.de

Anzeigendisposition:
Telefon: 089 139284231
E-Mail: wirtschaft@mup-verlag.de

Produktion: adOne,
Tengstraße 27, 80798 München,
Telefon 089 1392842-0, Fax 089 1392842-28
www.adone.de
Projektleitung: Philip Esser

Grafik: Ulrich Wassmann

Druck: Möller Pro Media GmbH
Zeppelinstraße 6
16356 Ahrensfelde OT Blumberg
Titelbild: Isar Aerospace/Brady
Kenniston, NASASpaceflight.com
Schlussredaktion: Lektorat Süd,
Hohenlindener Straße 1, 81677 München
www.lektorat-sued.de

Nachdruck mit Quellenangaben sowie fototechnische Vervielfältigung für den innerbetrieblichen Bedarf gestattet. Belegexemplare bei Nachdruck erbeten. Die signierten Beiträge bringen die Meinung des Verfassers, jedoch nicht unbedingt die der Kammer zum Ausdruck.

»wirtschaft – Das IHK-Magazin für München und Oberbayern« ist das öffentliche Organ der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern.

Druckauflage: 117.454 (IVW III. Quartal 2024)
Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 81
vom 1.1.2025

Martin Steinbeiß,
Leitung Büro Bogenhausen

Ann-Kathrin Kafitz,
Immobilienvertrieb

Lukas Rauch,
Leitung Büro Schwabing,
Leitung Büro Dachau

Christian Moosbauer,
Immobilienvertrieb

Carola Unglert,
Assistenz Leitung Büro Nymphenburg

Jenny Steinbeiß,
Geschäftsführerin

Kathrin Schachtner,
Mitglied der Geschäftsleitung

Isidor Neumeyer,
Leitung Vermietung

Thomas Aigner, Geschäftsführer

Simone Ramge,
Immobilienvertrieb

AIGNER IMMOBILIEN

Immobilien verdienen Wertschätzung –

WIR SIND IHRE WERTEXPERTEN!

Immobilien verdienen Wertschätzung. Geht es jedoch um den marktgerechten Wert, sollten Sie sich nicht auf Schätzungen verlassen. Setzen Sie auf das Detailwissen und die fundierten Verfahren von unseren kompetenten Experten. Anhand professioneller Analyseverfahren ermitteln sie methodisch, seriös und strukturiert den marktgerechten Wert Ihrer Immobilie. Damit Sie wissen, wie Wertvoll Ihr Besitz eigentlich ist.

Als Unternehmen mit der Erfahrung von 35 Jahren kennen wir den Markt – und die erzielbaren Preise!

Rufen Sie uns an – wir nehmen uns gerne Zeit für Sie!

Tel. (089) 17 87 87 - 0

Michael Steur,
Immobilienvertrieb

Helena Foidl,
Immobilienvertrieb

Samuel Kovac,
Assistenz Immobilienvertrieb

HYBRIDE ARBEIT

Das heutige Verständnis von Arbeit schafft neue Herausforderungen und neue Chancen. In Garching und Unterschleißheim finden Sie ein innovatives Umfeld mit perfekter Anbindung und einer kompletten Infrastruktur für die volle Entfaltung des Kreativitätspotenzials Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für ein dynamisches Wachstum.

Am besten Sie schauen sich das mal an.

DER STANDORT

Business Campus

BUSINESSCAMPUS.DE

EIN UNTERNEHMEN DER DV IMMOBILIEN GRUPPE